Nr. 107. 25. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 8. Mai 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das heutige Zentrum.

I.

Es steht fest: das Zentrum stellt sich bei der bevorstehenden preußischen Landtagswahl in den Dienst der rücksichtslosesten Reaktion. Nach den Aeußerungen der Zentrumsblätter ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß das Zentrum überall, im Westen wie im Osten, wo es einem konservativen Kandidaten gegen liberale oder sozialdemokratische Gegner zum Siege zu verhelfen vermag, mit voller Kraft für die Agrarkonservativen eintreten wird. Zwar ist der Agrarkonservatismus der entschiedenste Gegner einer Aenderung des preußischen Dreiklassenwahlrechts und seine Stärkung im preußischen Abgeordnetenhause bedeutet deshalb die Hinausschiebung jeder ernstlichen Wahlreform: eine Tatsache, deren sich die Zentrumsleitung wohl bewußt ist; doch, was heißt „allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht"? Soweit das Zentrum sich gelegentlich für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ausgesprochen hat, geschah es stets zu bestimmten demagogischen Zwecken; während des Kulturkampfes zum Zweck der Aufwühlung der katholischen Massen und zur Stärkung der klerikalen Opposition gegen das Regiment der Falkschen Aera, seit dem Beginn der sozialdemokratischen Wahlrechtsbewegung zu dem Zweck, die sich politisch entrechtet fühlenden Arbeiter der rheinisch-westfälischen Industriebezirke zu beschwichtigen. Irgend welche Kosten erwuchsen der Zentrumsleitung daraus nicht. Die einzige Verpflichtung, die sie daraus für sich ableitete, bestand darin, daß sie einigen Abgeordneten gestattete, gelegentlich in klerikalen Arbeiterversammlungen, auf politischen Tagungen oder bei Wahldebatten im Reichstage platonische Redensarten zugunsten des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts in den Strom ihrer Rede einfließen zu lassen. Damit begnügte sich die Bescheidenheit des Zentrums. Zu einer ernstlichen Aktion für die Aenderung des Dreiklassenwahlrechts brachte es die Zentrumsleitung nicht. Um so mehr ereiferten sich die klerikalen Blätter gegen die sozialdemokratische Wahlrechtsagitation. Mit der Miene der Ueberlegenheit erklärten sie, die sozialdemokratische Wühlerei hindere lediglich die Wahlreform; sobald das Zentrum die Zeit für gekommen halte, werde es, ohne daß es einer Mahnung bedürfe, energisch für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts eintreten und die Führung im Kampfe übernehmen.

Die erste Erfüllung dieser schönen Verheißung leistete sich das Zentrum am 10. Januar d. J., als im Abgeordnetenhause der freisinnige Antrag zur Beratung stand, der das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe, sowie eine Neueinteilung der Wahlbezirke nach der Größe der Bevölkerung verlangte. Die Zentrumsfraktion wußte, daß die Konservativen gegen den ganzen Antrag, die Nationalliberalen gegen den ersten Teil des Antrages (das allgemeine, gleiche Wahlrecht), aber für die Neueinteilung der Wahlbezirke (Wahlkreise) stimmen würden, sie entschloß sich daher, für den ersten, von den Nationalliberalen verworfenen Teil des freisinnigen Antrages einzutreten, dafür aber gegen eine Aenderung der Wahlkreiseinteilung, die noch immer auf den Bevölkerungsziffern von 1860 beruht, zu stimmen. Auf diese Art wurde glücklich erreicht, daß weder für den ersten, noch für den zweiten Teil des Antrages eine Mehrheit zustande kam; und tatsächlich wurde denn auch der erste Teil gegen die Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen und Polen, der zweite Teil gegen die Stimmen der Freisinnigen, Nationalliberalen und Polen abgelehnt. Das Zentrum hatte also glücklich durch seine perfide Taktik erreicht, daß der ganze Antrag fiel.

Das ist die erste Erfüllung des verlogenen Versprechens der klerikalen Blätter, das Zentrum werde seine Kraft für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen einsetzen. Die zweite Erfüllung leistet sich das Zentrum jetzt, indem es überall im Landtagswahlkampf die ärgsten Gegner jeder Aenderung des preußischen Dreiklassenwahlrechts unterstützt und durch seine Presse höhnisch erklärt, die Wahlreform hätte vorläufig viel weniger Bedeutung als die Aufrechterhaltung der heutigen reaktionären Wirtschaft auf dem Gebiete der Schul- und Kirchenpolitik. Zunächst müsse verhindert werden, daß der sogenannte liberale Geist auf das Schulwesen Einfluß erlange; später könne man auch an die Wahlreform denken, allerdings nur an eine solche, durch die das politische Gewicht der großen Städte, das heißt der industriellen Arbeiterschaft, auf die Gesetzgebung nicht noch mehr verstärkt werde.

Das ist der von der klerikalen Presse angekündigte große Wahlrechtskampf des Zentrums! Wer allerdings die Entwickelung des Zentrums seit den Tagen des Kulturkampfes verfolgt und beobachtet hat, wie auf die Zentrumsführerschaft der hohe Klerus, der Großgrundbesitz und die städtische kapitalistische Bevölkerung eine immer mehr ausschlaggebende Bedeutung erlangt hat, den kann die Stellungnahme des Zentrums im jetzigen Landtagswahlkampf kaum überraschen. Das Sprichwort: „Gleich und gleich gesellt sich gern" gilt auch in der Politik. Und in seinen Grundauffassungen ist der Klerikalismus dem Konservativismus geistesverwandt, nur daß er mit seinem starren Autoritäts- und Unterordnungsprinzip noch um einige Jahrhunderte weiter in das Mittelalter hineinragt.

Demokratisch ist das Zentrum nie gewesen, selbst nicht in der Kulturkampfperiode: darin hat die „Germania" recht. Die damalige „Demokratie" beruhte lediglich auf dem Umstande, daß das verliehene Reichstagswahlrecht den politischen Zwecken des Zentrums und seiner Aufwühlung der klerikalen Massen während des Kulturkampfes nicht ungelegen war. Das ist alles, was dahinter steckt. Unter den freiheitlichen Deklamationen verbargen sich durchaus reaktionäre Grundsätze. Daß Windthorst 1873 einen Wahlreformantrag einbrachte, der den Absatz 2 des Artikels 20 der Reichsverfassung in die preußische Verfassung aufgenommen wissen wollte, geschah nicht im Interesse der demokratischen Entwickelung, sondern im Gegenteil, um das Kleinbürgertum gegen die „destruktiven" modernen Anschauungen auszuspielen. Das beweist schon allein Windthorsts Begründung, in der es heißt:

> „Die Angehörigen der dritten Klasse halten mehr als die anderen Klassen fest an den überlieferten geschichtlichen Verhältnissen, und sie sind nach meiner Ueberzeugung im großen und ganzen konservativer als die Männer des Geldes. Das destruktive Element der Welt ist das Geld, und der Versuch, das allgemeine Wahlrecht durch den Geldbeutel zu korrigieren, ist der allerbedenklichste, den man machen kann. Die Klassen, bei denen dieses destruktive Element vorzugsweise zu Hause ist, sind am meisten angefressen von den Ideen des modernen heidnischen Staates, und ich kann es weder klug, noch konservativ, noch überhaupt verständig politisch halten, den Schwerpunkt der staatlichen Verhältnisse in diese Klassen zu legen."

Auch Konservative traten seinerzeit für ein fortschrittliches Wahlrecht ein, um im Interesse des Junkertums die alten Mittelstände gegen die wirtschaftliche Uebermacht und die drohende politische Herrschaft der politischen Bourgeoisie zu mobilisieren. Freunde der Demokratie waren deshalb die Konservativen nie, wie sie selber offen und oft genug betont haben, sondern ihre abgesagten Gegner. Dasselbe gilt vom Zentrum.

Das Zentrum begann im Kern als Mittelstandspartei. Die großindustrielle Entwickelung setzte anfangs der siebziger Jahre besonders im Westen kräftig ein, und die städtischen Mittelschichten bekamen ihre Konkurrenz lebhaft zu spüren. Auch für die Landwirtschaft gestaltete sich der Umschwung vom Agrar- zum Industriestaat recht schmerzhaft. Durch Abwanderung in die Städte verlor sie einen Teil ihrer Arbeitskräfte. Das Lohnniveau hob sich, während unter Einwirkung der amerikanischen Konkurrenz die Getreidepreise fielen. Gegenüber einer neu aufkommenden Produktionsweise sind versinkende Schichten, wenn sie zahlreich sind, meist insofern „demokratisch", als sie das natürliche Bedürfnis haben, die zahlenmäßige Ueberlegenheit, die sie vorläufig noch besitzen, zur Geltung zu bringen. Aber diese Demokratie ist von der Natur der napoleonischen Plebiszite; sie ist notwendig wirtschaftlich reaktionär. Die Interessen der Gegenwart sollen gewaltsam gehemmt werden zum Vorteil rückständiger Betriebsweisen. Die demokratische Gesinnung der Mittelstände nahm deshalb im gleichen Maße ab, wie die Großindustrie wuchs und eine Lohnarbeiterschaft erstehen ließ, die jene der Zahl nach rasch überflügelte. Die wirtschaftliche Reaktion ließ die Hülle fallen, ihre politische Tendenz paßte sich dem inneren Gehalte an. Nicht nur das freisinnige, noch weit mehr das klerikale Spießertum ist ein Beispiel hierfür. Nie hat es eine freiheitliche Lebensanschauung besessen; seine „Demokratie" war zu allen Zeiten lediglich und ausschließlich reaktionärer Opportunismus.

Trotzdem das Zentrum sich vornehmlich auf den katholischen Mittelstand zu stützen suchte, brachte jedoch die wirtschaftliche Entwickelung auch in seinen Reihen den Kapitalismus zum Durchbruch. Das Ende des Kulturkampfes fiel mit dem Ende einer schweren Krise und dem Umschwung der wirtschaftlichen Gesetzgebung zusammen. Die Krise steigerte die kapitalistischen Wirkungen der Gründerperiode, und die Zollgesetzgebung jene der Krise. Am Schluß der letzteren war die Vorherrschaft des Kapitalismus in Deutschland ebenso entschieden wie der Niedergang der Mittelschichten. Zentrum und Kirche machten den Wandel der Zeiten mit; sie wuchsen in den Kapitalismus hinein. Weder siegte im Kulturkampf das Zentrum, noch unterlag die Regierung; die kapitalistische Entwickelung führte beide zusammen. Je größer das materielle Interesse der Kirche an dieser wurde, um so weniger fand sie gegen die früher abgelehnte Rolle des Büttels im kapitalistischen Interesse etwas einzuwenden.

Der zunehmende kapitalistische Charakter des Zentrums zeigte sich in seinem veränderten politischen Auftreten, in der Förderung der Heeres-, Flotten-, Kolonial- und Weltpolitik, in der leitenden Rolle, die es bei der Durchführung der Zollgesetzgebung spielte, in der Verpfuschung der Sozialreform.

Die Leistungen des Blockreichstags.

Die Junker und ihr agrarischer Kanzler haben alle Ursache, mit den Leistungen des soeben in Ferien geschickten Reichstages zufrieden zu sein. Die liberalen Blockhelfer haben der Reaktion alle Dienste geleistet, die diese von ihnen irgend erwartet. Die Liberalen haben alle Forderungen geschluckt, die die Regierung und die Junker stellten. Selbst da, wo sich der Freisinn anfangs etwas zierte und den reaktionären Zumutungen ein sprödes „Niemals" entgegensetzte, hat er sich schleunigst eines anderen besonnen und ein verschämtes Ja gelispelt. So bei dem Vereinsgesetz, wo der Freisinn ja nicht nur auf alle Bedingungen der Regierung einging, sondern schließlich auch noch dem junkerlichen Einschiebsel des § 10a seine Zustimmung gab!

Eine der ersten Proben seiner Regierungsfähigkeit legte der Freisinn durch Bewilligung der Novelle zum Flottengesetz ab. Diese Novelle setzte die Lebensdauer der Kriegsschiffe von 25 auf 20 Jahre herab. Der Freisinn bewilligte diese Forderung, trotzdem er keinen Augenblick darüber im Zweifel war, daß die Verjüngung der Kriegsschiffe eine Erhöhung des jährlichen Flottenetats um mindestens 100 Millionen pro Jahr bedeutete. Und der Freisinn bewies einen derartigen Bewilligungseifer, trotzdem das Defizit bereits mehr als 400 Millionen betrug und die so dringliche Beamtenbesoldungsreform ausdrücklich mit der Motivierung zurückgestellt wurde, daß erst einmal durch eine neue Reichsfinanzreform, das heißt durch eine neue riesenhafte Steuerschröpfung, genügende Mittel aufgebracht werden müßten!

Eine eigentümliche Haltung nahm übrigens auch das Zentrum bei der Beratung der Marinevorlage ein. Es brandmarkte mit aller Schärfe die Frivolität, für die neue Flottenvorlage Riesensummen zu bewilligen, bevor die Deckungsfrage in einer Weise geregelt worden sei, welche eine neue schwere Belastung der nichtbesitzenden Klassen ausschließe. Trotzdem aber stimmte das Zentrum gleichfalls für die Flottenvorlage! Wenn sich das Zentrum damit herauszureden versuchte, daß ja die Blockmehrheit die Verantwortung für die neue Steuerschröpfung tragen werde, so ist das nichts wie eine ebenso törichte und ungeschickte Ausrede. Denn gerade weil das Zentrum wußte, daß die Blockmehrheit die Lasten für die neuen Marineausgaben wieder auf die Schultern der ärmeren Bevölkerungsschichten abwälzen würde, durfte es unter keinen Bedingungen der neuen Marinevorlage zustimmen! Aber das Zentrum wollte an Beweisen seiner Regierungsfähigkeit hinter dem Freisinn nicht zurückbleiben.

Auch die Kolonialforderungen wurden sowohl von den Blockparteien, als auch vom Zentrum bewilligt. Die geforderten 150 Millionen sollen bekanntlich im Wege von „Kolonialanleihen" aufgenommen und von den Kolonien getilgt werden. In Wirklichkeit muß natürlich das Reich für diese neue Kolonialschuld aufkommen. Denn wenn von den spärlichen Einnahmen der Kolonien Zinsen und Amortisationen für die Eisenbahnschulden gezahlt werden sollen, so wird der Reichszuschuß für andere koloniale Ausgaben, in erster Linie die militärischen Ausgaben der Kolonien, nur um so größer sein! Das ganze ist im besten Falle eine rechnerische Spielerei, in Wirklichkeit aber nur ein plumpes Täuschungsmanöver!

Und was erhielt der Freisinn für diese Blockliebesdienste? Das Vereinsgesetz und das Börsengesetz. Das Vereinsgesetz, das für einige süddeutsche Staaten direkte Verschlechterungen, im allgemeinen einige belanglose Verbesserungen bringt, dafür aber durch den Sprachenparagraphen das Koalitionsrecht der Arbeiter in der ärgsten Weise bedroht und durch den Ausschluß der Jugendlichen aus politischen Vereinen den Charakter eines direkten Ausnahmegesetzes gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft erhalten hat! Und das Börsengesetz, das der Freisinnige Dr. Theodor Barth in seiner unlängst erschienenen Broschüre über den Blockfreisinn mit Recht als ein agrarisches Börsengesetz, als einen „neuen Triumph des Bundes der Landwirte" bezeichnete!

So ist bei der Blockpolitik des Reichstages der alle Prinzipien opfernde Freisinn der Leidtragende gewesen. Und wenn der Freisinn, der es mit seinen Prinzipien ja nie ernst genommen hat, auch sein Leid leichter zu verschmerzen vermag, so wird das deutsche Volk die Früchte der Blockpolitik um so schwerer zu kosten bekommen! Nicht nur in Gestalt vereinsgesetzlicher Schikanen auf Grund der Ausnahmegesetzbestimmungen des neuen Vereinsgesetzes, sondern namentlich dann, wenn es die Zeche der Blockpolitik in Gestalt von neuen Steuern zu zahlen haben wird!

Die nächsten Reichstagswahlen werden ja voraussichtlich erst im Jahre 1912 stattfinden. Fast vier Jahre lang kann der Freisinn sich seiner Straflosigkeit und die besitzlose Klasse der neuen Blocktaten erfreuen! Wohl aber bietet sich schon bei den bevorstehenden Landtagswahlen eine Gelegenheit, dem Freisinn zu zeigen, daß sich das Volk politische Verrätereien nicht ganz ungestraft gefallen läßt!

Der sächsische Wahlrechtswechselbalg.

In den letzten Wochen schien es, als ob sich die Unterhandlungen über das neue Wahlrecht zwischen der Regierung und den Parteien zerschlagen sollten. Graf Hohenthal bestand auf der Wahl eines Teils der Abgeordneten durch die Kommunalverbände, worauf die Landtagsmehrheit nicht eingehen wollte. Dieser Tage jedoch kündigte sich eine Wendung an. Graf Hohenthal bestand zwar auf den nötigen „Reserven" gegen eine „sozialdemokratische Ueberflutung" der Kammer, gab aber deutlich zu verstehen, daß er die Bedingung der Wahl durch Kommunalverbände fallen lassen werde. Die Nationalliberalen und Konservativen nahmen diese Erklärung mit

Jubel auf und beeilten sich, der Regierung ein Wahlrecht zu präsentieren, dessen raffiniert reaktionärer Charakter die weitreichendsten „Reserven" bot.

Der Erfolg der eifrigen Kompromißarbeit liegt nunmehr in Gestalt eines wahren Wechselbalgs von Wahlrecht vor. Dem „Berl. Tagebl." wird aus Dresden telegraphisch gemeldet:

Das Geheimnis über die Verhandlungen um das neue sächsische Wahlrecht durch den Neuneraussschuß ist nun gelüftet. Ueber die Reformvorschläge können wir authentisch folgendes mitteilen:

Die Wahlfähigkeit tritt mit dem 25. Lebensjahre ein bei einer Staatsangehörigkeit von zwei Jahren und einem Wohnsitz im Wahlkreise von gleichfalls zwei Jahren. Wer zwei Jahre vor Aufstellung der Wahllisten seinen steuerlichen Verpflichtungen gegen Staat und Gemeinde nicht nachgekommen ist, verliert sein Wahlrecht. Das passive Wahlrecht tritt mit dem Alter von 30 Jahren ein und ist geknüpft an eine Staatsangehörigkeit von vier Jahren, einen Wohnsitz von vier Jahren im Wahlkreise und an eine Staatssteuerleistung von 30 M.

Es sollen drei Pluralstimmen erteilt werden, und zwar 1. auf eine Ansässigkeit mit mindestens 75 Steuereinheiten oder ein Alter von 50 Jahren; 2. auf Selbständigkeit (einen selbständigen Beruf, Ausübung eines selbständigen Gewerbes mit mindestens zwei anderen Personen) oder an Beamte mit 1800 Mark Gehalt oder Ablegung des Einjährigenexamens; 3. auf eine Steuerleistung von mindestens 2200 Mark.

Die Wahlkreise sind nach ihrer sozialen und wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit unter Anhalt an die historische Entwickelung zu bilden. Hiernach werden die größten der Städte in der Hauptsache Wahlkreise für sich bilden, während die mittleren Städte zum Teil zu Wahlkreisen unter sich zusammengeschlossen, zum anderen Teil aber mit dem flachen Lande vereinigt werden. Die kleineren Städte werden in der Hauptsache zum flachen Lande zugeschlagen. Im ganzen werden 96 Wahlkreise gebildet. Bei der Wahlkreiseinteilung ist nicht nur die Einwohnerzahl, sondern auch die Fläche zu berücksichtigen. Die Wahlkreise sind durch Gesetz festzulegen. Einverleibungen ändern nichts an der Wahlkreiszugehörigkeit.

Das sind die authentischen Vorschläge, denen von der konservativen Fraktion schon 40 Mitglieder grundsätzlich zugestimmt haben sollen. Von den Nationalliberalen, die am Montag in einer neuen Fraktionssitzung die Sache beraten werden, wird man gleichfalls an Einzelheiten der Bestimmungen Anstoß nehmen, aber die Mehrheit wird voraussichtlich zustimmen.

Graf Hohenthal dürfte in der Tat mit den in diesem Wahlrechtsvorschlag enthaltenen „Reserven" zufrieden sein. Ist doch das Wahlrecht mit diabolischem Raffinement auf die denkbarste Entrechtung der Arbeiterklasse zugeschnitten!

Von den Pluralstimmen entfällt nur ein winziger Teil auf die Arbeiter, da ja das Proletariat prozentual viel weniger Wähler im Alter von mehr als 50 Jahren stellt, als die besitzende Klasse. Der Proletarier hat also nur eine Stimme, während die Angehörigen der besitzenden Klasse bis zu drei Pluralstimmen haben. Das heißt, die eine Stimme hat auch nur der Proletarier, der mindestens zwei Jahre im Wahlkreis ansässig ist! Unzählige Arbeiter werden durch diese Bestimmung überhaupt jedes Wahlrechts beraubt! Jede Krise, jede Aussperrung, die den Proletarier zum Ortswechsel zwingt, kann ihn auch sein Wahlrecht kosten! So gesellt sich zum wirtschaftlichen Ruin, zur sozialen Knechtung noch die Zusatzstrafe der politischen Entrechtung! Auch die Bestimmung, daß der Proletarier, der wählen will, auch zwei Jahre vorher seine Steuern bezahlt haben muß — also nicht arbeitslos gewesen sein darf! — ist geradezu ein Hohn auf ein vernünftiges und gerechtes Wahlrecht!

Und dies die Proletarier schnöde entrechtende Wahlsystem wird noch verschönert durch eine ungleiche Wahlkreiseinteilung zugunsten des Agrariertums!

Das dergestalt ausgeklügelte Wahlrechtskompromiß ist deshalb nichts als eine freche Verhöhnung der Arbeiterklasse!

Proletarier Preußens! Protestiert bei der bevorstehenden Landtagswahl nicht nur gegen die preußische Wahlrechtsschmach, sondern zugleich gegen die schmachvolle Vergewaltigung, die Euren sächsischen Brüdern zugedacht ist! —

Die Kirschkerne ins Gesicht!

Ein Rückblick auf der Zeiten Wandel ist in diesen Tagen der Vorbereitung auf den kommenden Landtag sehr lehrreich. Noch nicht einmal ein Jahr ist es her, da hielt — im Juli 1907 — der „aufrechte" süddeutsche Demokrat Herr Payer auf einem Sommerfest seiner Partei im schönen Schwabenlande eine „kernige" Ansprache über die Blockpolitik. Kernig waren seine Worte deshalb, weil darin von Kernen die Rede war, von Kirschkernen nämlich. Herr Payer sagte damals:

„Im Reichstag sei die Partei in die bedeutsame, aber verantwortungsvolle Stellung des Zünglein an der Wage gekommen. Der Wunsch der Partei sei das nur zu einem kleinen Teil gewesen. Dem Zusammengehen mit der Rechten und der Regierung stehe die Volkspartei noch immer mit dem Rest des alten Bauernaberglaubens gegenüber, daß mit großen Herren nicht gut Kirschen essen ist. (Heiterkeit.) Aber die Volkspartei sei mittlerweile auch im Umgang mit großen Herren etwas gewandter geworden und werde dafür sorgen, daß ihr die Kirschkerne nicht ins Gesicht geworfen werden. (Heiterkeit.) Ein verdienstliches Werk und auch eines Opfers wert sei es, das Zentrum aus seiner ausschlaggebenden Stellung verdrängt zu haben. Im Herbst, nicht lange nach dem Zusammentritt des Reichstages werde die Entscheidung fallen müssen. Entweder gelinge es dem Reichskanzler, mit der Linken einen wirklichen Fortschritt für den Liberalismus zu erreichen, dann sei der Versuch nicht umsonst gewesen. Oder es gelinge ihm nicht und er müsse auf seine Politik verzichten. **Dann nehme die Volkspartei ihre bisherige Taktik und den Kampf in alter Weise wieder auf. . . .**"

An diesen Worten war soviel richtig, daß die süddeutsche Volkspartei im glorreichen Jahre 1907 im „Umgang mit großen Herren" sich dieselbe Gewandtheit erworben hat, wie ihre norddeutschen Bruderparteien schon früher, nämlich die Gewandtheit des routinierten Lakaien, der es versteht, dem gnädigen Herrn alles nach Wunsch zu machen. Aber mit dem Kirschenessen, da hapert's. Man hat ihr die Kerne ins Gesicht geworfen, daß ihr grün und gelb vor den Augen wurde. Man hat sie gezwungen, an Stelle des Zentrums reaktionäre Gesetze zu machen und als „Zünglein an der Wage" die Unterdrückung der polnischen Muttersprache vollenden zu helfen. Es ist nun Zeit, Herrn Payer und seine Partei an das damalige Versprechen zu erinnern. Wenn kein „wirklicher Fortschritt für den Liberalismus" erreicht werde, dann sollte ja „die alte Taktik wieder aufgenommen" werden! Wie steht's damit?

Die Antwort ist schon gegeben. Mit Todesverachtung stellen sich die Herren um Payer, als ob sie von den Kirschkernen, die gegen ihren Kopf fliegen, nichts merkten; mit Todesverachtung deuteln sie das Vereinsgesetz in einen „Fortschritt für den Liberalismus" um, nur zu dem Zweck, **ihre Lakaiendienste im kommenden Herbst bei der Steuerfrage fortsetzen zu können!**

Und diese Leute wollen dem Volke einreden, daß eine Vermehrung ihrer Mandate im Landtag ein Gegengewicht gegen die Reaktion wäre!

Eine „Huldigung".

Aus Wien wird uns vom 6. Mai geschrieben:

Morgen wird es im Schönbrunner Schloß hoch hergehen: der deutsche Kaiser kommt mit Frau und Kind nach Wien, um dem Kaiser Franz Josef zu seinem 60jährigen Regierungsjubiläum höchstfeierlich zu gratulieren. Vorher, nämlich schon heute, kommen zwölf Bundesfürsten an, so daß sich die „Huldigungsaudienz" als eine Art Deutschen Fürstentages darstellen wird. Zwar wird das Jubiläum erst am 2. Dezember vollendet sein, aber wer gratulieren will, findet bald ein passendes Datum. Natürlich tut man in Wien über die ungewöhnliche und festliche Beglückwünschung äußerst entzückt, und die bürgerliche Presse holt die verstaubtesten Phrasen hervor, um die außerordentliche Auszeichnung, die dem alten Kaiser durch den Massenbesuch bereitet werden soll, entsprechend zu würdigen. Aber man verrät kein Geheimnis, wenn man mitteilt, daß man in Wien über den Einfall, der nicht in Schönbrunn entstanden ist, ursprünglich sehr wenig erfreut war, und die peinlichen Reminiszenzen, die der Besuch der deutschen Dynasten bei der ehemaligen Vormacht im Deutschen Bunde unnachsichtlich wecken muß, lieber vermieden sehen wollte. Doch scheint der deutsche Kaiser, der die Rückreise von Korfu nicht unbenutzt vorübergehen lassen wollte, Wert darauf gelegt zu haben, den Reiz dieser „Huldigung" zu genießen, um so mehr, als die ersten Anordnungen nicht erkennen ließen, wem eigentlich gehuldigt werden soll. Es sollte nämlich Wilhelm bei seiner Ankunft in Wien am Bahnhof nicht allein von Kaiser Franz Josef, sondern auch von den Bundesfürsten erwartet werden, die der Jubilar vorerst gar nicht zu Gesicht bekommen hätte, so daß der feierliche Aufmarsch der Gratulanten eigentlich und vorzugsweise für den deutschen Kaiser vorgeführt worden wäre. Davon ist man aber abgegangen und die Bundesfürsten werden ihren „hohen Verbündeten" erst bei der Huldigung begrüßen.

Aber nicht bloße geschichtliche Erinnerungen drängen sich in die Feier störend hinein, der Gesundheitszustand des alten Kaisers scheint zu Festen durchaus nicht einzuladen. Natürlich wird offiziell unausgesetzt versichert, daß sich Franz Josef der besten und ungestörtesten Gesundheit erfreue, aber daß dem nicht so ist, zeigt sich schon darin, daß der Kaiser, der die Fahrt von Schönbrunn in die Hofburg sonst fast täglich gemacht hat, nun seit Monaten das Schönbrunner Schloß nicht verläßt. Sicher ist, daß die letzte Erkrankung die Alterserscheinungen bei dem nun bald Achtzigjährigen sehr beschleunigt hat, und daß dem alten Monarchen Ruhe und Stille mehr Not täten, als noch so feierliche Huldigungen und noch so tief empfundene Ansprachen. Die Gratulanten fahren noch morgen abend weg und das Behagen an der Huldigung wird, nachdem sie absolviert worden ist, beträchtlich größer sein als vorher.

Aus dem Wahlkampf.

Die Freisinnsschande perfekt.

Das freisinnig-konservative Wahlbündnis in Niederbarnim, das seine Spitze nur gegen das allgemeine und direkte, geheime und gleiche Wahlrecht richten kann, ist besiegelt. Die Konservativen erhalten zwei, der Freisinn ein Mandat, für letzteres ist der „olle, ehrliche Makler" Dr. Schepp bestimmt, der also eine ganz besondere Zierde des Freisinns bilden wird. Der Verrat des Freisinns wird damit bemäntelt, daß es sich um den Kampf gegen die Sozialdemokratie handele, womit der Freisinn selber zugibt, daß es sich für ihn durchaus nicht darum dreht, Anhänger der Wahlreform in den Landtag zu bringen. Bei der Beschlußfassung über das Kompromiß in der Versammlung des Konservativen Volksvereins für Niederbarnim betonte der Herrenhäusler Graf v. d. Schulenburg-Grünthal, daß es den konservativen Wählern zwar schwer falle, für einen Freisinnigen zu stimmen, in diesem Falle wolle man sich aber fügen. Also ein Gnadenbeweis der Konservativen für den Freisinn, der natürlich auch diese Maulschelle ruhig einsteckt! Hätten die Konservativen abgelehnt, dann hätte der Freisinn die Nationalliberalen an ihr Versprechen erinnert, und dann wäre der Kampf mit ausgesuchter Gesinnungstüchtigkeit gegen die Konservativen geführt worden! Haben wir zu viel gesagt, als wir die Freisinnigen gestern als die Hyänen des Schlachtfeldes bezeichneten? Dr. Schepp kündigte in der konservativen Versammlung sofort an, daß er den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit aller Schärfe führen werde. Hoffentlich führt er diesen Kampf nicht hinter verschlossenen Türen, damit der Wählerschaft dieses Prachtexemplar freisinniger Ueberzeugungstreue in bengalischer Beleuchtung gezeigt werden kann! —

Der Fuchs im Eisen.

Der „Deutschen Tageszeitung" ist die Abfuhr in die Glieder gefahren, die wir ihr am Mittwoch zuteil werden ließen, und sie steckt nun „sittliche Entrüstung" heraus über die „Frivolität", mit der die Sozialdemokratie sich die öffentliche Abstimmung zunutze machen will. Wir hatten gesagt, daß wir keinen Menschen zwingen wollen, sozialdemokratisch zu wählen, aber es sei doch ganz selbstverständlich, daß unsere Parteigenossen einen Geschäftsmann, der zu uns gehört, lieber unterstützen, als einen Schleppenträger der Reaktion. Darin erblickt die „Tageszeitung" eine dreiste Spiegelfechterei, denn von Natur gehöre kein Geschäftsmann zur Sozialdemokratie. Das Bündlerblatt fährt dann fort:

„In Wirklichkeit bedeuten daher die offenen sozialdemokratischen Boykottdrohungen tatsächlich einen Druck auf die Geschäftsleute, wider Ueberzeugung und Interesse sozialdemokratisch zu wählen. Wir haben aber noch nichts davon gehört, daß die „Reaktionäre" ein entsprechendes Ansinnen an die Geschäftsleute etwa in den kleineren Städten gestellt hätten, mit denen sie ihre Geschäfte oder doch einen großen Teil derselben machen.

Für uns bedeutet das Eintreten für die öffentliche Wahl eine sittliche Forderung. Wenn die Sozialdemokratie ihren unsittlichen zynischen Terrorismus damit in Parallele stellt, so ist das weiter nichts als eine starke Heuchelei."

Diese sittliche Entrüstung steht dem Blatte des Herrn Oertel ganz besonders gut. Ist doch die ganze Agitationsweise des Bundes der Landwirte auf den schärfsten Terrorismus zugeschnitten. Wir geben gern zu, daß in einer von den Konservativen beherrschten Kleinstadt an die Geschäftsleute nicht direkt das Ansinnen gestellt wird, konservativ zu wählen. Das ist auch gar nicht notwendig, denn die Geschäftsleute an solchen Orten wissen ganz gut, daß sie gar nicht anders wählen dürfen, wenn sie sich nicht dem Boykott aussetzen wollen. Das Eintreten für die öffentliche Wahl ist keine sittliche Forderung, sondern eine im höchsten Grade unsittliche, weil die öffentliche Abstimmung verhindert, daß jeder Wähler seiner wirklichen Meinung freien Ausdruck geben kann. Die Herrschaft der Konservativen steht und fällt mit dem öffentlichen Wahlsystem. Nur deshalb, nur um den schlimmsten Terrorismus ausüben zu können, halten die reaktionären Parteien an dem elendesten aller Wahlsysteme fest! —

Freisinn und Freikonservative.

Gegen die Zusicherung eines Mandates für Ratibor unterstützt die freisinnige Volkspartei in den Kreisen Ratibor und Gleiwitz die Freikonservativen, die gleichermaßen als Wahlrechtsfeinde wie als Scharfmacher bekannt sind. Ein elenderer Mandatsschacher ist in der Geschichte der politischen Kämpfe noch nicht dagewesen. Und angesichts dieses Verleugnens aller Grundsätze brachte es der freisinnige Abgeordnete Dr. Mugdan am Mittwoch noch fertig zu behaupten, daß die Sozialdemokraten dem Freisinn in den Rücken fallen in seinem Kampf um ein freies Wahlrecht! Mit dem Freisinn geht es unaufhaltsam in den Sumpf! —

Schreiende Zentrumsagrarier.

Die „Rheinische Volksstimme" bringt die Mitteilung von dem Beschluß des Landarbeiterkongresses in Parma, den Generalstreik zu erklären, und zieht aus diesem Beschluß die Nutzanwendung auf das „so oft mit verdächtiger Aufdringlichkeit gepriesene Koalitionsrecht der Landarbeiter, für das sich so gar ein Mann begeistert, wie der Abg. Herold, der sich als Gutsbesitzer bezeichnet." Herr Herold sei ebenso landfremd, wie der Abg. Höveler (Zentrum), der „leichten Herzens einer Milderung der strengen Maßregeln zum Schutze der Grenze gegen Seuchengefahr das Wort redet." Es sei kein Wunder, wenn die Bauern solchen Abgeordneten kein Vertrauen entgegenbrächten; die Bauern „müßten sich auf ihre Abgeordneten verlassen können, denn Abgeordnete, die vor den Feinden der Landwirtschaft ins Mauseloch kriechen, statt ihnen mutig und tapfer entgegenzutreten, sind keine Vertreter, sondern Verräter der Landwirtschaft."

Und nun kommt ein Wink mit dem Zaunpfahl. Das Blatt weist hin auf die „Deutsche Vereinigung", das bekannte Unternehmen der Nationalkatholiken zur Bekämpfung des Zentrums. Die „Deutsche Vereinigung", so heißt es, wisse sehr geschickt die Unzuverlässigkeit bäuerlicher Abgeordneter auszunutzen, und es werde dem Zentrum, falls ihm an einer ernsten Bekämpfung dieses geschickt vorbereiteten Einbruches gelegen sei, nichts übrig bleiben, als durch die Tat zu dokumentieren, daß es ernstlich gewillt sei, mehr als bisher für die Landwirtschaft zu tun, indem es geeignete Vertreter in das Parlament schicke. „Die Situation" — so schließt der Artikel — „ist ernst, und jeder Schritt, der zum Ziele führen soll, muß reiflich überlegt werden. Ein Schritt vom Wege kann die unheilvollsten Konsequenzen nach sich ziehen."

Schon neulich hatte das Blatt auf den „Schatten der Männer" hingedeutet, die bereit seien, das Erbe des Zentrums unter den Bauern anzutreten; und damit kein Zweifel blieb, was damit gemeint sei, wurde rund heraus gesagt, daß es dem Bauern schließlich einerlei sein könne, von wem ihm geholfen werde. Nicht ohne Absicht kommt die „Rheinische Volksstimme" immer wieder auf die „Deutsche Vereinigung" zurück, weil in der Tat dieses unter dem Schutze des Oberpräsidenten der Rheinprovinz stehende Unternehmen dem Zentrum arge Sorgen macht. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Mai 1908.

Kehraus im Reichstage.

Mit doppelt beschleunigter Durchpeitscherei wurden die restierenden Reichstagsgeschäfte in knapp drei Stunden erledigt. Es handelte sich noch um nicht weniger als 17 dritte Lesungen. Die Konservativen und Antisemiten erstickten jeden Versuch einer Diskussion durch demonstratives Schlußgebrüll. Nur wenn einer ihrer Leute sprach, waren sie während der Rede still, um dann auch nach den gleichgültigsten Ausführungen ihrem Schreibedürfnis durch frenetischen Beifall Ausdruck zu geben.

Etwas, das einer Debatte ähnlich sah, gab es nur bei dem Münzgesetz. Der Reichsschatzsekretär Sydow erklärte nämlich, daß die Mehrheit des Bundesrats der von der Reichstagsmehrheit beschlossenen Wiedereinführung des Dreimarkstückes nicht zustimmen könne. Nunmehr sprang der Freiherr v. Gamp-Massaunen auf die Tribüne und donnerte in heftigen Worten gegen diese Bundesratsmehrheit, der er den ganzen Groll der Silberagrarier zu kosten gab in einer Weise, daß man glauben mußte, er habe einen Tobsuchtsanfall bekommen. Diese regierungsfeindliche Haltung der Rechten erhielt ihre rechte Beleuchtung durch die Frage des tobenden Gamp: Wie hat denn Preußen gestimmt? Die ostelbische Junkergarde benutzte diese feine Gelegenheit, um durch tosendes Beifallsgebrüll die lästigen nichtpreußischen Bundesgenossen ihren Haß fühlen zu lassen, den sie sich durch die Einführung freier Wahlrechte zugezogen haben.

Die Freisinnigen beantragten die Ausmerzung des Dreimarkstücks. Nicht einen Satz konnten ihre Vertreter ruhig sprechen. Ebenso erging es dem Genossen Ledebour, der die Zustimmung der Sozialdemokratie zu dem Antrage erklärte und den tobenden Junkern und Junkergenossen zu Gemüte führte, daß sie anstatt wegen einer solchen Lappalie lieber gegen den Bundesrat hätten auftrumpfen sollen, als Herr Rieberding erklärte, daß der Bundesrat der Gewährung von Krankengeld an Handlungsgehülfen in Stellung seine Zustimmung verweigern müsse. In namentlicher Abstimmung wurde dann der freisinnige Antrag mit Zweidrittelmehrheit von den agrarischen Parteien abgelehnt.

Eine kurze Debatte gab es dann noch beim Versicherungsgesetz, als Herr v. Dirksen eine Mohrenwäsche an der Firma Krupp und Herr Mommsen dito an den Siemens-Schuckert-Werken versuchte. Der Genosse Severing erwiderte kurz unter der Vorlegung von Dokumenten, indem er eine gründlichere Abrechnung für den Herbst in Aussicht stellte.

Beim kleinen Befähigungsnachweis gab es noch ein Geplänkel der Genossen Albrecht und Lehmann mit

Herrn Riesenberg-Wanzleben, dem Albrecht nachwies, daß dieser biedere Bäckermeister dem Reichstage ein Phantasieprodukt erzählt hatte, als er damit prahlte, Sozialdemokraten hätten seinen Laden in Quedlinburg erstürmt.

Beim Vogelschutzgesetz versuchten die Kramtsvogelfänger nochmals einen Verschleppungsantrag durchzudrücken. Sie fielen jedoch bei der namentlichen Abstimmung mit 68 Stimmen glatt ab.

Um ½1 Uhr war die Abstimmerei im Automobiltempo am Ziel angelangt und dann vertagte sich der Reichstag bis zum 20. Oktober.

„Unehrliche Politik."

Am Dienstagabend, in einer liberalen Versammlung zu Schöneberg, wo Herr Naumann den Landtagswählern einen Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei empfahl, bekam es der bekannte Vielredner Herr Tischendörfer fertig, der Sozialdemokratie unehrliche Politik vorzuwerfen, weil sie angeblich auf der einen Seite die bürgerlichen Demokraten der Richtung Barth auffordere, mit ihr zusammenzugehen, und zugleich auf der anderen Seite mit Hohn und Spott jedes Streben nach liberal-sozialdemokratischer Einigung zurückweise. Ihm wurde auf der Stelle von unserem Genossen Borchardt geantwortet, daß der Sozialdemokratie nichts ferner liege als irgend wen zum Zusammengehen aufzufordern. Vielmehr fordern wir die Liberalen gleichviel welcher Richtung nur auf, ehrliche bürgerlich-demokratische Politik zu treiben, dann würde sich ein Zusammengehen in einer Reihe von Fällen ohne Bündnis und Kompromiß ganz von selbst ergeben, da wir ebenfalls demokratische Politik treiben, ohne daß wir den Gegensatz verhehlen, der dann immer noch zwischen uns und der bürgerlichen Demokratie klafft. Wenn aber irgend jemand mit Recht der Vorwurf unehrlicher Politik treffe, so sei es der heutige Liberalismus und vor allen Dingen Herr Naumann selbst. Vom liberalen Standpunkt sei die ganze Blockpolitik eine Unehrlichkeit. Speziell aber Herr Naumann habe noch vor einem Jahre genau so gesprochen wie heute Herr Barth. Millionen hätten den Worten Naumanns getraut, und auf Grund dieses Vertrauens sei er mit sozialdemokratischer Hülfe in den Reichstag gewählt worden. Und nun habe er in dieser beispiellosen Weise das in ihn gesetzte Vertrauen getäuscht. Ja, noch mehr: aus seinen eigenen Aeußerungen in Frankfurt wie in der „Hilfe" gehe hervor, daß er freisinnige Politik treibe, ohne überhaupt freisinnige Ueberzeugungen zu haben. Nach seinen eigenen Worten habe er 1903 hin und her gerechnet, ob er sich der Sozialdemokratie oder dem Freisinn anschließen solle. Der Anschluß an eine Partei sei also für ihn das Resultat eines Rechenexempels, aber nicht eine Sache innerer, heiliger Ueberzeugung. Wenn also von unehrlicher Politik die Rede sei, dann hätten gerade die Anhänger des Herrn Naumann den allerdringendsten Grund zu schweigen.

Bemerkenswert ist, daß Herr Naumann, der als Referent des Abends das Schlußwort hatte, zwar darüber klagte, daß Borchardt ihn so persönlich angreife, aber auf die von unserem Genossen erhobenen Vorwürfe mit keinem Worte einging!

In diesem Zusammenhang ist es nun von Interesse, daß die Unehrlichkeit der Blockpolitik schon vor geraumer Zeit von liberalen Arbeitern erkannt und gewürdigt worden ist. Im Juli vorigen Jahres schrieb die „Westdeutsche Post", das Organ der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine in Rheinland und Westfalen:

„Wir wünschen, daß der Linksliberalismus Herrn Bülow wirklich über die Klinge springen läßt, damit **die unehrliche Politik der Gegenwart endlich ein Ende hat.** Lieber ein vollkommen reaktionäres Regime als der jetzige Zustand. Dann würde wenigstens Klarheit geschaffen und dem Volke die Augen geöffnet werden."

Der „Vorwärts" bemerkte damals, wenn die freisinnigen Arbeiter sich Gehör verschaffen wollten, dann müßten sie selbst Taten sehen lassen. Leider haben sie das bisher immer noch nicht getan, und so ist es möglich, daß heute noch ein Naumann wagen darf, ihnen freisinnige Kandidaten zu empfehlen.

Einer von der Fischbeck-Garde.

Die „Volks-Ztg." erzählt folgende köstliche Geschichte:

„In der Adlershofer Versammlung der Sozialliberalen, in der Dr. Breitscheid über Wahlrecht und Reaktion sprach, erregte ein volksparteilicher Herr viel Heiterkeit, der allen Ernstes behauptete, die Sozialdemokratie stände ja selbst nicht auf dem Boden des Reichstagswahlrechts (Stürmischer Widerspruch), da sie ja das Frauenstimmrecht verlange! (Zwischenruf Dr. Breitscheids: Wir ja auch!) Dieses sei gewissermaßen ein Pluralwahlrecht, da dann jeder Mann zwei Stimmen habe, wenn er verheiratet sei."

Der Vorfall zeigt, wie es in dem Schädel manches Freisinnsspießers aussieht! —

Wer übt Terrorismus?

Die Kriegervereine sollen auch für den Landtagswahlkampf mobil gemacht werden, um die Dreiklassenherrschaft zu stützen. Der preußische Landeskriegerverband hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

„Die Satzungen verbieten uns, die Sozialdemokratie durch Wort und Tat zu unterstützen. Kein Mitglied eines dem preußischen Landes-Kriegerverbande angehörenden Vereins darf daher einem Sozialdemokraten seine Stimme geben, weder als Urwähler, noch als Wahlmann. Dasselbe gilt von den Anhängern der welfischen Partei und der großpolnischen Bewegung."

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß der Landes-Kriegerverband die öffentliche Abstimmung dazu benutzen wird, seine Mitglieder genau darauf zu kontrollieren, wem sie ihre Stimme gegeben haben. Wer sozialdemokratisch wählt, der fliegt hinaus. Wir empfehlen das den bürgerlichen Blättern zur Beachtung, die sich nicht genug über den Terrorismus der — Sozialdemokraten entrüsten können. —

Lebensmittelteuerung.

Konservative und nationalliberale Blätter behaupten, gestützt auf allerlei Durchschnittsrechnungen Calwers, daß in den letzten Jahren die Löhne der deutschen Arbeiter im Durchschnitt weit stärker gestiegen sind, als die Kosten des Lebensunterhalts. Demgegenüber kommt eine Handels- oder Gewerbekammer nach der anderen und konstatiert, daß die Lohnerhöhungen ganz oder größtenteils durch die Steigerung der Lebensmittel ausgeglichen wurden.

Auch im Jahresbericht des Bezirksgremiums Bamberg, der jetzt erschienen ist, wird nach einem Hinweis auf die eingetretene Krise von dem Jahre 1907 gesagt:

„Der größere Teil des Jahres stand noch unter dem günstigen Einfluß der Hochkonjunktur, nur warf die kommende Depression bereits ihre Schatten voraus, ohne aber die Jahresergebnisse in der Industrie erheblich zu beeinflussen. Deshalb muß auch das Jahr 1907 immerhin als ein günstiges bezeichnet werden. Zu dem flotten Inlandgeschäft trug auch eine gute Ernte wesentlich bei. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte erreichten infolge geringer Ernten des Auslandes eine Höhe wie selten zuvor und machten die Lohnerhöhungen der Arbeiter zum großen Teil illusorisch."

Die liberalen Handelskammermitglieder beurteilen also die von den Arbeitern während der Aufschwungsperiode errungenen materiellen Vorteile weit geringer, als Calwer. —

Kadetten auf der Eisenbahn.

Die preußisch-deutsche Eisenbahnbureaukratie kann auch höchst rücksichtsvoll sein. Hat da die Generaldirektion der Reichseisenbahnen vor einigen Tagen den Beamten wieder einmal eine preußische Amtsblattverfügung vom Jahre 1899 in Erinnerung zurückgerufen. Danach sollen Kadetten tunlichst für sich gesondert untergebracht werden; für je 8 Kadetten sind besondere Abteile 3. Klasse bereit zu stellen. Beschwerden über Belästigungen von Kadetten durch Mitreisende sind sofort nachdrücklich zu verfolgen; nötigenfalls ist ein Wechsel des Abteils vorzunehmen. Sind bei Ueberfüllung der 3. Klasse Reisende vorübergehend in der 2. Klasse unterzubringen, so ist hierbei auf einzeln reisende Kadetten angemessene Rücksicht zu nehmen.

Herr v. Köller und Professor Ziegler.

Der allgewaltige Staatssekretär des Reichslandes, Herr Matthias v. Köller ist kein Freund moderner Bestrebungen, ganz besonders nicht auf dem Gebiete der Schule. Vor einiger Zeit hat er eine Verfügung erlassen, in der er betont, daß zwar dem Lehrer die Freiheit der Meinungsäußerung über Schulangelegenheiten nicht verkümmert werden dürfe, soweit ihm nicht die Pflicht der Amtsverschwiegenheit obliege, daß er, Köller, aber nicht dulden könne, wenn ein Lehrer durch agitatorische Behandlung der Schulfragen das Vertrauen der Gemeinde zur Tätigkeit der Schule stört. Dazu gehört selbstverständlich auch die Erörterung, ob die konfessionelle oder die Simultanschule den Vorzug verdiene.

Es braucht nicht betont zu werden, daß die Verfügung besonders gegen die Bestrebungen zur Simultanisierung der Schulen gerichtet ist; denn die konfessionelle Schule besteht, für sie wird nicht gekämpft. Sie hat ihre Schützer noch heute in der Regierung. In der Frage der Schule hat der Lehrer als Praktiker das gleiche Recht wie der Politiker als Theoretiker. Es liegt durchaus nicht im Interesse der Schule, dem Praktiker in dieser wichtigen Frage einen Maulkorb anzulegen und ihn zu verhindern, sich für seine Ueberzeugung auszusprechen.

In seiner Eröffnungsvorlesung über Pädagogik wandte sich der bekannte Professor Ziegler an der Straßburger Universität scharf gegen diese Verfügung. Er wisse wohl, so führte er aus, daß er sich gründlich gegen diesen Erlaß verfehle. Er werde aber trotzdem über alle in dem Verbot berührten Fragen sprechen, auch über konfessionelle Schulen und dergleichen. Er wolle auch in gewissem Sinne agitatorisch wirken, so wie es für den Rahmen des akademischen Unterrichts passe. Das sei eben der Kampf der Geister, und der müsse frei sein. Gott sei Dank könne geschehen in diesen Räumen unter dem Schutze der akademischen Freiheit, was den Lehrern verboten sei in ihren Fachvereinen. „Wir kümmern uns nicht um das Verbot eines Ministers oder Staatssekretärs."

Staatssekretär v. Köller ist der Kurator der Straßburger Universität. Wird er diese Abkanzelung ohne weiteres hinnehmen? Prof. Ziegler hat zwar den Namen v. Köller nicht genannt und in einer späteren Vorlesung dagegen protestiert, daß aus dem Zusammenhang gerissene Teile seines Vortrages durch die Presse in die Oeffentlichkeit gezerrt werden. Nichtsdestoweniger enthalten seine Ausführungen eine deutliche Kritik der v. Köllerschen Auffassung über die Rechte der Lehrer. —

Vater werden ist nicht schwer, Vater sein dagegen sehr, dieser Vers des Meisters Wilhelm Busch trifft sehr oft bei den „Stellvertretern Gottes auf Erden", den betreßten Soldatenerziehern zu. Auch dem Sanitäts-Feldwebel Paul Steinhäuser von der Maschinengewehrabteilung Nr. 11 fiel das Vaterwerden leicht, hat er doch nach seiner eigenen Angabe mit 12 bis 15 Mädchen verkehrt. Leider hatte das Verhältnis mit einem der Mädchen die Folge, daß Steinhäuser wider Willen Vater wurde. Das war ihm eine schwere Last; denn er sollte vierteljährlich ganze 24 M. Alimente bezahlen. Er bezahlte einfach nicht und suchte die Mutter des Mädchens in einem Brief zu bestimmen, das Kind zu ermorden. Auch zur Mutter sagte er, es sei das beste, wenn sie das Kind in die Badewanne untertauche; es mache nur ein paar Schnapper, dann sei es gleich vorbei. Deshalb vom Kriegsgericht angeklagt, antwortete der Feldwebel auf die Frage, ob er gegen das Alimentationsurteil keinen Einspruch erhoben habe: das habe er aus Schamgefühl nicht getan, er habe verhindern wollen, daß seine Vorgesetzten etwas erführen, denn er habe Vaterlandsliebe, Pflichttreue und Religiosität gehabt und sich stets des Wohlwollens seiner Vorgesetzten erfreut. Das Kriegsgericht der 34. Division in Metz verurteilte die edle Seele zu einem Jahr Gefängnis, 2 Jahren Ehrverlust, Degradation und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Einen Sieg bei der Gewerbegerichtswahl errangen die freien Gewerkschaften in Schiltigheim-Bischheim bei Straßburg i. E. Sämtliche acht Kandidaten wurden gewählt. Eine Gegenliste war nicht vorhanden. Die Arbeitgeberbeisitzerwahl ergab nur die Wahl von drei Beisitzern, für die übrigen fünf Sitze muß nächsten Sonntag eine Nachwahl stattfinden. Das Gewerbegericht in Schiltigheim-Bischheim ist das erste Gewerbegericht im Reichslande, das auf der Grundlage des deutschen Gewerbegerichtsgesetzes errichtet wurde. Die übrigen reichsländischen Gewerbegerichte sind auf Grund des noch gültigen französischen Gesetzes errichtet worden, das den Gewerbegerichten nicht die weiten Befugnisse wie das deutsche Gesetz steckt, z. B. können die französischen Gewerbegerichte nicht als Einigungsämter bei Lohnstreitigkeiten usw. wirken. —

Oesterreich.

Der Landsmannminister.

Wien, 6. Mai. Der deutschnationale Abgeordnete Prade wurde als Nachfolger Peschkas zum deutschen Landsmannminister ernannt. Prade hat dieses Ministerium schon einmal innegehabt.

England.

Gegen das Opium.

London, 6. Mai. Unterhaus. Im Laufe der Debatte über die Frage des Opiumhandels in den englischen Kolonien teilte Unterstaatssekretär Seely vom Kolonialamt mit, die Regierung habe beschlossen, in Hongkong und Ceylon Maßnahmen zur Unterdrückung des Mißbrauchs von Opium zu treffen und die in den Straits Settlements in dieser Richtung bereits eingeleiteten Maßnahmen zu Ende zu führen.

Rußland.

Ein Waffenlager.

Sosnowice, 7. Mai. In der Wohnung des Weichenstellers Lubecki in Dembkowice entdeckte die Polizei ein umfangreiches geheimes Waffenlager, bestehend aus Gewehren, Karabinern, Patronen und Masken. Lubecki und seine Familie wurden verhaftet und in das Bendziner Gefängnis gebracht. Man glaubt einer großen terroristischen Verschwörung auf der Spur zu sein.

Das Attentat.

Woronesch, 6. Mai. Bei dem Bombenanschlag auf den Gouverneur wurden mehrere Passanten, darunter vier jüngere Schülerinnen, verletzt.

Finnland.

Die Maifeier.

Helsingfors, 2. Mai. (Eig. Ber.) Die diesjährige Maifeier gestaltete sich zu einer machtvollen sozialdemokratischen Demonstration in ganz Finnland. Die Arbeit ruhte in allen Fabriken und Betrieben; überall fanden festliche Umzüge statt. In Helsingfors nahmen am Festzuge 60 Arbeitervereine mit zirka 20 000 Arbeitern und Arbeiterinnen teil, die mit wehenden Fahnen und Musikchören durch die ganze Stadt zogen. Auf dem neuerbauten monumentalen Volkshause flatterte zum ersten Male die rote Fahne. Etwa ein Drittel des Zuges bildeten Frauen — wir sind ja im Lande des Frauenstimmrechts. Auf dem Festplatze sprachen zu einer 30 000köpfigen Menge von mehreren Tribünen aus sozialdemokratische Redner. Das russische Militär blieb den ganzen Tag in den Kasernen interniert, um nicht von der allgemeinen revolutionären Feststimmung der Arbeiterschaft angesteckt zu werden. Zu irgendwelchen Zusammenstößen ist es nicht gekommen, obgleich die Polizei und das Militärkommando besondere „Maßregeln" getroffen hatten. — Auch in den übrigen Städten Finnlands, wie z. B. in Tammerfors, Abo, Viborg, Uleaborg, Kotka usw. wie auch in den Landorten nahm die Maifeier einen würdigen und imposanten Verlauf. Die Heerschau des revolutionären Proletariats zeigte überall in ganz Finnland das Bild der stetig wachsenden Macht der Sozialdemokratie. —

Japan.

Ein Vertrag mit den Vereinigten Staaten.

London, 7. Mai. Wie „Daily Telegraph" aus Tokio gemeldet wird, ist der amerikanisch-japanische Schiedsvertrag, der allgemein einen Zwangscharakter trägt und bereits vor dem russisch-japanischen Kriege vorbereitet wurde, in Washington unterzeichnet worden. Es ist dies der erste derartige Vertrag den Japan abgeschlossen hat.

Marokko.

Der Kampf der Brüder.

Die Lage in Marokko ist momentan unklar; die offiziellen französischen Meldungen sind offenbar parteiisch zugunsten von Abdul Asis. Sowohl Abdul Asis als Mulay Hafid suchen vor allem Fes zu erreichen, um die Anerkennung der Hauptstadt zu erlangen. Nach den letzten Depeschen scheint es nun, daß der Erfolg sich Mulay Hafid zuneige.

Einer von anderer Seite dementierten Meldung des Reuterschen Bureaus zufolge hat Mulay Hafid unter den Beifallskundgebungen der Bevölkerung und dem Salut der Geschütze seinen Einzug in Mekines gehalten. Er wird von hier aus nach Fes marschieren, das nur fünf Wegstunden entfernt ist.

In Paris hat diese Meldung sichtliche Ueberraschung hervorgerufen. Man war überzeugt, daß die Lage Mulay Hafids sehr ungünstig sei. Noch vorgestern abend berichtete der französische Konsul in Casablanca, daß Mulay Hafid sich auf dem Rückzuge befinde und bei Beni Ciran eingetroffen sei.

Dagegen hat Abdul Asis, wie es scheint, seine Absicht, Fes zu erreichen, aufgeben müssen. Er sucht jetzt nach Marrakesch, der Hauptstadt des Südens, zu gelangen.

Aus der Partei.

Ein Zwischenfall in der belgischen Partei.

Brüssel, 6. Mai. (Eig. Ber.)

Die „Affäre" der sozialistischen Senatoren Picard und Grimard, die zu einer heftigen Preßfehde im „Peuple" geführt hatte, hat am Dienstag auch den Generalrat der Partei zu einem Spruch veranlaßt. Picard und Grimard hatten nämlich in ihrer Eigenschaft als Advokaten die Verteidigung im Spielprozeß Marquel in Brügge übernommen, was den Redaktionschef des „Peuple", Genossen De Brouckère zu heftigen Angriffen gegen die beiden Genossen veranlaßte. De Brouckère erklärte es rundweg für unvereinbar mit der Parteimoral, daß ein sozialistischer Abgeordneter die Sache eines Spielpächters führen könne. Grimard und Picard dagegen machten geltend, daß sie nur in Ausübung einer professionellen Pflicht, die an Parteisatzungen nicht gebunden sei, gehandelt hätten. Zumal Grimard erklärte wiederholt in seinen Polemiken im „Peuple", daß er sich für vollständig berechtigt erachte, ungeachtet seiner prinzipiellen Gegnerschaft gegenüber dem Spielwesen, das er in der Gesetzgebung bekämpfe, einen Spielpächter zu verteidigen. Auch Picard, dessen seltsame Eigenbrödeleien in der Partei schon genugsam Mißstimmung und Unzufriedenheit auch unter den duldsamsten Parteigenossen hervorgerufen haben, hat in ähnlicher nur in der ihm angemessenen hochmütigeren Weise erwidert. Man kann ruhig sagen, daß wohl allenthalben die sozialistische Meinung auf Seiten De Brouckères und des „Peuple" stand, wenn auch einzelne Parteigenossen, wie z. B. der Abgeordnete Destrée es für richtig befunden, die Sache Grimards und Picards zu führen.

Der Generalrat hat die Streitfrage — De Brouckère hat ihn selbst zum Schiedsrichter angerufen — damit erledigt, daß er dem „Peuple" das „Recht und die Pflicht" zuerkannte, den korrumpierenden Einfluß des Spiels aufzuzeigen, und sein Bedauern darüber aussprach, daß sozialistische Mandatare die Verteidigung im Spielprozeß Marquel übernommen haben. Der Generalrat erkannte weiter an, daß die beiden Senatoren mit der Uebernahme dieser Verteidigung nur einer professionellen Pflicht nachzukommen glaubten. Gleichzeitig sprach der Generalrat den Wunsch aus, die sozialistischen Mandatare mögen sich an den Sitzungen des Generalrats und an den Parteikongressen beteiligen. Dieser Wunsch zielt hauptsächlich auf Picard, der jeder Mißstimmung und jeder Disziplin trotzend, sich von den Parteiberatungen prinzipiell fernhält. Grimard hatte übrigens der Sitzung des Generalrates beigewohnt und, um zu bezeugen, daß er in der Affäre alles Persönliche ausschalte, Gen. De Brouckère die Hand gereicht.

Strafkonto der modernen Arbeiterbewegung. Gegen Genossen, die in der modernen Arbeiterbewegung tätig sind, erkannten im Monat April deutsche Gerichte auf insgesamt 4 Jahre 7 Monate 3 Tage Gefängnis und 4388 M. Geldstrafe.

Unsere Presse. Die Genossen des Bezirks Balingen (Württemberg) beschlossen auf einer Parteikonferenz, einen Preßfonds zu schaffen. Zu diesem Zweck werden Sammelmarken a 10 Pf. ausgegeben.

Die schweizerische sozialdemokratische Jugendorganisation hielt kürzlich in Winterthur ihre Delegiertenversammlung ab, die von 80 Delegierten aus 7 Sektionen mit zirka 300 Mitgliedern besucht war. Der wichtigste Verhandlungsgegenstand war ein Vortrag über das Arbeitsprogramm, in dem gute Ratschläge für das Studium der Literatur gegeben wurden. Bezüglich der sozialistischen Sonntagsschulen wurde die Aufstellung eines Lehrplanes beschlossen. Ein Referat über die „Christlichen Vereine junger Männer" schloß mit der Annahme folgender Resolution: „In Erwägung, daß die christlichen katholischen und evangelischen Jünglingsvereine dem Kapitalismus Schergendienste leisten, beschließt die heutige Delegiertenversammlung der Schweizer Jugendorganisation, denselben den Kampf zu erklären." Schließlich wurde der Monatsbeitrag an die Zentralkasse auf 20 Centimes pro Mitglied festgesetzt.

Im Verlage von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Das Proletariat und die russische Revolution.** Von A. Tscherewanin. Mit einer Vorrede von H. Roland-Holst und einem Anhang vom Uebersetzer S. Lewitin. Preis brosch. 1,20 M., gebd. 1,50 M. —

Aus dem Inhalt heben wir hervor: I. Die Ursachen der Revolution. II. Vor dem 22. Januar 1905. III. Vom 22. Januar bis

zum 31. Oktober 1905. IV. Der Oktoberstreik. V. Vom 31. Oktober bis zum Dezemberaufstand. VI. Der bewaffnete Aufstand im Dezember. VII. Nach der Niederlage. — Das Jahr 1907. Ein Anhang von S. Lewitin.

Gewerkschaftliches.

Internationale Klassenjustiz.

Im Jahre 1900 wurde der norwegische Metallarbeiterverbandsvorsitzende Ormestad zu 120 Kronen Geldstrafe verurteilt, weil er einem Streikbrecher geschrieben hatte, daß er, wenn er die Arbeit bei einer gesperrten Firma fortsetze, als Streikbrecher angesehen und behandelt werde. Seitdem wird von der organisierten Arbeiterschaft Norwegens statt „Streikbryder" häufig das Wort „Hädersmand", das heißt „Ehrenmann", gebraucht, und vor einigen Monaten schrieb der Fachvereinsvorsitzende Lundgreen an einen Streikbrecher, daß er, wenn er seine Arbeit in einem gesperrten Betriebe nicht aufgäbe, als „Ehrenmann" betrachtet werde. Auf dieser Grundlage und wegen ähnlicher Aeußerungen, teils auch wegen gesetzwidrigen Verlassens der Arbeit, wurde gegen Lundgreen und zehn andere organisierte Arbeiter Anklage erhoben. Lundgreen als Rädelsführer und die meisten der Angeklagten sollten versucht haben, durch Drohung oder ehrenkränkende Beschuldigung Zwang auf den Streikbrecher auszuüben. Am 1. Mai hat nun das Oslo Lagmannsgericht (zu Kristiania) sein Urteil gesprochen. Lundgreen wurde zu 60 Tagen Haft — der mildesten Form der Freiheitsstrafe, weil man keinerlei unehrenhafte Gesinnung für vorliegend erachtete — verurteilt, ein zweiter Angeklagter zu 100 Kronen Geldstrafe und fünf andere zu je 25 Kronen, während die übrigen vier freigesprochen wurden.

Das Strafurteil steht in merkwürdigem Gegensatz zu dem Freispruch, den im vorigen Jahre das Lagmannsgericht in Skien gegenüber dem Maurerverbandsvorsitzenden Iversen fällte, der in viel kräftigeren Worten einem arbeitswilligen Maurer mitgeteilt hatte, daß man ihn als Streikbrecher betrachten, sein Name auf die schwarze Liste kommen und in Norwegen, Schweden, Dänemark und Deutschland bekannt gemacht werde, womit auch dadurch der Anfang gemacht worden war, daß er wiederholt „den Mitgliedern in Erinnerung" gebracht wurde mittels Anzeigen in „Socialdemokraten".

Daß die beiden Laiengerichte bei derselben Sachlage so verschiedene Urteile fällten, hat seinen Grund darin, daß das Gericht in Skien größtenteils aus Landleuten zusammengesetzt war, die dem Kampf zwischen Unternehmer und Arbeiter unparteiisch gegenüberstanden, wogegen in dem andern Gericht Unternehmer oder ihnen nahestehende Leute maßgebend waren.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Streik und Sperre im Autobau Oberschöneweide sind aufgehoben. Die Ortsverwaltung.

Friedensschluß im deutschen Malergewerbe!

Am gestrigen Tage sollten im deutschen Malergewerbe laut einer Bestimmung im Schiedsspruch die Hauptvorstände der beiderseitigen Parteien dem Kollegium der Unparteiischen eine Erklärung über Annahme bezw. Ablehnung des Schiedsspruches bis vormittags 11 Uhr eingereicht haben. Der Vorstand des Hauptverbandes der Arbeitgeberverbände im Malergewerbe hat sich bereits in der hiesigen Konferenz vor Fällung des Schiedsspruches bereit erklärt, diesen anzuerkennen. Alle drei beteiligten Arbeitnehmerorganisationen, der Verband der Maler, der christliche Verband der Maler und Anstreicher und der Gewerkverein (H.-D.) des graphischen Gewerbes, der Maler und Lackierer haben ebenfalls im Laufe der letzten Tage zustimmende Erklärungen eingesandt. Hiernach zu urteilen, sind die Hauptstreitigkeiten als beigelegt zu betrachten, wenn auch die örtlichen Verhandlungen noch ausstehen und vielleicht einige Schwierigkeiten bereiten könnten. Diese sollen in den einzelnen Lohngebieten und Städten durch Verhandlungen unter einem unparteiischen Vorsitzenden beigelegt werden.

Die Steinarbeiter und die Mai-Aussperrung.

Der Verband der Steinarbeiter (Filiale I) hielt am Mittwoch in der „Lebensquelle" eine gut besuchte Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand die Aussperrung wegen der Maifeier. Die von den Unternehmern auf sieben Tage berechnete Aussperrung dürfte nach der Berechnung des Vorstandes etwa 2500 M. kosten. Um den Verlust wieder wett zu machen, wird die Erhebung einer Extrasteuer vorgeschlagen, welche die zahlen sollen, die nicht ausgesperrt wurden. Die Mitglieder, die am 1. Mai arbeiteten, obwohl die Feier durch Arbeitsruhe beschlossen war, sollen außerdem noch eine besondere Buße zahlen. Ueber diese Anregung wurde lebhaft diskutiert. — Es geht aus der Versammlung folgende Resolution ein:

„Die Versammlung verurteilt aufs schärfste das Verhalten der Kollegen, welche trotz des Beschlusses, durch Arbeitsruhe zu feiern, dennoch am 1. Mai arbeiteten. Die Versammlung erblickt darin einen schweren Verstoß gegen die Disziplin, welcher den zeitweiligen Ausschluß aus der Organisation rechtfertigen würde. Die Versammlung nimmt jedoch davon Abstand und beschließt, daß sie eine Buße zu zahlen haben. Die Versammlung erwartet für die Zukunft, daß die gefaßten Beschlüsse besser gehalten werden."

Die Versammlung bestimmte durch Beschluß, daß die Buße fünf Mark betrage, und nahm mit dieser Maßgabe die Resolution an. Ein weiterer Antrag, daß die Nichtausgesperrten zur Stärkung des Ortsfonds einen Extrabeitrag von 2 M. zahlen sollen, wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Angenommen wurde ein Antrag, vom Zentralvorstand zu verlangen, den größeren Teil zur Unterstützung der Ausgesperrten beizutragen. Die Unterstützung wird am Sonntag von 8 bis 12 Uhr vormittags bei Faber ausgezahlt. Ausgesperrt worden sind etwas über 200 Mitglieder. Dem Vorstand überwiesen wurde ein Antrag, solche Mitglieder, die jahrelang politisch und gewerkschaftlich organisiert sind und notorisch die Beschlüsse nicht halten, auf ein Jahr aus der Organisation auszuschließen.

Endlich beschloß man noch, die Arbeit auf den einzelnen Plätzen nur geschlossen wieder aufzunehmen. Auf Plätzen, wo einzelne der Ausgesperrten nicht wieder angenommen werden, dürfen auch die anderen die Arbeit nicht wieder aufnehmen.

Achtung, Leistenvergolder! Die Tapetenleistenfabrik von Zander, Berlin, Schöneberger Straße, hat sämtliche Vergolder und Berufsgenossen wegen Teilnahme an der Maifeier entlassen. Ein Teil davon soll nur einzeln wieder eingestellt werden und der andere gemaßregelt. Diese unwürdige Zumutung weisen sämtliche Entlassenen mit Entrüstung zurück und wollen nur so geschlossen die Fabrik betreten, wie sie dieselbe verlassen haben. Da alle Verhandlungen nicht zum Ziele führten, ersuchen wir die Kollegen allerwärts um strengste Fernhaltung des Zuzuges.

Die Zentralkommission der Vergolder.

Achtung, Schuhmacher! Die Schuhmacher in Spandau stehen seit Montag im Ausstand. Die Forderungen, welche gestellt sind, sind durchgängig minimal und könnten ohne Nachteile für die Arbeitgeber bewilligt werden. Die Innung hat es bis jetzt noch nicht für nötig gehalten, in Unterhandlungen einzutreten. Verschiedene Arbeitgeber haben den Tarif anerkannt. Zuzug ist bis auf weiteres streng fernzuhalten. Verband der Schuhmacher. Gauverein Berlin.

Die Arbeitslosigkeit in der Berliner Holzindustrie.

Nach dem statistischen Berichte des Holzarbeiter-Verbandes für die ersten vier Monate dieses Jahres betrug die Zahl der Arbeitslosen in den einzelnen Branchen am Ende der Monate:

	Januar	Februar	März	April	Mitgliederbestand
Tischler	2437	2052	1906	2025	12956
Einsetzer	106	127	193	176	310
Bodenleger	18	15	35	31	231
Jalousiearbeiter	10	6	12	11	86
Bilderrahmenmacher	13	12	7	10	94
Modelltischler	74	63	65	78	410
Kistenmacher	20	22	18	39	319
Klavierarbeiter	66	81	88	120	1945
Möbelpolierer	689	565	454	539	2110
Maschinenarbeiter	258	241	282	284	2061
Drechsler	131	136	122	129	647
Stockmacher	32	34	38	45	451
Knopfmacher	2	3	3	6	104
Kammacher	8	5	4	7	157
Bürstenmacher	3	2	—	1	49
Korbmacher	27	5	—	3	147
Vergolder	23	28	11	45	796
Stellmacher	159	90	106	113	780
	4076	3487	3344	3662	23790

Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung betrug in den vier Monaten 243 707,47 M.

Deutsches Reich.

Außerordentlich ernst ist die Lage im schlesischen Baugewerbe. Als Antwort auf die Ablehnung des Berliner Schiedsspruchs durch die Breslauer Maurer und Zimmerer hat der Vorstand des Breslauer Arbeitgeberbundes beschlossen, in seiner am heutigen Freitag stattfindenden Generalversammlung die Aussperrung aller zentralorganisierten Maurer und Zimmerer vom nächsten Montag ab zu empfehlen, falls nicht bis Freitag mittag die Annahme des Schiedsspruchs doch noch erfolgt ist.

Die Breslauer Steinbildhauer haben ihren Unternehmern einen neuen Tarif vorgelegt, wonach die bisherige 7½stündige Arbeitszeit mit Rücksicht auf die Konjunktur auf 7 Stunden täglich verkürzt und Akkordarbeit in Zukunft verboten sein soll. Der Minimallohn pro Tag soll 6,50 M., auf Bau 7 M. betragen; bei Arbeiten außerhalb sollen bis 7 Kilometer Entfernung vom Ort 1 M., darüber hinaus 2 M. pro Tag Auslösung sowie Bahnfahrt III. Klasse gezahlt werden.

Die Gründung eines neuen Scharfmacherverbandes ist gegenwärtig in Niederschlesien im dortigen Steinkohlenrevier im Gange. Der Bericht des Vereins für bergbauliche Interessen teilt mit, daß die Absicht der Gründung eine Folge der „wochen- bis monatelangen Ruhestörungen (!) in den letztvergangenen Jahren" sei. Mit den „Ruhestörungen" sind die von den Grubenherren verursachten Aushungerungsversuche gemeint.

Die Jutespinnerei und Weberei Gebr. Spohn in Neckarsulm hat an ihre Arbeiterschaft folgendes Zirkular erlassen:

Da wir die Folgen wohl kennen, welche bei unserer Arbeiterschaft durch Erlaß nachstehenden Aufrufs „auf rotem Papier gedruckt" hervorgerufen werden, —

Achtung! Achtung!

In Neckarsulm drohen den Jutewebern Lohnabzüge bis zu 10 Proz. Der neue Lohntarif soll am 18. Mai 1908 in Kraft treten.

Die Kollegen sind fest entschlossen, die Lohnreduktion abzuwehren und haben dazu die Zustimmung des Zentralvorstandes. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Textilarbeiterverband Neckarsulm. —

so sind wir genötigt, den Betrieb unserer Jutespinnerei und Weberei am 23. d. M. einzustellen. Wir wollen noch erwähnen, daß die Weblöhne, welche den Anlaß zu dem „Boykott" geben, höher sind, als wie die von uns im vorigen Sommer bezahlten Akkordlöhne der Weberei. Nach dem neuen Tarif würde ein Weber in 10 Arbeitsstunden mit zwei Webstühlen bis zu 4,50 Mark verdienen, ein Weber mit einem Webstuhl mit 91 Zoll Stuhlbreite bis 4 M., bei 70 bis 80 Zoll Stuhlbreite 3 bis 3,50 M.

Gebrüder Spohn.

Die Firma behauptet also in ihrem Zirkular, daß die nach dem neuen Tarif zu zahlenden Weblöhne höhere sind als wie die im vorigen Sommer gezahlten. Nun wird aber tatsächlich seit vorigem Sommer nach dem augenblicklich gültigen Tarif gezahlt, und der neue Tarif bringt Lohnreduktionen bis zu 10,6 Proz. Zu den im Zirkular angegebenen Löhnen sei bemerkt, daß diese Angaben vollständig unhaltbar sind. Wenn die Firma die gesamten Ziffern der gezahlten Weblöhne veröffentlichen würde, so würde sich ergeben, daß die nach dem jetzt noch geltenden Tarif erzielten Löhne nicht an das heranreichen, was die Firma glaubt nach dem neuen Tarif herauszurechnen. Daraus ergibt sich notwendig, daß die nach dem neuen Tarif zu erzielenden Löhne eben um zirka 10 Proz. geringer sein werden, als die von der Firma veröffentlichten Lohnziffern. Die Gauleitung.

Aussperrung der Mühlenarbeiter und Bäcker in Dresden und Umgegend.

Die am Dienstag stattgefundene Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes der sächsischen Mühlenindustrie hat beschlossen, die gesamten Betriebe stillzulegen, wenn der Ausstand der Bäcker in einer Mühle (Gebr. Braune) bis Mittwochmittag 12 Uhr nicht beendet ist. Die Aussperrung sämtlicher Mühlenarbeiter und Bäcker der Brotfabriken soll sich auf Dresden und dessen Umgegend erstrecken. Die Arbeiter der betreffenden Mühle haben die Wiederaufnahme der Arbeit abgelehnt, so daß es wohl zu dieser von den Unternehmern inszenierten Kraftprobe kommen dürfte.

Der Kampf der Maler und Anstreicher in Nürnberg und Fürth dauert fort, da keine Einigung erzielt werden konnte. In einer Versammlung der Ausgesperrten wurde über die Berliner Verhandlungen Bericht erstattet und vom Referenten, Bezirksleiter Meier, beantragt, unter den gegebenen Umständen mit dem Gebotenen zufrieden zu sein, vor allem aber den Berliner Schiedsspruch zu genehmigen, wenn auch der Normaltarif ebenso wie die Angebote der Unternehmer am Orte in keiner Weise befriedigen. In der Diskussion, an der sich die Ortsverwaltung und die Lohnkommission nicht beteiligten, um die Beschlüsse der Ausgesperrten in keiner Weise zu beeinflussen, sprachen sich alle Redner mißbilligend über den Schiedsspruch aus, ebenso über das Verhalten der Unternehmer am Orte. Sie wollen den Mindestlohn der Gehülfen unter 20 Jahre von 40 auf 42 Pf., über 20 Jahre von 50 auf 51 Pf. erhöhen, die Gehülfen, die schon einen den Mindestsatz übersteigenden Lohn haben, sollen 1 Pf. Zulage bekommen. Weitere Zugeständnisse in der Lohnfrage sollen den einzelnen Arbeitgebern überlassen werden. Die Abstimmung ergab Ablehnung des Berliner Schiedsspruchs mit allen gegen 10 Stimmen, während die Angebote der Unternehmerorganisation am Orte einstimmig abgelehnt wurden. Ebenso wurde einstimmig beschlossen, den Kampf weiter zu führen, bis günstigere Zugeständnisse erreicht sind.

Die Lohnbewegung der Straßburger Straßenbahner ist mit teilweisem Erfolge beendet worden. Die Beamten der Gewerkschaften verzichteten im Interesse des Friedens auf ein direktes Eingreifen bei den Verhandlungen. Die Absicht der Straßenbahndirektion ging dahin, dem Fahrpersonal eine Zulage von 60 M. zu geben, dafür aber die turnusgemäße Gehaltserhöhung ausfallen zu lassen. Es gelang dem Ausschuß des Fahrpersonals, dies zu vereiteln. Die Besoldung der Wagenführer und Schaffner beginnt mit 1140 Mark, steigt im 2. Jahre auf 1260 M., im 3. Jahre auf 1320 M. und von da ab jährlich um 30 M. bis zum Höchstgehalte von 1800 Mark, das nach 18 Jahren erreicht wird. In ähnlicher Weise sind die Gehaltsverhältnisse des Fahrpersonals der Nebenbahnen und der Heizer, Bremser, Nachtwächter, Rottenführer geregelt, nur daß Anfangs- und Endgehalt niedriger sind. Das Reservepersonal der Trambahnen erhält im 1. Halbjahr 3,10 M., im 2. Halbjahr 3,25 Mark, im 3. und 4. Halbjahr 3,35 M. Lohn täglich, vom 4. Dienstjahr ab kommen sie in die 2. Gehaltsstufe von 1260 M. Leitungsarbeiter und Streckenschmiede erhalten 5 Proz. Lohnerhöhung, die Streckenarbeiter, Patrolleure, Weichensteller und Wagenputzer der Trambahnen einen Tagelohn von 3 M. Die im Beamtenverhältnis stehenden Angestellten erhalten vom 3. bis 10. Dienstjahre 5 Tage Ferien, vom 11. Dienstjahre an 7 Tage Ferien, die Hülfsbeamten und ständigen Arbeiter nach 10 Jahren 6 Tage Ferien, ohne Einrechnung der dienstfreien Tage. Die Zugeständnisse bedeuten etwa die Hälfte der Forderungen. Für die Werkstättenarbeiter bewilligte die Direktion einen Lohnaufschlag von 5 Proz., für die Ueberstunden, die bisher mit 25 Proz. bezahlt wurden, 30 Proz., für Sonntagsarbeit vormittags ebenfalls 30 Proz., nachmittags 50 Proz.

Verlorener Streik.

Bei der Firma Maurer u. Co. in Wiesau (Bayer. Wald) standen die Arbeiter in Streik. Die Arbeiter waren samt und sonders im christlichen Hülfs- und Transportarbeiterverband organisiert. Der Streik wurde nun nach kurzer Dauer durch den christlichen Verbandssekretär Weixler aus München unter bedingungsloser Wiederaufnahme der Arbeit „beigelegt". Die ultramontane Presse knüpft an diese Notiz ganz kleinlaut folgende Bemerkung: Zu dieser Tatsache ist zu bemerken, daß die Streikenden pro Woche 12—15 M. Unterstützung erhalten hatten, sich für einen Lohnkampf nicht erprobt zeigten, ein Umstand, der gerade bei Arbeitern in der Provinz zur Vorsicht mahnt. Die bei der Firma Standt u. Co. streikenden Arbeiter haben beschlossen, über den Betrieb die Sperre zu verhängen und sich anderweitig um Arbeit umzusehen. — Wenn da unten im Bayer. Wald oder im Fichtelgebirge einmal ein Streik der modernen Organisationen verloren geht, da frohlocken die christlichen Führern und zetern über die „Unfähigkeit" der roten Gewerkschaftsführer. In Wiesau standen zufällig nur die Christlichen im Streik. „Ein Umstand", sagen wir, „der die Christlichen bei Arbeitern in der Provinz für fernere Lohnkämpfe zur Vorsicht mahnt." In Großstädten haben diese Christen mit ihren „Bewegungen" allerdings mehr Glück. Denn in dem Moment, wo eine der „roten" Gewerkschaften beschließen sollte, in eine Tarif- oder Lohnbewegung einzutreten, da tauchen auch dann diese Patentführer auf Schleichwegen bei den Unternehmern auf und schließen durch Unterbietung und hinter dem Rücken der freien Gewerkschaften mit dem Unternehmertum Verträge ab. Geht dann so ein Lohnkampf verloren, dann sind daran beileibe nicht die christlichen Führer, sondern die „Unfähigkeit" der roten Gewerkschaftsführer schuld!

Ausland.

Ueber die Arbeiterbewegung in Neuseeland

äußerte sich Keir Hardie, der sich bekanntlich auf seiner Weltreise mehrere Monate in Australien aufgehalten hat, im ganzen nicht sonderlich günstig. Die gewerkschaftliche Bewegung sei schwach und die politische Arbeiter-Liga sei kaum zu unterscheiden von der Liberalen Partei, und die sozialistischen Organisationen seien, ausgenommen etwa die von Wellington, ganz bedeutungslos. Für diese bedauerliche Tatsache machen die dortigen Sozialisten die bekannten Lohn-Schiedsgerichte verantwortlich. Keir Hardie ist der Ansicht, daß diese Schiedsgerichtsgesetzgebung sicher dazu beigetragen habe, die gewerkschaftliche Bewegung zu schwächen, in der Hauptsache aber liegt nach ihm die Schuld daran, daß die Neuseeländer Arbeiterschaft noch dem Liberalismus Heeresfolge leistet. Die Arbeitervertreter im Parlament gehen mit den Liberalen, führen keinen eigenen politischen Kampf. Zudem habe der frühere Ministerpräsident Seddon es meisterhaft verstanden, jede Opposition aus den Reihen der Arbeiterschaft durch Beförderung ins Oberhaus oder in die Regierung zu entwaffnen. Die Dinge werden aber in Zukunft, so meint Keir Hardie weiter, einen anderen Verlauf nehmen. Die Liberalen hätten abgewirtschaftet und die Sozialisten verschaffen sich immer größeren Einfluß auf die Arbeiterschaft; immer weitere Kreise werden von der Notwendigkeit einer Trennung von den Liberalen überzeugt.

Scheinbar im Widerspruch mit den obigen Ausführungen Keir Hardies steht die Tatsache, daß es wohl kaum ein Land gibt, wo die Gesetzgebung mehr von sozialistischem Geiste durchdrungen ist, wie die von Neuseeland. Aber auch nur scheinbar, denn Tatsache ist auch, daß gerade die Gesetzgebung, je mehr die Entwickelung der Kolonie in kapitalistischer Richtung geht, auch immer mehr angefochten wird.

Stadtverordneten-Versammlung.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Stadtv. **Borgmann** (Soz.): Herr Jacobi stellt die historische Wahrheit auf den Kopf. Wenn wir schuld sein sollen an der Wiedereinführung des 5 Pf.-Ortsportos, so sollte uns doch Herr Jacobi den Wortbruch der Reichspostverwaltung nicht an den Hals hängen

Stadtv. **Jacobi** hält seinen Vorwurf gegen die sozialdemokratische Partei aufrecht.

Stadtv. **Solmitz** (Fr. Fr.) erklärt für einen Teil seiner Freunde die Zustimmung zur Vorlage.

Damit schließt die Diskussion.

In namentlicher Abstimmung wird § 1 mit 72 gegen 15 Stimmen **angenommen** und darauf um ¼12 Uhr die Sitzung abgebrochen. (Montag: Extrasitzung zur Fortberatung.)

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein bestrafter Preßsünder.

Hamburg, 7. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Von der 4. Strafkammer des hiesigen Landgerichts wurde heute der Redakteur des „Bauhilfsarbeiter", Genosse Töpfer, wegen Beleidigung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte nicht weniger als 9 Monate beantragt! — Töpfer hatte in einem Artikel „Wer übt Terrorismus?" Drangsalierungen eines Bauarbeiters beleuchtet, der in dem ostfriesischen Dorfe Loppersum seiner sozialistischen Gesinnung wegen keine Wohnung erhalten konnte und daher ins Armenhaus zog, aus dem er später auf Anordnung der Behörde entfernt wurde. Durch den Artikel fühlten sich der Gemeindevorsteher und ein Gerichtsassessor beleidigt.

Vom Zuge erfaßt und getötet.

Kreuznach, 7. Mai. (W. H.) Von dem Personenzug 318 wurde heute nachmittag der 28jährige ledige Eisenbahnbeamte Lahm aus Windesheim erfaßt und überfahren. Er war sofort tot.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

152. Sitzung am Donnerstag, den 7. Mai 1908, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratstisch: Sydow, Dernburg.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Abg. **Fischer**-Berlin (Soz.), daß er gestern versehentlich bei der namentlichen Abstimmung eine Karte mit dem Namen des abwesenden Abgeordneten Singer, auf dessen Platz er gerade gesessen, statt mit seinem eigenen abgegeben habe.

Dem Antrage auf Vertagung des Reichstages bis zum 20. Oktober 1908 wird debattelos zugestimmt.

Den Anträgen der Geschäftsordnungskommission, die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Dr. Schädler (Z.) wegen Beleidigung, des Abg. Spahmann (frs. Vp.) wegen Beleidigung, und zur Fortsetzung eines Privatklageverfahrens gegen den Abgeordneten Brey (Soz.) zu erteilen, wird debattelos beigetreten, ebenso dem Antrage, die Genehmigung zur Strafverfolgung gegen den Abg. Bruhn (Antis.) nicht zu erteilen.

Ohne Debatte werden die internationalen Abkommen über das Verbot der Nachtarbeit der gewerblichen Arbeiterinnen und über das Verbot der Verwendung von weißen (gelben) Phosphor zur Anfertigung von Zündhölzern und ebenso das Abkommen über das internationale Privatrecht (betreffend die Wirkungen der Ehe, die Entmündigung und den Zivilprozeß) en bloc in dritter Lesung angenommen. Auch der Gesetzentwurf betreffend die Stempelabgabe von Erlaubniskarten für Kraftfahrzeuge ausländischer Besitzer wird in dritter Beratung debattelos angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Aenderungen im Münzwesen.

Reichsschatzsekretär **Sydow**: Der Bundesrat hat zu dem Beschluß zweiter Lesung, durch welchen das Dreimarkstück in die Reihe der Scheidemünzen neu aufgenommen wird, Stellung genommen. Die Mehrheit der verbündeten Regierungen erkennt ein Bedürfnis zu dieser Vermehrung der Scheidemünzen nicht an, zumal durch das 25-Pfennigstück eine neue Scheidemünze hinzugekommen ist. Auch die große Mehrheit der Handelskammern, die Vertreter von Handel und Industrie haben sich gegen das Dreimarkstück ausgesprochen.

Abg. Frhr. **v. Gamp** (Rp.) (in sehr ereztem Tone): Ich muß den Beschluß des Bundesrats lebhaft bedauern. Der Reichsschatzsekretär spricht von der Mehrheit der verbündeten Regierungen. Ich möchte wissen, wie Preußen sich dazu gestellt hat. (Stürmische Zustimmung auf der Rechten.) Die Beschlüsse der Handelskammern sind zu einer Zeit gefaßt, wo das Dreimarkstück noch Währungsmünze war. Dem Dreimarkstück als Scheidemünze stehen die industriellen Kreise nicht feindlich gegenüber. Das weiß ich, und **ich habe mehr Fühlung mit den industriellen Kreisen, wie wahrscheinlich die Herren im Bundesrat alle zusammen.** (Stürmischer Beifall rechts.) Der Staatssekretär sagt, die Bemühungen um eine handlichere Form des Fünfmarkstückes werden durch das Dreimarkstück gegenstandslos. Die Herren **brüten** aber jetzt schon mehrere Jahre darüber, ein besseres Fünfmarkstück herzustellen und haben doch nichts gefunden. Mit dem Dreimarkstück hat das aber gar nichts zu tun. Ich frage noch einmal, wie Preußen sich zu der Sache gestellt hat, denn die Stimmen dürfen nicht nur gezählt, **sondern sie müssen gewogen werden,** und deshalb will ich wissen, wer dafür und wer dagegen gestimmt hat. (Wiederholtes stürmisches Bravo! rechts, Zischen links.)

Abg. **Kirsch** (Z.): Der Staatssekretär hat keineswegs wie bei den Teuerungszulagen die Vorlage für unannehmbar erklärt. Ich bitte, daß wir an den Beschlüssen zweiter Lesung festhalten.

Abg. **Raab** (Wirtsch. Vg.): Wir verlangen vom Bundesrat, daß er uns den Taler gibt, dann mag er das 25-Pfennigstück ruhig behalten. (Stürmisches Bravo! rechts.)

Präsident Graf **Stolberg**: Es ist ein Antrag Ablaß und Genossen (frs. Vp.) eingegangen, den Artikel 1 nach den Beschlüssen der Kommission anzunehmen (d. h. das Dreimarkstück zu beseitigen).

Abg. **Ledebour** (Soz.): Die Herren rechts geraten in eine ungewöhnliche Aufregung, weil der Bundesrat dem Beschluß auf Wiederherstellung des Dreimarkstückes nicht beitreten will. Diese Aufregung würde **bei anderer Gelegenheit** angebrachter sein. Vor kurzem hat erst der Staatssekretär Nieberding bei dem Entwurf, der die Interessen der Handlungsgehülfen berührte, **ein Unannehmbar erklärt, obwohl ein nahezu einstimmiger Beschluß des Reichstages vorlag.** Da wäre diese Entrüstung am Platze gewesen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hier aber handelt es sich **um agrarische Interessen** und daher rührt Ihre Aufregung. (Andauernde Aufregung und lebhafte erregte Gespräche rechts.) . . . Wir können in diesem Falle mit der Mehrheit des Bundesrats übereinstimmen und werden daher für den Antrag Ablaß stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten, lärmende Zurufe rechts.)

Abg. Graf **Kanitz** (k.): Ich will dem Vorredner das wohltuende Gefühl, mit der Mehrheit des Bundesrats übereinzustimmen, nicht schmälern, aber wir schließen uns dem Abg. Gamp an, **auch wenn das Gesetz darüber zu Fall kommen sollte.** Auch beantragen wir über den Antrag namentliche Abstimmung.

Abg. Dr. **Goller** (frs. Vp.): Herr Gamp scheint die lebhafte Fühlung mit der Industrie, deren er sich gerühmt hat, doch nicht zu haben. Die industriellen Kreise wünschen jedenfalls nicht die Wiedereinführung des Dreimarkstückes. (Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben bei der andauernden Unruhe, welche die erregten Gespräche der Rechten verursachen, unverständlich.)

Abg. **Dove** (frs. Vg.) (ebenfalls bei der großen Unruhe fast gar nicht verständlich) tritt für den freisinnigen Antrag ein, hinter der Stellung der Rechten verbergen sich offenbar die alten bimetallistischen Pläne.

Damit schließt die Diskussion.

Die Abstimmung ist eine namentliche. Die während der Abstimmung im letzten Augenblicke eintreffenden Abgeordneten werden von der Rechten in jedem einzelnen Falle mit stürmischem Hallo unter großer Heiterkeit des Hauses empfangen. — Der Antrag Ablaß wird mit 78 gegen 94 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt. Das Resultat wird von der Rechten mit stürmischem Bravo begrüßt. Die Vorlage wird hierauf in der Fassung der zweiten Lesung unverändert angenommen.

Ohne Debatte werden in dritter Lesung erledigt die Teuerungszulagen, die Ostmarkenzulagen und die Kolonialbahnen.

Es folgt die dritte Lesung des Gesetzentwurfs über den Versicherungsvertrag.

Abg. **v. Dirksen** (Rpt.): Ich kann bei der Geschäftslage und bei der Stimmung des Hauses nicht ausführlich auf die Frage der Pensionskassen bei der Firma Krupp eingehen und will nur feststellen, daß ich den Beweis liefern könnte, daß, wo Arbeiter von Krupp ohne Pension entlassen worden sind, die Entlassung wegen Diebstahls oder anderer Vergehen erfolgte (Hört! hört! rechts.), daß aber Arbeiter, die wegen Arbeitsmangels entlassen werden mußten, aus einem besonderen Fonds der Firma, der aus freiwilligen Beiträgen der Firma gebildet ist und die Höhe von 7½ Millionen Mark erreicht hat, entschädigt worden sind. Gegenüber den Ausführungen des Herrn Hengsbach vor einigen Tagen stelle ich fest, daß dem Urteil des Gewerbegerichts, das er anführte, ein anderes Urteil eines Landgerichts gegenübersteht, das zu einer ganz anderen Beurteilung der Kruppschen Pensionskasse kommt.

Abg. **Mommsen** (frs. Vg.): Um einer mißverständlichen Auffassung der Rede des Herrn Abg. Severing bei der zweiten Lesung dieser Vorlage vorzubeugen, stelle ich fest, daß die Pensionskasse der Siemens-Schuckert-Werke und der Siemens-Werke nichts zu tun hat mit dem Unterstützungsverein der Arbeiter dieser Werke. Die Pensionierung erfolgt bei diesen Werken ganz ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit des Arbeiters zu einer Organisation.

Abg. **Severing** (Soz.): Ich habe gegenüber Herrn Kollegen Mommsen zu erklären, daß ich am 1. Mai den Unterschied zwischen den eigentlichen Pensionskassen und den gelben Vereinigungen ganz scharf gezogen habe und daß eine Verwechselung mit den Pensionskassen und dem Unterstützungsverein der Firma Siemens-Schuckert und Siemens u. Halske beim Studium meines Stenogramms gar nicht möglich ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Herr Präsident mich bei meinen Ausführungen über die gelben Vereinigungen unterbrach und feststellte, daß diese Ausführungen recht wenig mit den eigentlichen Pensionskassen zu tun hätten, habe ich zu erklären, daß ich nicht dafür verantwortlich bin, wenn der Herr Präsident nicht sofort den Zusammenhang zwischen gelben Vereinen und Pensionskassen usw. versteht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben ausdrücklich in unserem Antrage die einzelnen Zwecke der Versicherung benannt und haben nicht nur von Pensionskassen, sondern auch von Unterstützungskassen gesprochen. Diese Unterstützungskassen sind also die gelben Vereinigungen. Ich habe mit Bezug auf die Firma Siemens-Schuckert das ausdrücklich bewiesen. Ich gebe dem Herrn Kollegen Dirksen recht, daß heute angesichts der Geschäftslage nicht die geeignete Zeit ist, auf die von ihm berührte Frage eingehend zurückzukommen. Ich stelle nur ihm gegenüber noch einmal ausdrücklich fest, daß meine Angaben durchaus keine tendenziöse Darstellungen von sozialdemokratischer Seite waren, **sondern das Resultat ganz objektiver Untersuchungen.** Ich behalte mir vor, im Herbst meine Ausführungen bis ins kleinste zu beweisen, hoffe aber, daß ich dann in dieser Beweisführung von keiner Seite dieses hohen Hauses gehindert werde. — Gegenüber den Ausführungen des Herrn Abg. Schultz in der Sitzung vom 2. Mai möchte ich bemerken, daß allerdings die Arbeiter in verschiedenen Vorstandssitzungen der Verwaltung der Pensionskasse bei Krupp die Majorität gehabt haben, daß aber **bei allen wichtigen, entscheidenden Fragen die Firma stets den Ausschlag gegeben hat** und es so den Arbeitern unmöglich gemacht wurde, in der Verwaltung der Kasse irgend welchen nennenswerten Einfluß zu üben. Ich möchte nun noch zum Beweis dafür, daß die Pensionskassen heute für die gelben Vereinigungen dienstbar gemacht werden, und daß die Firma Siemens-Schuckert an der Bildung der Unterstützungskasse der Arbeiter nicht so ganz unschuldig ist, nicht so ganz unbeteiligt bei der Verwaltung der Kasse, darauf hinweisen, **daß alle die gelben Vereinigungen, die in der letzten Zeit gebildet worden sind, in der Hauptsache von den Unternehmern gegründet worden sind.** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe zum Beweise einige Dokumente auf den Tisch des Hauses niedergelegt. Die gelben Arbeitervereine stehen unter dem **ausdrücklichen Schutz der Unternehmervereinigungen** und werden von ihnen **finanziell unterstützt.** Man kann wohl sagen, daß es keine Vereinigungen der Arbeiter sind, sondern daß sie von den Unternehmern in der Hauptsache ins Leben gerufen werden, **um der freien Arbeiterbewegung den Garaus zu machen.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eingehende Ausführungen über diesen Punkt spare ich mir wie Herr Kollege Dirksen bis zum Herbst auf.

Abg. **Hengsbach** (Soz.): Herr v. Dirksen hat gegenüber meiner Feststellung, daß die Gewerbegerichte das Verhalten der Firma Krupp bei der Pensionskasse verurteilt haben, nur die Tatsache konstatiert, die ich auch nicht verschwiegen hatte, daß das Landgericht ein entgegenstehendes Urteil gefällt hat. Im übrigen behalte ich mir gleich meinem Kollegen Severing vor, angesichts der Stimmung des Hauses im Herbst Herrn Dirksen mit genügendem Material gegenüberzutreten.

Damit schließt die Diskussion.

Die Vorlage wird auf Antrag **Wellstein en bloc angenommen.**

Unverändert werden nach den Beschlüssen zweiter Lesung ohne Debatte auch in dritter Beratung angenommen die Vorlagen betreffend Aenderung des § 833 B. G.-B. (Haftung des Tierhalters), betreffend Aenderung des § 68 des Handelsgesetzbuches, betreffend die Erleichterung des Wechselprotestes, die Postscheckvorlage, die Dampfersubventionsvorlage.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes betreffend Aenderung der Gewerbeordnung (Befähigungsnachweis).

Abg. Dr. **Wagner** (k.) begründet dazu folgenden Antrag: „In Handwerksbetrieben, welche nach dem Tode des Gewerbetreibenden für Rechnung der Witwe oder minderjähriger Erben fortgesetzt werden, sind bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Tode des Lehrherrn als Vertreter zur Anleitung von Lehrlingen auch Personen befugt, welche eine Meisterprüfung nicht bestanden haben.

Abg. **Albrecht** (Soz.): In Anbetracht der Geschäftslage des Hauses verzichte ich auf eine Wiederholung unserer Anträge von der zweiten Lesung. Nach wie vor sind wir allerdings überzeugt, daß, wenn das Gesetz 10 Jahre in Kraft ist, auch die Handwerker einsehen werden, daß es ihnen nichts nützt. Wir werden jedenfalls dagegen stimmen, dem rein redaktionellen Antrag stimmen wir zu. — Auf die Behauptungen des Abg. Rieseberg über die Arbeitsverhältnisse in den sogenannten sozialdemokratischen Konsumvereinen will ich heute nicht eingehen, ich werde im Herbst näher auf die Sache zurückkommen. Zu einer Angelegenheit muß ich aber noch einige Worte sagen. Bei der 1. Lesung hat sich der Abg. Rieseberg über den Terrorismus der Sozialdemokratie in seinem Wahlkreise beschwert. Da ich der Vertreter dieses Wahlkreises bin, sehe ich mich veranlaßt, einige Worte darüber zu sagen. Herr Rieseberg behauptete, die Sozialdemokrgten hätten acht Mann hoch seinen Laden gestürmt. Im Hause verstand man acht mal, und in dieser Form ging die Behauptung auch durch die ganze bürgerliche Presse. Trotzdem hat sich Herr Rieseberg nicht veranlaßt gesehen, die Behauptung richtig zu stellen. Die Erkundigungen unserer Vertrauensleute haben aber ergeben, **daß weder in der Nachbarschaft des Herrn Rieseberg noch auf der Polizeibehörde in Quedlinburg**

Kleines Feuilleton.

Volksuniversitäten in Rußland. Es mag erstaunlich klingen, aber es gibt doch in Rußland trotz der gegenwärtigen Zustände Volksuniversitäten, denn nicht nur auf dem Gebiete der Politik, sondern auch auf dem der Bildung sucht sich das Volk neue Rechte zu erkämpfen. Wie Dr. Kritschewsky in den „Dokumenten des Fortschritts" (Verlag Georg Reimer, Berlin) schreibt, setzten schon in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts, sofort nach der Aufhebung der Leibeigenschaft, die Bestrebungen ein, Bildungsstätten für Erwachsene zu schaffen. Gleich die ersten Versuche in dieser Richtung, die „Sonntagsschulen", versprachen das Beste. Doch die reaktionäre Wendung machte auch den Sonntagsschulen ein Ende. Seitdem kämpfen die Freunde der Volksbildung in Rußland einen unsäglich schwierigen Kampf, ganz und gar nicht gegen die Trägheit der Massen, sondern vielmehr gegen die Schikanen der Behörden. Zunächst ist schon die bloße polizeiliche Erlaubnis zur Eröffnung einer Volksbibliothek — im Westen Rußlands sind sie überhaupt verboten — äußerst schwer zu erlangen. Ist aber glücklich die Erlaubnis erteilt, so müssen die Volksuniversitäten die unwissende Zensur des ersten besten Polizeidieners über sich ergehen lassen. In Kiew durften keine Vorlesungen abgehalten werden über „Tuberkulose", in Charkow über „Kindererernährung vom sozialen Gesichtspunkt", denn die Behörden witterten Sozialismus, Vorträge gegen den Alkoholismus, die Milchkuh des Zaren, sind natürlich auch verboten. Als letzte Handhabe bleibt der Polizei immer noch die Möglichkeit, die Vereine unter dem Vorwand der „Hygiene" zu schließen. Und trotzdem wachsen die Zahl der Vereine und die Zahl ihrer Mitglieder von Jahr zu Jahr. So zählte Moskau voriges Jahr 100 000, Warschau in 8 Monaten 85 000 Zuhörer. In Nischni-Nowgorod wurden 562 Vorlesungen insgesamt von 42 886 Zuhörern besucht. Hervorzuheben ist ferner die Tendenz, die Volksuniversitäten auf der Grundlage demokratischer Selbstverwaltung zu organisieren. Da in Warschau von Anfang an der Grundsatz zur Durchführung gelangte, daß alle Kulturarbeit für das Volk nur unter der aktiven Beteiligung des Volkes selbst gedeihen kann, so werden die für die einzelnen Stadtrayons eingerichteten Hochschulabteilungen von den betreffenden Arbeitern und Intellektuellen verwaltet; desgleichen in Moskau, Tiflis und Charkow. Im vielsprachigen und nationalgemischten Rußland spielt die Sprachenfrage in den Volksuniversitäten eine wichtige Rolle. In Warschau werden die Vorlesungen nicht nur in polnischer Sprache, sondern auch im jüdischen Dialekt gehalten. In Tiflis sind die Vorlesungen fünfsprachig. Die russischen Volksuniversitäten widmen sich auch der Pflege des Fortbildungsunterrichts, der ja von den zuständigen Behörden fast gänzlich vernachlässigt wird. Die Moskauer Volksuniversitäten haben deshalb eine „Mittelschule für das Volk" geschaffen, die als Mittelglied zwischen der Elementarschule und der Volksuniversität dienen soll. Auf den Schulbänken sitzen bärtige Männer, Arbeiter und Bauern, die zum Teil jeden Abend nach geleisteter Arbeit aus der Umgegend per Eisenbahn nach Moskau fahren müssen. Eine weitere Tendenz der russischen Volksuniversitäten ist auf die Verbreitung agronomischer Kenntnisse unter der Bauernschaft gerichtet, was durch Wanderredner, Aufklärungsschriften usw. erreicht wird. Zum Schluß seien noch die interessanten organisatorischen Beschlüsse des Volksuniversitätenkongresses angeführt. Die Petersburger Vereinigung der Volksuniversitäten wird unter Mitwirkung sämtlicher Aufklärungsinstitute des Landes eine Zeitschrift herausgeben, die die Sache der Volksuniversitäten nach jeder Richtung hin fördern soll. Ein ständiges Zentralbureau soll für den Verkehr unter allen Instituten sorgen. In Moskau wird ein Referentenbureau geschaffen, das autonome Abteilungen in den Universitäts- und anderen Städten haben soll. Ferner wird auch die Heranziehung eines ständigen Referentenpersonals sowohl bei dem Hauptbureau wie bei den Provinzabteilungen in Aussicht genommen. Ueberblickt man einmal die ganze Bewegung, so sieht man, daß die Erweiterung und Vertiefung der Volksuniversitätenbewegung mit der Revolution besonders stark einsetzte, und daß demnach nur an den Sturz des Zarentums die Zukunft dieser Bewegung gebunden ist.

Tätowierte Apachen. Tätowierung aus den verschiedensten Motiven findet sich bekanntlich nicht nur bei den Naturvölkern, sondern ist auch in den unteren Schichten der Kulturvölker vielfach verbreitet, insbesondere unter den Verbrechern, so daß Lombroso die Vorliebe der Verbrecher für Tätowierung irrigerweise sogar zur Stütze seiner Theorie des Atavismus, wonach der Verbrecher einen Rückschlag darstellt, herangezogen hat. Einige neue Fälle über tätowierende französische Verbrecher (Apachen) finden wir in einer interessanten Studie in den Archives d'anthropologie criminelle. Am 15. August 1907 wurde in Paris ein gefährlicher Apache verhaftet namens Lachaux, ein 25jähriger Bursche von herkulischer Figur. Als am 3. September gegen ihn Verhandlung stattfand, trug er um die Stirn einen Verband, als ob er verwundet wäre. Der Vorsitzende ließ ihn den Verband abnehmen, und man sah nun, daß Lachaux die Muße im Untersuchungsgefängnis benutzt hatte und sich auf die Stirn eine kleine Guillotine tätowiert hatte. Auf der linken Wange hatte er ferner drei Sterne, auf dem linken Handgelenk das Wort „Vendetta", auf dem rechten den Namen „Alice", auf der Brust ein Herz und auf dem rechten Arm das Wort „talion". Der Apache August Bessegues, der vor einigen Monaten von einem Seinesgleichen mitten auf dem Bulevard von Paris erstochen wurde, hatte fast seinen ganzen Körper mit obscönen Gemälden bedeckt, die tief in die Haut eingestochen waren. Ein anderer erst neunzehnjähriger, aber im höchsten Grade gefährlicher Gewohnheitseinbrecher namens Hennaut, der von dem Tribunal von Charleroi am 3. Juni 1907 zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er mit einer Grubenlampe einen Arbeitskollegen mißhandelt hatte, nannte sich „Kind des Unglücks". Auf der Brust hatte er sich eintätowieren lassen: „Ich bin ein Kind des Unglücks; in Marchienne stand meine Wiege, das Bagno wird mein Grab sein; Tod und Verderben dem Gendarmen, der mich festnimmt."

Humor und Satire.

Freisinnige Grundsätze.

Als wir noch unsere Grundsätze hatten,
Da fror uns. Wir standen kläglich im Schatten
Und teilten in unserer ehrlichen Not
Selbst mit den Roten ein Stückchen Brot.

Als wir noch unsere Grundsätze hatten,
Da blickten wir neidisch zwar auf die Satten
Zur Rechten; immerhin überkam
Uns hierbei noch ein Gefühl der Scham.

Die Grundsätze sind wir glücklich los,
Heidi, drum gehts uns heute famos;
Wir sind Regierungsstützen geworden
Und tragen den roten Adlerorden.

Allerdings, man behandelt uns verächtlich
Wie nie. Doch das stört nur unbeträchtlich;
Denn nach dem letzten Fußtritt, ihr Brüder,
Da finden sich sicher die Grundsätze wieder.

Fridolin.

Notizen.

— Theaterchronik. Im Deutschen Theater wird vom Montag, den 11. Mai, an wieder — wie im Vorjahre — die Posse „Robert und Bertram" ins Repertoire aufgenommen werden.

— Die Zukunft des Lorzing-Theaters. Wie verlautet, beabsichtigt Direktor Garrison im Potsdamer Viertel ein neues Theater in der Art und mit den Kräften des bisherigen Lorzing-Theaters zu gründen.

— Der Dürer-Bund in Berlin. Der über ganz Deutschland verbreitete Dürer-Bund, der sich die Pflege von Kulturinteressen zur Aufgabe macht, will mit der sich auflösenden Vereinigung: die Kunst im Leben des Kindes zusammen eine Berliner Ortsgruppe gründen. Die Gründungsversammlung findet am Montag, den 11. Mai, abends 8 Uhr, im Bürgersaale des Berliner Rathauses statt. Rob. Mielke spricht über: „Kulturaufgabe in Großstadt und Land".

— Kein Tag ohne Denkmalsenthüllung. Auf dem Wiener Karlsplatze wurde das von Rudolf Weyr modellierte Denkmal des Komponisten Brahms enthüllt. Die in Wien festversammelten deutschen Fürsten nahmen an der Einweihung nicht teil.

— Die fliegenden Brüder. Die Brüder Wright haben mit einem Pariser Finanzmann einen Kontrakt abgeschlossen, laut welchem sie ihm das Patent ihrer Luftschiff-Erfindung für Frankreich für die Summe von 500 000 Frank übertragen. Sie haben sich verpflichtet, noch im Laufe dieses Jahres mit ihrem Flieger eine Strecke von fünfzig Kilometer zu überfliegen, bevor irgend ein anderer Flugapparat das Gleiche vollbringt.

etwas von diesen behaupteten Vorgängen bekannt ist. Was geschehen ist, ist einfach folgendes: Als ich zum ersten Male im Jahre 1905 in dem Kreise gewählt war, kamen einige Arbeiter, zumeist nicht Sozialdemokraten, in den Laden des Herrn Rieseberg und machten ihm Vorwürfe, daß er die Arbeiterschaft, von der er doch zum größten Teile lebt, in so gehässiger Weise bekämpft, wie er es tut. Das war alles. (Heiterkeit.) Ich wollte das nur richtigstellen und im übrigen erklären, daß wir gegen das Gesetz stimmen.

Abg. **Lehmann**-Wiesbaden (Soz.): Herr Rieseberg warf mir die Benutzung falscher Zahlen vor. Ich hatte angeführt, daß in Berlin auf 100 Gesellen 20 Lehrlinge bei den Bäckern kommen, in Bernburg dagegen auf 100 Gesellen 186 Lehrlinge. — Herr Rieseberg hat diese letztere Zahl für eine absolute angesehen, während sie natürlich nur eine Relativzahl ist, aus der deutlich hervorgeht, in wie üppiger Blüte die Lehrlingszüchterei im Bäckergewerbe steht. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Rieseberg** (Wirtsch. Vg.): Was Herr Albrecht vortrug, hat mit dem Befähigungsnachweis der Handwerker nichts zu tun. Den Befähigungsnachweis im Ladenstürmen haben seine Genossen allerdings in meinem Laden erbracht. — Herr Lehmann hat von Relativzahlen früher nichts gesagt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Der Gesetzentwurf wird mit dem Antrage Wagner angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend den Schutz von Vögeln. Hierzu liegt zu § 8 ein Antrag v. Maltzan (k.) vor, das Verbot des Fangens in Schlingen (Dohnenstieg) erst in Kraft treten zu lassen, wenn Italien der Vogelschutzkonvention beigetreten ist. Ohne Debatte wird dieser Antrag in namentlicher Abstimmung mit 250 gegen 68 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen abgelehnt und das Gesetz in allen Teilen nach den Beschlüssen in zweiter Lesung debattelos angenommen.

Der Gesetzentwurf betreffend Abänderung der Gewerbeordnung (Handel mit lebenden Vögeln) wird in dritter Lesung debattelos angenommen.

Es folgt die dritte Beratung der Maß- und Gewichtsordnung. Hierzu begründet zu § 14

Abg. **Delbrück** (frs. Vg.) einen Antrag, die Worte „im Bergwerksbetriebe" zu streichen, damit die Eichung auch auf die in den Fabriken und bei Erdarbeiten, Ausschachtungen usw. gebrauchten Fördergefäße ausgedehnt wird.

Der Antrag wird angenommen.

Abg. **Sachse** (Soz.): Unsere Anträge haben wir nicht wieder eingebracht, weil sowohl der Block wie das Zentrum in der zweiten Lesung dagegen gestimmt haben. Ich habe lediglich das Wort ergriffen, um an die Regierung die Frage zu richten, ob die Bestimmung, daß im Bergwerksbetriebe die Fördergefäße der Neueichung bedürfen, so aufzufassen ist, daß alle bei Inkrafttreten des Gesetzes vorhandenen Fördergefäße, die im Gebrauch sind, neu geeicht werden müssen.

Geheimrat **v. Jonquières** bejaht diese Frage. Der Gesetzentwurf wird ohne weitere Debatte angenommen.

Letzter Punkt der Tagesordnung ist der Bericht der Kommission zur Prüfung des Planes einer aus privaten Mitteln zu schaffenden Kanalverbindung der Eckernförder Bucht und eventuell der Schlei mit dem Kaiser-Wilhelm-Kanal unter Abschluß einer Tarifgemeinschaft zwischen der Baugesellschaft und dem Reich.

Die Kommission beantragt, in einer Resolution die Ansicht auszusprechen, daß das Reich zur Uebernahme des Baues der Kanalverbindung keine Veranlassung hat, und daß die landesgesetzliche Genehmigung des Projektes eine preußische Angelegenheit ist.

Das Haus stimmt dem Kommissionsantrage zu.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nach den üblichen Danksagungen an das Präsidium für die Geschäftsführung verliest Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg** die kaiserliche Verordnung, wonach der Reichstag bis zum 20. Oktober vertagt wird.

Der Präsident erbittet und erhält die Ermächtigung, den Tag und die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung festzusetzen.

Mit dem üblichen Kaiserhoch, vor dem die Sozialdemokraten den Saal verlassen, schließt die Sitzung.

Schluß 12½ Uhr.

Wahlsorgen des Freisinns.

Für die Neuwahlen zum preußischen Landtag, die im Juni vorzunehmen sind, wird in Berlin zum ersten Male die neue Wahlkreiseinteilung gelten. Bisher zerfiel das ganze Stadtgebiet Berlin in vier Landtagswahlkreise mit neun Abgeordneten, künftig zerfällt es in zwölf Landtagswahlkreise mit zwölf Abgeordneten. Die Freisinnigen, die unter dem alten Einteilungssystem die Landeshauptstadt als ihre Domäne betrachten durften, sind von der neuen Einteilung nicht sonderlich erbaut. Sie wissen, daß sie der Minderheit mehr Aussicht als bisher bietet, den einen oder den anderen der zwölf Wahlkreise Berlins dem Freisinn abzunehmen. „Minderheit" war in Berlin bei den Landtagswahlen von 1903 die Sozialdemokratie, die bei den Reichstagswahlen von 1903 nahezu die Hälfte und bei den Reichstagswahlen 1907 mehr als die Hälfte der Wähler Berlins — nicht bloß der an der Wahl teilnehmenden, sondern der überhaupt zur Teilnahme berechtigten — hinter sich hatte. „Minderheit" waren wir bei den Landtagswahlen deshalb, weil „das elendeste aller Wahlsysteme" dem Berliner Freisinn nebst seinem konservativen Anhang die Mehrheit der Wahlmänner sicherte. So konnte unter dem alten Einteilungssystem mit seinen vier Wahlkreisen großen Umfanges der Liberalismus ganz Berlin als „Sieger" behaupten. Daß den Freisinnigen unter dem neuen Einteilungssystem mit seinen zwölf Wahlkreisen kleineren Umfanges das Geschäft weniger leicht gemacht wird, ist klar. Unter den neuen Kreisen sind einige richtige Arbeiterviertel. Das Häuflein der Freisinnigen fällt dort so wenig ins Gewicht, daß sie kaum noch hoffen können, die Mehrheit der Wahlmänner zu kriegen und so die Sozialdemokratie auszuschalten. Trotz dem Dreiklassenwahlsystem müssen sie in solchen Kreisen sich darauf gefaßt machen, daß wir Sozialdemokraten Sieger bleiben.

Als der gefährdetste der Landtagswahlkreise Berlins gilt dem Freisinn der elfte Kreis, der den Hauptbestandteil des Weddings umfaßt. Am Mittwoch fand dort eine Versammlung liberaler Wähler statt, in der man sich über den Ernst der Situation unterhielt.

Abgeordneter Wiemer, der eine einleitende Ansprache hielt, bemerkte mißmutig, der Freisinn sei „durch die Neueinteilung der Wahlkreise in diese Lage hineingekommen". Es gelte, alle Kraft zusammenzunehmen, damit „verhindert werde, daß die Sozialdemokratie hier ihren Einzug in die preußische Kammer halte". Gesorgt müsse dafür werden, daß „auch hier im elften Kreis des Freisinns Banner aufgepflanzt werde, schwarz-weiß-rot". Sehr gut gesagt, dieses „schwarz-weiß-rot"! Offenbar sollte diese „nationale" Drapierung Eindruck machen auf den „Mittelstand", den Herr Wiemer in seiner Rede mit heißem Bemühen umwarb. Womit auch sollte sonst der Freisinn den kleinen Handwerkern und den kleinen Beamten zu imponieren versuchen?

Zweiter Redner war Herr Professor Dohrmann. Er sprach die Hoffnung aus, daß der „Erfolg" der letzten Reichstagswahlen auch auf die bevorstehenden Landtagswahlen seine Wirkung ausüben werde. Bitter beklagte er, daß das liberale Bürgertum nicht den Einfluß auf die Gesetzgebung habe, den es nach seiner Steuerkraft und nach seiner wirtschaftlichen Bedeutung beanspruchen könne. Diese Betonung der Steuerkraft und des vermeintlichen Anrechtes auf entsprechenden Einfluß ist ein Lieblingsgedanke der Liberalen, den man immer wieder vortragen hört. Daß solche Ausführungen dort gemacht werden auch in einer Zeit des Kampfes der besitzlosen Klasse gegen das Dreiklassenwahlsystem, das gibt sehr zu denken. Am Ende ist das gleiche Wahlrecht, bei dem ja die Steuerleistung ihre Bedeutung verliert, dem „liberalen Bürgertum" gar nicht so erwünscht, wie der „fordernde" Freisinn glauben machen will.

Als dritter sprach der Freisinnskandidat des elften Kreises, der Schriftsteller Schöler-Charlottenburg. Seine Freunde haben ihm gesagt, mit seiner Kandidatur sei es besonders wahrscheinlich, den elften Kreis gegenüber dem Ansturm der Sozialdemokratie für die „bürgerliche Demokratie" zu erhalten. Das meint auch Herr Schöler, und so hat er die Kandidatur angenommen. Freiwillig werde, sagt er, der Freisinn nicht der Sozialdemokratie den Platz räumen. Schöler glaubt, daß „die nationalen Güter bedroht" seien, wenn er „gegenüber dem Ansturm von links das Banner sinken lasse". Gegen die Sozialdemokratie und ihren „Terrorismus" im Wirtschaftsleben wie in der Politik donnerte er mit der ganzen Kraft seiner Lungen, und die ist nicht gering. Bülows Silvesterbrief wurde von ihm zitiert, um zu zeigen, daß die Sozialdemokratie „nur der Reaktion in die Hände arbeite". Herr Schöler wünscht, daß die Sozialdemokratie den „Kampf" gegen die Reaktion so führen möge, wie der Freisinn ihn führt, will sagen: daß die Sozialdemokratie vor der Reaktion, um sie nicht zu „provozieren", sich gefügig ducken möge, wie der Freisinn es tut.

Vom „Kampf" des Freisinns gegen die Reaktion wurden gleich in der Diskussion einige Proben mitgeteilt. Ein Lehrer Riethe (?) stellte fest, daß der Freisinn im Lande in mehreren Wahlkreisen — sogar unmittelbar vor den Toren Berlins in Teltow-Beeskow sowie in Ober- und Nieder-Barnim — mit Nationalliberalen, mit Konservativen, ja, mit dem Bund der Landwirte zusammenmarschiert. Zu dem Beschluß des Einigungsausschusses der Liberalen, der zu solchem Vorgehen schlecht passe, habe der Abgeordnete Müller-Sagan selber in Teltow-Beeskow erklärt: „Beschlossen haben wir, aber achtet nicht darauf!" Der Nörgler — wir meinen Herrn Riethe, nicht Herrn Müller-Sagan — fand mit seinen Bemängelungen wenig Anklang.

Die Versammlung wurde geschlossen mit der Erklärung, auf den elften Berliner Landtagswahlkreis blicke ganz Berlin, ja, ganz Preußen. Das klang sehr stolz, aber dahinter birgt sich die Sorge um den Ausgang des bevorstehenden Wahlkampfes. Der Freisinn weiß, was er da zu erwarten hat, wo die Arbeiterklasse den Ausschlag geben darf.

Bäcker-Innungs- und Gelbe-Liebe für die Innungskrankenkasse

hat am Montag die Bäckerinnungsmeister und deren „getreue" Gesellen gewaltig auf die Beine gebracht. Es galt, Delegierte für die zweite, größere Berliner Bäckerinnungskrankenkasse zu wählen. Vorausgesagt soll werden, daß durch das Aufgebot der Bäckermeisterssöhne und -Töchter, durch Verkäuferinnen, Dienstmädchen und Hausdiener, die meist unter sicherer Begleitung ihr Wahlrecht ausübten, die Liste der „Meistertreuen", der Gelben „gesiegt" hat. Welches Freudengeheul von den zahlreich im Wahllokal befindlichen Bäckermeistern darob angestimmt wurde, läßt sich nicht wiedergeben. Das muß man selbst gehört haben! Vor den scharfen Augen der Organisierten müssen die Innungsführer eine heillose Angst gehabt haben. Da muß wohl manches zu verbergen gewesen sein, wenn solche Kraftanstrengungen nötig waren.

Hier einige Proben der Innungskampfesweise:

Am Sonnabend erhielten die Bäckermeister zugleich mit der Post ein Meisterflugblatt und ein gelbes Flugblatt. In letzterem wird der handwerksfeindliche Verband und die rote Sozialdemokratie in allen Tonarten heruntergerissen. Der Verfasser, der dem Stile nach dem Reichslügenverband sehr nahe zu stehen scheint, hat auch die „Mißwirtschaft" in „sozialdemokratisch geleiteten" Krankenkassen (Chemnitzer Ortskrankenkasse) nicht vergessen. Er fordert zuletzt pflichtschuldigst auf, nur handwerks- und meistertreue Vertreter zu wählen, was die gelben Interessenten ja den Geldgebern und Förderern ihrer Interessen schuldig sein mögen. Das Innungsflugblatt aber müssen wir um seiner selbst willen vollinhaltlich abdrucken. Es lautet:

Bäcker-Innung zu Berlin.

Werter Kollege!

Wie Sie wohl aus unserer „Bäcker-Zeitung" ersehen haben, finden die **Delegiertenwahlen** zu unserer neuen **Innungskrankenkasse seitens der Arbeitnehmer am Montag, den 4. Mai, um 4 Uhr und seitens der Meister am Dienstag, den 5. Mai, um 5 Uhr** im großen Saal unseres Innungshauses, Chausseestr. 110, statt.

Für diese Wahl senden wir Ihnen anbei eine Anzahl von Ausweiskarten für Ihre Arbeitnehmer. Wir ersuchen Sie nun, jedem Ihrer Arbeitnehmer, der 21 Jahr und darüber ist, eine solche auszuhändigen, nachdem Sie diese mit seinem Namen und dem Geburtsdatum sowie mit Ihrer Unterschrift und Wohnung versehen haben. Ohne diese Eintragungen ist die Karte ungültig. Ein Minderjähriger darf auf keinen Fall eine Karte erhalten. Etwa übrig bleibende Karten sind zu vernichten. **Sollten welche fehlen, so wenden Sie sich bitte sofort an das Innungsbureau.**

Da der Hamburger Gesellenverband mit seinem ganzen Hasse unsere neue Innungskrankenkasse schon im Keime zu ersticken sucht, und ein Zusammenarbeiten mit Delegierten aus seinen Reihen ein ganz unleidliches werden würde, **so bitten wir Sie dringlichst, Ihre uns wohlgesinnten volljährigen Gesellen ganz besonders anzuhalten, am Montag, den 4. Mai, zur Wahl zu kommen.**

Auf Ihr persönliches Erscheinen am Dienstag, den 5. Mai, rechnen wir bestimmt.

Wir bitten Sie ferner folgendes zu beachten. Am 11. Mai tritt die Innungskrankenkasse in Kraft. Wollen Sie nicht doppelte Beiträge bezahlen, so teilen Sie mit beiliegender Karte der Ortskrankenkasse mit, daß Sie unser Innungsmitglied sind und somit Ihr gesamtes Arbeitspersonal von ihr abmelden.

Etwaige kranke Arbeitnehmer, denen Ihrerseits das Arbeitsverhältnis nicht gekündigt ist, würden der Innungskrankenkasse überwiesen und dieser sogleich zur Last fallen. Wir bitten Sie daher in Ihrem eigenen Interesse wie in dem unserer Kasse, ein solches Arbeitsverhältnis spätestens den 10. Mai zu lösen; dann kann die Ortskrankenkasse diese Kranken nicht von sich abschieben.

Wir machen Sie ferner darauf aufmerksam, daß Sie alle bei Ihnen beschäftigten Personen am 11. Mai unter Angabe des Namens, Geburtsdatums, Geburtsortes und täglichen Barlohn sowie mit oder ohne Station bei unserer neuen Innungskrankenkasse, Chausseestr. 110 angemeldet haben. Eine Ausnahme bilden nur die Gesellen, welche der Hülfskasse angehören. Ein Formular hierzu haben wir beigelegt. Später in Arbeit sowie aus Arbeit tretende Personen sind binnen 3 Tagen ebenfalls dorthin an resp. abzumelden.

Die Kassenstunden sind im Kassenlokal, Chausseestr. 110, vorn I, von 9—4 Uhr. Sonntags und Feiertags geschlossen.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand der Bäcker-Innung zu Berlin
J. A. G. Milleville.

Also, selbst den Kranken, die ohne die Innungskrankenkasse vielleicht noch lange bei dem betreffenden Meister in Arbeit geblieben wären (die meisten Arbeiter und erst recht die Bäckergesellen sind ja krank), soll nach obigem Innungsmusterflugblatt gekündigt werden!

Das ist der „Segen" der Innungskrankenkassen!

Da ist es natürlich erklärlich, daß nur „Wohlgesinnte" die Innungspraktiken überwachen sollen. Wie krampfhaft die Innung sich nach ihren Gelben sehnte, zeigt die am Sonntag erschienene Nummer der Innungszeitung, wo die Innungsmeister folgendermaßen wild, gruselig und scharf gemacht werden.

Sie schreibt:

Ein Mahnwort in letzter Stunde.

Morgen, am 4. Mai, nachmittags 4 Uhr, finden im großen Saale unseres Innungshauses, Chausseestr. 110, die Delegiertenwahlen für unsere Innungskrankenkasse seitens unserer Gesellenschaft statt. Von dem Ausfall dieser Wahl wird es auf Jahre hinaus abhängen, ob wir im Frieden mit unserer Gesellenschaft das große Werk zum Segen des Handwerks ausbauen können. Die Delegiertenwahl ergibt auch die Vorstandsbesetzung. Und finster müssen wir in die Zukunft sehen, wenn es dem Hamburger Verband gelingen sollte, die Mandate an sich zu reißen. Ruft er doch schon jetzt zur Zertrümmerung der Innungskasse mit seiner Aufforderung, alle sollen in die von ihm verwaltete Hülfskasse eintreten, bedient er sich doch schon jetzt der größten Schmähungen und Verleumdungen, um die Kasse in seine Gewalt zu bekommen. „Eine Beute der Gesellenknechtung, die wir in unsere Höhle schleppen wollen", ein Maßregelungsinstitut, das wir „durch Wahlfälschungen" an uns bringen wollen, so lauten die Kraftstellen in seinen beiden Flugblättern.

Werte Kollegen, da darf keiner hintenan stehen. Der Vorstand hat einem jeden Innungsmitgliede seine Weisungen zugehen lassen und ihm seine Pflicht so leicht wie möglich gemacht. Nun tue sie auch jeder. Es gilt die Gleichgültigen unter unseren Gesellen aufzurütteln, sie auf die Folgen der Unterlassung aufmerksam zu machen, damit sie zur Wahl erscheinen. Wie wir hören, ist ein Flugblatt des Bundes der handwerkstreuen Gesellen erschienen; sorget, daß es an Eure Gesellen kommt. Die Euch zugesendeten Ausweiskarten füllet richtig mit dem Namen Eurer Gesellen und ihrem Geburtsdatum aus und vergesset Eure Unterschrift nicht. Wo die Legitimationskarten nicht auslangen, fordert rechtzeitig noch mehr. Gebt auch Euren Tagesbäckern Zeit, ihr Wahlrecht auszuüben.

Zur Beteiligung an der Wahl sind nicht nur die Gesellen unserer hiesigen Berliner Mitglieder berechtigt, sondern auch die unserer Mitglieder in den Vororten. Auch diese haben das Anschreiben des Vorstandes erhalten, auch diese werden ihre Pflicht tun. Wohlauf denn zur Wahl, und die Anschläge des Hamburger Verbandes auf unsere Innungskrankenkasse werden zuschanden werden.

Das hat gezogen! Der letzte Mann wurde auf die Beine gebracht. In der gelben Versammlung, die (natürlich im Innungshause) noch vor der Wahl stattfand, wurden, mit halben Worten selbstverständlich, die gemeinsten Verleumdungen verzapft. Zu sagen haben in dieser Kasse auch die gelben Herrchens (unter denen auch der bezahlte Agitator und Zigarrenhändler Wischnövski sich befindet, der wieder mal angeblich in der Bäckerei arbeitet) nicht das geringste, da sich durch Halbierung der Beiträge die Meister immer die Mehrheit in der Verwaltung gesichert haben. Der Machtkitzel feiert Orgien. Wenn nicht die Versicherten und die armen Kranken die Leidtragenden sein würden, könnte die Organisation der Bäcker spöttisch lächelnd der weiteren Entwickelung dieses Dramas zuschauen, denn Hunderte von Gesellen sind in den letzten Wochen in die freie Hülfskasse eingetreten, viele werden noch folgen, und dem letzten Bäckergesellen werden, wenn nicht schon durch diese Machinationen, durch die weitere Entwickelung dieser „Innungs-Wohlfahrtseinrichtung" die Augen geöffnet werden.

Stadtverordneten-Versammlung.

19. Sitzung vom Donnerstag, den 7. Mai, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Michelet eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr.

Stadtv. Dr. **Arons** (Soz.) hat bis zum 1. Oktober d. J. Urlaub genommen.

Es wird beschlossen, die Ferien der Versammlung auch dieses Jahr in die Monate Juli und August fallen zu lassen.

Auf der Tagesordnung steht lediglich die Beratung der Vorlage wegen

Gründung eines Verkehrsverbandes mit den Vorortgemeinden

auf Grund der Ausschußverhandlungen, über welche Stadtv. Dr. Levy (Fr. Fr.) schriftlichen Bericht erstattet hat.

Die umfangreiche Vorlage hat im Ausschuß zu sehr ausgedehnten Erörterungen Anlaß gegeben.

Nach § 1 soll der Verband die Interessen der angeschlossenen Kommunen, Kreis- und Kommunalverbände gegenüber der Großen Berliner Straßenbahn, der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn, der Westlichen und Südlichen Vorortbahn oder einzelnen dieser Gesellschaften gemeinsam wahrnehmen und eventuell die ihnen nach ihren Zustimmungsverträgen über den Betrieb von Straßenbahnen zustehenden Rechte auf Ueberlassung der Bahnen sowie einzelner Teile, Bestandteile oder Rechte derselben gemeinschaftlich ausüben.

Außerdem soll der Verband berechtigt sein:

a) andere in Berlin oder zwischen Berlin und den Vororten oder in den umliegenden Ortschaften betriebene Straßenbahnen zu erwerben, zu betreiben, betreiben zu lassen und auszubauen;

b) neue Straßenbahnen zu bauen, zu betreiben, betreiben zu lassen und auszubauen.

Der Ausschuß hat einen dritten Absatz hinzugefügt, wonach Kleinbahnen, welche in ihren wesentlichen Bestandteilen Hoch- oder Untergrundbahnen sind, nicht zu den Straßenbahnen im Sinne des Vertrages gehören, selbst wenn sie mit Flachbahnen in Verbindung stehen.

Der Referent führt aus, daß alle Ausschußmitglieder sich der ungemeinen Bedeutung und Tragweite der Vorlage voll bewußt gewesen seien. Der Urgrund der Bestrebungen auf Begründung eines Verkehrsverbandes Groß-Berlin sei in § 86 des Betriebsumwandlungsvertrages von 1896 zu suchen, welcher die event. Uebernahme nicht nur des Bestandes, sondern auch des Betriebes der Straßenbahnen durch Berlin bezw. durch die Gesamtheit der Wegeunterhaltungspflichtigen zur Voraussetzung habe, was aber jetzt von der „Großen" bestritten werde. Es sei der früheste Termin des Heimfalls an Berlin auf den 31. Dezember 1919 vertraglich festgesetzt worden. Inzwischen habe die „Große" mit zahlreichen anderen Vorortgemeinden Verträge über 1919 hinaus abgeschlossen und auch **hinter dem Rücken der Stadt Berlin eine Konzessionsverlängerung bis 1949 erwirkt.** Die Bewertung der Uebernahmerechte der Stadt und der Vorortgemeinden sei nach vielen Millionen zu veranschlagen und ihre Wahrnehmung mit Erfolg nur durch einen Verkehrsverband zu erreichen. Der Ausschuß habe mit 8 gegen 4 Stimmen den Entwurf mit mehreren Modifikationen angenommen. Die Minderheit habe den Plan als verspätet verworfen und eine Betriebspflicht der betr. Bahngesellschaften behauptet. Das letztere sei unzutreffend. Die Zustimmung der Stadt zu den Ansprüchen der „Großen" sei nicht erteilt, die „Ergänzung" der Zustimmung durch die Aufsichtsbehörde, über den Kopf der Stadt hinweg, stehe noch aus, und ob sie erfolge, das sei um so zweifelhafter, als in der Konzessionsverlängerungsurkunde selbst vom Minister v. Thielen 1901 ausgesprochen sei, daß die Rechte der Stadt nicht berührt werden.

Nun seien die Tunnelprojekte der „Großen" hinzugekommen, deren Genehmigung durch die Regierung die Minderheit bestimmt voraussetze. Doch sei vom Projekt bis zur Tat noch ein weiter Weg. Gerade zur Verhinderung des Ergänzungsverfahrens sei die Bildung eines Verkehrsverbandes nicht verspätet, sondern zeit- und zweckgemäß. In dem Verbande selbst, wie seine Zusammensetzung und die Stimmenverteilung beabsichtigt sei, hätten die Vororte Berlin gegenüber manche Vorteile und eventuell ein Uebergewicht; aber Berlin habe um des großen Zieles willen dies und manches andere hingenommen.

Es sei der gütlichen Verständigung mit der „Großen" eifrig das Wort geredet worden. Die Mehrheit sei keineswegs gewillt, einen guten Vergleich abzuweisen. Einstweilen aber sei es müßig, die Friedensschalmei zu blasen; denn der Streit habe sich ja neuerdings erheblich verschärft und der

Verband solle ein Abwehrmittel sein. Durch besonderen Gemeindebeschluß soll die Verkehrsdeputation die Geschäfte der Stadt im Verbande wahrnehmen; die Mitglieder sollen zu zwei Drittel aus der Versammlung gewählt werden. Für alle Beschlüsse, welche mehr als 3 Millionen Aufwendung bedingen, und für alle Statutenänderungen soll die Versammlung zuständig sein.

Stadtv. Cassel (A. L.): Die Alte Linke hat sich mit den Ausschußvorschlägen eingehend beschäftigt und sie mit schwacher Mehrheit gutgeheißen. Als wir den Verträgen über den Betrieb zustimmten, gingen wir davon aus, daß wir den legitimen Einfluß auf die Verkehrsverhältnisse, der der Stadtgemeinde gebührt, behalten müßten und würden; wir haben uns in dieser Voraussetzung geirrt; die „Große" hat gegen den Sinn der Verträge, welche es der Stadt ermöglichen sollen, nach 1919 den Betrieb ihrerseits fortzusetzen, mit einer Reihe von Gemeinden über 1919 hinaus dauernde Verträge abgeschlossen; sie hat eine Erweiterung des Aktienkapitals beschlossen und damit unseren Anteil am Reingewinn erheblich geschädigt; sie hat allen unseren Verkehrsplänen den heftigsten Widerstand geleistet und schließlich wider Treu und Glauben hinter unserem Rücken sich die Verlängerung der Konzession bis 1949 zu erringen gewußt, unterstützt durch ein Verfahren eines Ministers, das in seiner Rücksichtslosigkeit gegen die Stadtverwaltung ein unerhörtes genannt werden mußte. (Zustimmung.) In der Geschichte der Verwaltung des Herrn v. Thielen ist dies kein Ruhmesblatt, das ist ihm im Abgeordnetenhause auch von Konservativen gesagt worden. Solchen Gesinnungen, solchen Auslegungen gegenüber mußten wir auf Abwehr sinnen, nicht aus Lust am Streit, sondern aus Rücksicht auf unsere Selbstverwaltung und auf unsere Würde. Auch dabei sind wir auf Schritt und Tritt durch die Regierung gehindert worden. Wenn einmal die Leidensgeschichte unserer Stadtverwaltung geschrieben, wenn einmal das Verhalten einzelner staatlicher Organe beleuchtet werden wird, wie sie die Interessen der Straßenbahn begünstigt und vertreten haben, wird man die Schwierigkeiten verstehen, denen die Durchführung unserer Gegenmaßregeln begegnete. Eine der wichtigsten Maßnahmen in dieser Richtung ist das Projekt des Verkehrsverbandes; unsere Rechte aus § 36 des Vertrages können wir im Zusammengehen mit den Vororten besser wahrnehmen als ohne sie. Die Straßenbahnen sind längst nicht mehr ein bloßes Berliner Unternehmen; wir haben jetzt ein sozusagen einheitliches Unternehmen Groß-Berlin vor uns. Nichts ist natürlicher als der Zusammenschluß aller Gemeinden zur gemeinsamen Wahrnehmung ihrer Interessen. Dadurch wird verhindert, daß Berlin gegen die Vororte oder diese gegen Berlin ausgespielt werden können. Haben doch auch die Straßenbahnen selbst sich rechtlich oder wenigstens tatsächlich fusioniert! Daß der Vergleich am Eigensinn eines Vorortes scheitert, fürchte ich nicht. Wenn wir eine Konzession auf 90 Jahre oder auf sonst eine unübersehbare Zeit bewilligen, begeben wir uns nach den gemachten Erfahrungen jedes Einflusses auf die Entwickelung des Verkehrs. (Zustimmung.) Wir werden 50 Jahre schweigend zusehen müssen.

Und dann die Tunnelprojekte, die nach den Berechnungen der „Großen" 88 Millionen Aufwand bedeuten. Diese Summe reicht vielleicht lange nicht aus. Sechs Tunnelprojekte hat die „Große" schon zurücknehmen müssen; auch das jetzige siebente ist unklar in jeder Beziehung, und die enormen Anforderungen an Schadenersatz, welche die Ladenbesitzer in der Leipziger Straße wegen der langjährigen Störung erheben werden, sind dabei noch gar nicht mit veranschlagt. Die Erträgnisse des Unternehmens müssen darunter leiden, und wir werden damit als Stadt durch die Verringerung der Renten ebenfalls geschädigt. Die „Große" muß dann dazu übergehen, eine Tariferhöhung zu verlangen, und wir wissen ja aus einem gestern beim Magistrat eingegangenen Schreiben, daß für 4 Kilometer 10 Pf., für 4 bis 8 Kilometer 15 Pf. und darüber 20 Pf. gefordert werden sollen. Diese Erhöhung wird, nachdem sich das Publikum an den Einheitstarif gewöhnt hat, vielfach als sehr drückend empfunden werden, die Entrüstung darüber wird eine allgemeine sein. Eine Einigung über diese Projekte halte ich daher für ausgeschlossen. Beim event. Ankauf durch die Stadt wird jeder Preis, den die „Große" fordert, viel zu hoch sein, als daß es im Interesse der Stadt liegen könnte, darauf einzugehen. Die Vorbedingung zur Einigung ist die Aufgabe der Tunnelprojekte, zu deren Ausführung die „Große" ja durch keine Macht der Erde gezwungen werden kann. Stimmte sie den Krauseschen Projekten zu und erkennte sie unsere Rechte aus § 36 an, so würde sich der Weg zur Einigung finden lassen. Soweit sind wir aber zurzeit nicht. Eine Stadtverwaltung hat ihrerseits noch andere Aufgaben, als bloß Einnahmen zu erzielen; ich gebe für ein pekuniäres Linsengericht die Rechte unserer Selbstverwaltung nicht preis. (Lebhafter Beifall.) Die Annahme, daß die Vorlage der Anfang ist zur Uebernahme des gesamten Betriebes durch die Stadt, ist durchaus irrig. Wir haben 1901 nicht etwa beschlossen, Straßenbahnen auf eigene Rechnung zu bauen; wir haben auch nicht beschlossen, 1919 den Betrieb zu übernehmen. Ich habe große Bedenken, ob die Stadt ein so großes Unternehmen selbständig betreiben kann. Mit der Annahme des abgeänderten Statuts des Verkehrsverbandes ist diese Gefahr der Möglichkeit der Betriebsübernahme ausgeschlossen. Erlangen wir unsererseits durch den Verkehrsverband große Vorteile, so wollen wir solche auch dem anderen Kontrahenten nicht mißgönnen. Das ergangene Schiedsgerichtsurteil kann hier nicht mitsprechen; nach dem Reichsgerichtsurteil stellen übrigens Linien in Parallelstraßen keine Konkurrenz dar. Jedenfalls hindert uns das Schiedsgerichtsurteil keineswegs an jeder Verkehrsverbesserung.

Einige meinen nun, es werde das alles, Untertunnelungen, Tariferhöhung usw. usw., doch kommen und wir seien ohnmächtig dagegen. Ich kann es nicht für so sicher halten, daß es eine Verkehrserleichterung ist, wenn alles umgekrempelt wird, wenn die Schmuckanlage des Dönhoffplatzes, wenn ein Teil der Bäume Unter den Linden vernichtet wird, wenn der Spittelmarkt überbrückt wird usw. Will man denn durchaus Berlin weiter bevormunden und als unmündig behandeln? Nur wer fatalistisch die Rechte der städtischen Selbstverwaltung preisgeben will, kann dieser Vorlage die Zustimmung versagen. Ich bitte Sie dringend, ja, ich beschwöre Sie, die Vorlage anzunehmen! (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. **Heimann** (Soz.):

Unser Kollege Singer ist gestern plötzlich erkrankt und kann heute nicht an dieser Stelle stehen. Wir wollen nicht hoffen, daß seine Erkrankung eine sehr langwierige ist, sondern daß er bald wieder hergestellt sein wird. An seiner Stelle vertrete ich heute den Standpunkt unserer Freunde. Als ich vor Jahren auf das hinwies, was kommen würde und jetzt gekommen ist, sind meine Ausführungen hier ausgelacht worden; heute könnte ich, wenn nicht der Gegenstand ernst wäre, meinerseits sagen: Wer zuletzt lacht, lacht am besten. Heute ist den Berliner Gemeindevertretern das Lachen vergangen; heute sehen sie zum großen Teil ein, daß sie sich mit dem Großziehen dieser Erwerbsgesellschaft eine Rute aufgebunden haben, deren Streichen sie sich kaum noch erwehren können. Die „Große" hat die übrigen Gesellschaften unter ihre Kontrolle gebracht, nicht indem sie sich dieselben einglieverte, sondern sie ließ sie formell bis auf eine bestehen; sie gewann damit die Handhabe, Verträge mit den Vororten abzuschließen, Anschlußverträge zustande zu bringen, welche den Einheitstarif durchlöcherten. Die Gesellschaften bilden heute ein einiges großes Ganze, welches von sehr wenigen Personen dirigiert wird; ihren Einfluß ins Grenzenlose zu steigern, gelang ihr, indem sie den Mann aus dem Staatsdienste auskaufte, der die Oberaufsicht über das Kleinbahnwesen zu führen hatte; mit dem Eintritt des Herrn Micke in die Gesellschaft (1899) beginnt eine neue Aera. Ich sehe hier von der erschlichenen Konzessionsverlängerung ab; die seit 1899 geschlossenen Verträge tragen die Unterschrift des Herrn Micke. Ich war früher der Meinung, daß Berlin mit diesem Betriebsumwandlungsvertrag gehörig über den Löffel barbiert worden sei, aber seitdem ich der Verkehrsdeputation angehöre, habe ich diese Ansicht gründlich revidiert; ich halte den Vertrag für ganz vorzüglich. Was nützt aber der beste Vertrag, wenn der eine Kontrahent alle Rechte des anderen Kontrahenten über den Haufen werfen kann? Wortlaut und Sinn des Vertrages von 1896 ergeben klar, daß Berlin die Möglichkeit gewährt werden sollte, nach 1919 über das Unternehmen verfügen zu können. Die Gesellschaft hat von Anfang an nach dem Prinzip: „Teile und herrsche!" verfahren. Sie paßte sich lokalen Wünschen der Kommunen an, um möglichst buntscheckige Verträge zu gewinnen, die möglichste Komplikation herbeizuführen. Diese Politik hatte in zahlreichen Fällen Erfolg, unterstützt von den agrarischen Interessen, die nicht auf eine verständige Verkehrspolitik, sondern darauf hinausgingen, durch bessere Verbindungen die Grundrente in die Höhe zu treiben. Gerade infolge dieser Machenschaften der Straßenbahn hat sich bei uns die Einsicht mehr und mehr Bahn gebrochen, daß das so nicht weitergehen könne; es wurde mit Siemens u. Halske kontrahiert wegen der Hoch- und Untergrundbahn, es wurden einige städtische Linien beschlossen, es wurde das große Nord-Südbahnprojekt genehmigt — alles Einschränkungen des Machtbereiches der „Großen". Da überraschte uns Ende 1905 das große Untertunnelungsprojekt mit dem gleichzeitigen Verlangen der

Konzessionsverlängerung um 90 Jahre!

Dieses erste Projekt war gerade so unzulänglich wie das jetzige siebente und hätte Berlin nichts weiter geleistet als die Kritik des Stadtbaurats Krause, die die „Große" zwang, alle ihre Projekte zurückzunehmen, so hätte es sich dadurch allein schon um die Allgemeinheit verdient gemacht. (Beifall.) Diese Projekte haben nur den Zweck, die städtischen Projekte zu unterbinden, und diesen Zweck haben sie leider nur zu gut erfüllt. Wer will heute noch behaupten, daß die Zustände in der Leipziger Straße und auf dem Potsdamer Platz so sind, daß sie unter allen Umständen, koste es, was es wolle, geändert werden müssen? Soll deswegen fast das gesamte Berliner Publikum gezwungen werden, zum doppelten Preise zu fahren, soll der Spittelmarkt durch eine Hochbahn überbrückt, der Verkehr an den Hauptknotenpunkten noch mehr erschwert werden?

Die Verkehrskommandos auf dem Potsdamer Platz usw. haben sich nach meiner Wahrnehmung durchaus bewährt. Im übrigen sind solche Verkehrsschwierigkeiten in jeder anderen großen Stadt in demselben Maße vorhanden. In vielen anderen Gegenden Berlins sind wir weit schlechter gestellt, als auf dem Potsdamer Platz; aber dieser wird eben von Hofequipagen, von der hohen Beamtenschaft tagtäglich passiert. Der Untertunnelungsplan, so fein er ausgeheckt war, hatte der großen Kapitalien wegen, die er erforderte, das Gute, daß die Gesellschaft auch an die Vorortgemeinden herantreten mußte, ohne ihnen irgend eine Gegenleistung bieten zu können. Das bedeutet unzweifelhaft eine Förderung des Verkehrsverbandsplanes. Um 80 Gemeinden unter einen Hut zu bringen, muß jede etwas nachlassen, aber leider haben wir im Ausschuß erleben müssen, daß viele Herren den Vororten mit unbegrenztem Mißtrauen, der „Großen" aber mit unbegrenzter Hingebung gegenübertreten (Unruhe). Es fragt sich hier doch nur, ob die Gemeinde, ob wir abdanken sollen zugunsten einer mächtigen Erwerbsgesellschaft. Wir werden unsere Rechte selbst unter Opfern hochhalten. Nachdem die Regierung aus Furcht vor der Sozialdemokratie die Inkommunalisierung abgelehnt hat, bleibt nichts übrig, als zu einem solchen Surrogat zu greifen. Die Eingemeindung wäre das bessere; aber besser als gar nichts ist auch der Zweckverband. In der ersten Lesung war alles eitel Zustimmung, so daß Kollege Preuß mit Recht spottend fragen konnte: „Wo sind denn nur die Gegner?" Im Ausschuß sind die Gegner nicht stumm geblieben; sie wollten nichts von den Interessen der Vororte wissen, sondern empfahlen, einen günstigeren Vertrag mit der „Großen" abzuschließen. Wie konnte man solches empfehlen, nachdem man erfahren, daß Verträge nicht gehalten zu werden brauchen, wenn man nur mächtige Gönner bei den Behörden hat? Die Kommunen sind in dem Bereich des Kleinbahnengesetzes völlig ausgeschaltet, wenn Unternehmer und Behörden einig sind. Die Herrlichkeit der „Großen" steht aber durchaus auf tönernen Füßen; sie kämpft einen Kampf um Sein oder Nichtsein; muß sie alle ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen, dann ist es mit ihrer Herrlichkeit vorbei. Die Voraussetzung für den Abwehrkampf ist die Bildung des Zweckverbandes. Niemand kann garantieren, daß es uns noch in letzter Stunde gelingt, uns der Umklammerung durch die „Große" zu erwehren; ist aber überhaupt etwas zu erreichen, so kann es nur durch den Zweckverband geschehen. Die bisherige Behandlung Berlins durch die Behörden war nur möglich, wenn man einen Gegensatz zwischen Berlin und den Vororten konstruierte; bilden beide eine Einheit, dann wird ein solches Vorgehen sehr erschwert. Ein zwangsweiser Eingriff der Behörden in das Verfügungsrecht der Gemeinden muß doch zur Unmöglichkeit werden, wenn alle 80 Gemeinden sich geeinigt und sich zur Uebernahme des Unternehmens und seines Betriebes bereiterklärt haben. Die Regierung kann ja auch gar nicht behaupten, daß Berlin und die Vororte zum Betriebe eines Verkehrsunternehmens nicht imstande wären. Hochinteressant wäre es, könnte man

die Unterströmungen

aufdecken, welche verursachen, daß der Gesellschaft mit gleichbleibendem Wohlwollen, der Kommune mit gleichbleibendem Uebelwollen gegenübergetreten wird — gleichviel, wie der Verkehrsminister heißt.

An den einzelnen Bestimmungen wird sich kaum noch etwas ändern lassen; man wird das vorliegende Statut anzunehmen oder abzulehnen haben. Das hundertjährige Jubiläum der Städteordnung kann gar nicht besser und würdiger gefeiert werden, als durch einmütige Annahme dieses Statuts, wodurch es der Regierung mindestens äußerst erschwert wird, über den Kopf und wider den Willen von 80 Gemeinden zugunsten einer privaten Erwerbsgesellschaft selbstherrlich einzugreifen. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. **Kyllmann** (Fr. Fr.): Meine Fraktion hat so gut wie einstimmig den Vertrag abzulehnen beschlossen! Wir haben uns gegen den Vorwurf zu verwahren, daß wir umgefallen sind. Einmal haben sich zahlreiche Einwände gegen den Vertrag als wohlbegründet erwiesen und dann hat sich doch die Situation durch den Schiedsspruch und durch die neuen Projekte ganz erheblich verschoben. Heute wird nicht mehr so auf die „Große" räsonniert, es wird anerkannt, daß nirgends so gut und billig gefahren wird, wie auf den elektrischen Bahnen in Berlin. (Unruhe und Widerspruch.) Mit dem Verkehrsverband wird die Stadt auch nicht Herrin auf ihren Straßen; sie hat ja keine polizeilichen Befugnisse, und die Stadt oder der Verband würde unter der polizeilichen Direktive noch weit mehr herangenommen werden als die Gesellschaft, auf deren Finanzen immerhin noch Rücksicht genommen wird. (Hört! hört! Bewegung und Heiterkeit.) Es gibt einen anderen Weg: den der Verständigung mit dem Sozius — denn sie ist nicht unser Feind, sondern unser Sozius. Auch wir haben der „Großen" in dem Vertrage möglichst viele Knüppel zwischen die Beine geworfen. Das Alte soll begraben sein; wir müssen uns andere Bedingungen ausmachen.

Man sagt nun, die Gesellschaft hält keinen Vertrag, das muß doch wohl an seiner Konstruktion, an den Auslegungsmöglichkeiten liegen. Eine Verständigung ist besser als alle Prozesse. Berlin sollte sich erst verständigen und dann den Verband gründen.

Oberbürgermeister **Kirschner**:

Ich kann hier nur meine persönlichen Anschauungen zum Ausdruck bringen. Die Situation gegenüber der „Großen" kann man nicht richtig beurteilen ohne Beachtung des Rechtszustandes, welchen das Kleinbahngesetz geschaffen hat. Vorher konnte ein Straßenbahnunternehmen gegen den Willen einer Gemeinde nur durch Enteignung durchgeführt werden. Das Gesetz von 1892 änderte die Lage von Grund aus; es legte die Konzession lediglich in die Hände des Staates; die Gemeinden kamen zunächst nur noch als Wegeunterhaltungspflichtige in Frage, und es wurde das Ergänzungsverfahren eingeführt. Die Entscheidung in diesem Verfahren wurde durch das Gesetz in kommunale Selbstverwaltungsbehörden gelegt, anders aber in Berlin, wo sie in die Hand des Oberpräsidenten und des Ministers gelegt worden ist, der allein und endgültig zu entscheiden hat. Dadurch ist Berlin auf einem wichtigen Gebiet in der Selbstverwaltung wesentlich geschädigt worden. (Bewegung.)

Die „Große" hat von dem Mittel, sich aller Verpflichtungen ledig zu machen, in ausgiebigster Weise Gebrauch gemacht; sie hat ja in einzelnen Fällen sogar so getan, als ob sie gezwungen worden wäre; das erinnert mich an das Mädchen, das seinem Liebhaber mit größter Hingebung entgegenkommt und sich nachher über Notzucht beklagt. (Große Heiterkeit.) Ich bin erstaunt darüber, daß die Bürgerschaft von Berlin sich so etwas bieten ließ, ohne daß eine stärkere Opposition hervortrat.

Die „Große" hatte sich vertraglich verpflichtet, uns den Wegekörper, die Patente usw. 1919 zu überlassen. Wie konnte ein Unternehmen unter diesen Umständen, wenn es irgendwie ehrlich war, sich über 1919 die Konzession erteilen lassen? Die Konzession des gemischten Systems ließ sich die „Große" abkaufen! (Hört! Hört!) Hinter unserem Rücken ist ihr mit einer höheren Gewalt, angeblich ohne ihre Zustimmung, die Last des unbequemen Akkumulatorensystems abgenommen worden, und statt der 2 Proz. = 600 000 M. haben wir eine Entschädigung von etwa 18 000 M. erhalten. (Große Bewegung.)

Die „Große" denkt auch nicht daran, bezüglich der Verlängerung der Linien unsere Zustimmung nachzusuchen trotz des Vertrages; aber selbst bei Verkürzungen hat sie sich einfach mit der polizeilichen Genehmigung begnügt und uns nur Mitteilung gemacht, statt die Genehmigung bei uns nachzusuchen!

Der 10 Pf.-Tarif

war unser Stolz; die „Große" hat die Erfindung der „Anschlußbetriebe" gemacht, und es gibt 15 Pfennig-Strecken!

Als wir den Vertrag abgeschlossen haben, waren wir alle überzeugt, daß die freieste Konkurrenz stattfinden würde (Allseitiges Sehr richtig!); es war sogar der Fall vorgesehen, daß Konkurrenz stattfinde auf den Straßen, die der „Großen" eingeräumt waren, wir haben nur über den Umfang gestritten. Auch bei der „Großen" hat in den ersten Jahren niemand daran gezweifelt; erst als Erkenntnisse aus Köln und Bonn kamen, wo ein anderer Tatbestand vorlag, fing man an, mit diesem Einwand hervorzutreten.

Zunächst wollte die „Große" die Untergrundbahn nach dem Spittelmarkt hindern; sie mußte erst durch 3 Erkenntnisse gezwungen werden, den Einspruch fallen zu lassen; dabei sind über ½ Million Prozeßkosten entstanden, die uns zur Hälfte zur Last fallen. Dann kam der weitere Einwand bezüglich der Nord-Süd-Linie, wo sie uns nun scheinbar hindern kann. Kraft hat ja dieses Erkenntnis nur bis 1919 und gilt nur für diese Strecke. Bei der Gewinnbeteiligung hat man uns ebenfalls ganz erheblich zu benachteiligen verstanden, und jetzt kommt man mit dem Aenderungsverfahren und beantragt auf diesem Wege eine Konzession auf 90 Jahre mit Tariferhöhung! So hat der loyale „Sozius" seine Pflicht erfüllt!! (Große Heiterkeit.) Die Zeiten sind, glaube ich, vorüber, wo über so einschneidende Fragen wie Konzessionsveränderung und Systemänderung in der größten Gemeinde Deutschlands entschieden wird, ohne daß diese sich auch nur äußern darf.

Die „Große" hat auch einen mächtigen Einfluß in den Kreisen, die die öffentliche Meinung darstellen; **es ist uns wiederholt schwer gefallen, in einen größeren Kreis von öffentlichen Blättern tatsächliche Berichtigungen zur Aufnahme zu bringen.** (Stürmisches Hört! Hört!) Auf einem der wichtigsten Gebiete des öffentlichen Lebens hat sich die „Große" mit der Zeit eine Macht angeeignet, die die Selbstverwaltung aufhebt; wir müssen um unsere Existenz kämpfen! (Ruf: „Schlimm genug!") Es wäre traurig, wenn sich die Erkenntnis davon nicht in den weitesten Kreisen verbreitete, wenn es dahin kommen sollte, daß wir diese Gebiete des öffentlichen Lebens abgeben sollen an eine Erwerbsgesellschaft. Wir kämpfen mit aller Macht und Energie dagegen, wir rufen die Verwaltungsgerichte an, wo der Rechtsweg gegeben ist. Ich gebe aber doch viel lieber einen Teil der Selbstverwaltung ab an den Staat, als an eine Erwerbsgesellschaft. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Bäume Unter den Linden sind gefährdet, der Magdeburger, der Dönhoffplatz, der Spittelmarkt sollen beschädigt oder vernichtet werden, bloß im Interesse dieser Gesellschaft. Das ist ein unhaltbarer Zustand, und wenn die „Verständigung" so erfolgen soll, daß ihr Einfluß ungebrochen bleibt, dann bin ich für ein solches Arrangement nicht zu haben. (Lebhafter Beifall.)

Herrn Kyllmann erwidere ich, daß gerade die „Große" das Hindernis allen Verkehrs ist. Denken Sie an die Ueberbrückung des Spittelmarktes und daran, daß unsere Bahnhöfe auf der Nord-Südlinie 11½ Meter, 70 Stufen, unter denen der „Großen" liegen sollen. Ich kann auch nicht anerkennen, daß Herr Kyllmann die Interessen der Stadt wahrnimmt, wenn er ein so wichtiges Gebiet der Selbstverwaltung einer Gesellschaft ausliefern will. Herr Kyllmann kam sogar mit der Polizei; ja, wir leben doch nicht in einem völligen Willkürstaat in Preußen! Die Befürchtung, Berlin würde im Verband überstimmt werden, ist doch haltlos. Berlin hat bei 106 Stimmen 84, Charlottenburg, Rixdorf je 12; Berlin wird immer genügenden Anschluß finden, um die absolute Majorität von 53 zu erhalten. — Es handelt sich darum, für die Zukunft gesunde Verkehrsverhältnisse für uns zu schaffen.

Den Schiedsspruch halte ich gar nicht für so sehr ungünstig, und die Konferenz hat nur festgestellt, was wir schon wußten: Die Stellungnahme der Staatsregierung für die „Große". Ich bitte Sie dringend, Berlin nicht das Schicksal zu bereiten, daß auf absehbare Zeit hinaus auf einem der wichtigsten Gebiete der Verwaltung der Einfluß der Stadt zugunsten einer Erwerbsgesellschaft ausgeschaltet ist. (Lebhafter Beifall.)

Nach ¾10 Uhr erhält das Wort

Stadtv. **Rosenow** (A. L.): Nach dieser Rede des Herrn Oberbürgermeisters stelle ich den Antrag, daß diese Rede und die Verhandlungen des Abends als Broschüre gedruckt werden, um sie den 30 000 Ehrenbeamten der Stadt zur Kenntnis zu bringen. (Beifall.) Die Worte des Oberbürgermeisters werden hoffentlich die Wirkung haben, daß die Gegner sich irren in ihrer Hoffnung, die Vorlage werde zu Falle kommen. Wir werden einstimmig dafür eintreten.

Um 10 Uhr wird ein Antrag auf Vertagung gestellt, die Abstimmung soll eine namentliche sein.

Stadtv. **Borgmann** (Soz.) spricht sich wegen der Wichtigkeit der Sache gegen die Vertagung aus.

Stadtv. **Cassel** bittet um Zurückziehung des Antrages auf namentliche Abstimmung darüber, um die Verhandlungen nicht noch mehr aufzuhalten.

Stadtv. **Haberland** (A. L.) hält seinen Antrag auf namentliche Abstimmung aufrecht.

Die Vertagung wird mit 73 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Stadtv. Dr. **Preuß** (soz.-fortschr.) verzichtet auf das Wort, da er zunächst noch mehr Gegner hören möchte. (Heiterkeit und Beifall.)

Stadtv. **Haberland** (A. L.) bekennt sich von neuem als Gegner des Zweckverbandes.

Stadtv. **Mommsen** (Fr. Fr.): Ich habe bei der ersten Lesung für den Verband gesprochen, habe mich aber inzwischen eines Besseren belehren lassen. Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß wir uns durch die Gründung des Verkehrsverbandes die Möglichkeit verschließen, aus der heutigen Verkehrsmisere überhaupt herauszukommen. Wir sollten uns mit dem Gegner vergleichen.

Stadtv. **Cassel** verweist auf den Umstand, daß keine Bestimmung des Statuts die Stadt verhindert, bis 1919 Bahnen zu bauen oder bauen zu lassen.

Stadtv. **Jacobi** (A. L.): Es steht fest, daß man seinerzeit allgemein angenommen hat, daß 1919 die Stadt die Bahnen übernehmen sollte. Für diese Uebernahme hat sich aber heute nur Herr Heimann begeistert, wie wir denn auch im Grunde diesen Herren verdanken, daß die Paketfahrtgesellschaften verstaatlicht sind und das Porto wieder verteuert ist. (Widerspruch.) Nicht wir, sondern diejenigen sind die Feinde einer brauchbaren Verkehrspolitik, die hier immer gegen die „Große" Brandreden halten!

(Schluß im Hauptblatt.)

Verein für die Interessen der Hausangestellten.
Morgen Sonnabend, 9. Mai, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:
IX. STIFTUNGSFEST.
Prolog. Festrede. Rezitation: Frau Johanna Mayer.
Reigenaufführung. (Ausgeführt von Vereinsmitgliedern.)
Kaffeetafel 12 Uhr. Gesang. = Vorträge. = **BALL.**
Anfang 8 Uhr. 55/15 Eintritt 50 Pf.
Gäste, Damen und Herren, sind herzlich eingeladen.
Recht rege Beteiligung erwartet Das Komitee.

Auf Teilzahlung
Wöchentlich nur 1 Mark!
Große Auswahl **Uhren,** Goldwaren jeder Art. Zithern, Phonographen, Grammophone, Musikwerke usw.

Verkauf von prima Platten und Walzen.
Juhre & König, jetzt Warschauer Straße 68, I. Etage, und Reinickendorfer Straße 101, I Etage.

Bäckerei-Genossenschaft Produktion.
Charlottenburg.
Donnerstag, den 14. Mai 1908, nachmittags Punkt 4 Uhr:
General-Versammlung
im Volkshaus, Rostinenstr. 3 (kleines Zimmer).
Tagesordnung:
Auflösung der Genossenschaft.
Mitteilungen.
Der Vorstand.
A. Winter. A. Sellin.

Billigste Bezugsquelle für
Hygienische Bedarfs-Artikel
Drogerie Zaremba,
Berlin N., Weinbergsweg 1.
Ein Versuch
führt zu dauernder Kundschaft.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4.

Großes Stofflager.
Elegante Anfertigung nach Maß.
Große Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.
Die Preise sind billig aber streng fest.

Fertige
Herren- und Knaben-Garderobe
für Frühjahr und Sommer.
Elegant und tadellos sitzend.
Vollständiger Ersatz für
Maßarbeit.
Carl Stier
Fabrik für Herren- u. Knabengarderobe
BERLIN SO. Oranienstr. 166.
BERLIN W. Potsdamerstr. 118a.
POTSDAM, Nauenerstr. 23.

Gaskronen

Elektrische Kronen · Fabrikpreise
R. Zechlin
Berlin C. Alexanderstr. 49. (Alexanderplatz.)

Macht das schmutzigste Metall spiegelblank und schmiert nicht.
Nur echt mit Schutzmarke **„KAOL"**
In Glas- u. Blech- Flaschen à 10, 20, 30 und 50 Pf.
Ueberall zu haben.
Fabrik Lubszynski & Co., Berlin NO.

Allgem. sozialdemokratischer Wahlverein Berlins und Umgegend.
Freitag, den 8. Mai 1908, abends 8 Uhr,
im „Alten Schützenhause", Linienstr. 5,
in den „Arminhallen", Kommandantenstr. 58/59:
Zwei Vereins-Versammlungen.
Tagesordnung in beiden Versammlungen:
Die Landtagswahlen und die Frauen.
Referentinnen: Genossin **Zetkin** und Genossin **Zietz**-Hamburg.
Genossinnen und Genossen! Beweist durch Eure Teilnahme an den Versammlungen, welches Interesse Ihr an der Wahl habt. Namentlich die Frauen sind verpflichtet, zu zeigen, daß sie dem politischen Leben nicht gleichgültig gegenüber stehen, sondern als gleichberechtigte Staatsbürgerinnen gelten wollen und Anspruch erheben, über das Wohl und Wehe des Gesamtvolkes mitzuberaten und mitzubestimmen. 1/16*
Gäste sehr willkommen! **Der Vorstand.**

Verband der baugewerbl. Hülfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 10. Mai 1908, vormittags 10 Uhr:
Außerordentl. General-Versammlung
in Freyers Festsälen, Koppenstraße 29.
Tages-Ordnung: 80/9*
Die Regelung der Unterstützungsfrage von der Maifeier.
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.
Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Wegen obiger Versammlung fallen die zu diesem Tage angesetzten Gruppenversammlungen aus, dieselben finden acht Tage später statt. **Der Zweigvereinsvorstand.**

Tischler-Verein zu Berlin.
E. H. No. 89. 198/14
Sonnabend, den 9. Mai, abends 8½ Uhr, Melchiorstraße 15:
Versammlung.
Vereinsangelegenheiten. Zahlen der Beiträge. Der Vorstand.

Zentral-Krankenkasse der Maurer
„Grundstein zur Einigkeit". Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 10. Mai, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Kassen- und Revisionsbericht. 2. Verschiedenes. 149/7
Mitgliedsbuch legitimiert. **Die örtliche Verwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Einsetzer.
Die Bezirksversammlungen finden Sonntag, den 10. d. Mts., vormittags 10 Uhr, in den bekannten Lokalen statt.
Die Kollegen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Musikinstrumenten-Arbeiter.
Montag, den 11. Mai 1908, abends 8½ Uhr, in den „Andreas-Festsälen", Andreasstr. 21:
Außerordentliche Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung: 81/3
1. **Der diesjährige Verlauf der Maifeier in unserem Berufe.** Referent: Kollege **F. Leopold.**
2. **Die Streiks bei den Firmen Neufeld und Hedke.**
3. Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen und Kolleginnen erwartet
Die Branchenleitung.
Zu dieser Versammlung werden hierdurch die Verbandsmitglieder der Firmen **Bechstein, Görs & Kallmann, Klimes-Schwitella** und **Bohn & Co.** besonders geladen.
NB. Die Vertrauensleute sämtlicher Betriebe werden ersucht, um 8 Uhr zu erscheinen und an der Kontrolle Angaben über die Zahl der Feiernden ihres Betriebes zu machen.

Bolero
ist nach dem
Urteil aller Sachverständigen
die
feinste **2** Pf.-Zigarette.
Garantiert Handarbeit!

„Flora" **Spandau,** Pichelsdorferstr. 39.
Sonntags Anfang 3 Uhr: **Gr. Ball.**
Familien können Kaffee kochen!
52682* Emil Koepnick.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Mannes, unseres herzensguten Bruders, Schwagers, Onkels und Schwiegersohnes **Hans Winter** sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Turnverein „Fichte" und dem Holzarbeiterverband für die schönen Kranzspenden meinen herzlichsten Dank. 19395
Marie Winter geb. Lindner.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die kostbaren Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes spreche ich allen Beteiligten meinen tiefgefühlten Dank aus.
Hedwig Grundmann.

Gemeinsame Ortskrankenkasse Deutsch-Wilmersdorf u. Umgegend.
Einladung.
Nach § 50 des Statuts ist eine Ergänzungswahl der Vertreter zur Generalversammlung erforderlich und zwar für die Wahlperiode bis 31. Dezember 1909.
Es sind 4 Vertreter der Arbeitgeber zu wählen.
Jeder Arbeitgeber, welcher Beiträge aus eigenen Mitteln leistet, führt bei der Wahl eine Stimme.
Sämtliche wahlberechtigten Arbeitgeber werden zu einem zwecks Vornahme der Wahlen am
Freitag, den 15. Mai 1908,
abends ½8 Uhr
im „Luisenpark", Wilhelmsaue 112 stattfindenden Termin hierdurch eingeladen.
Von den Kassenmitgliedern sind 8 Vertreter zu wählen.
Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassenmitglieder, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Sämtliche wahlberechtigten Kassenmitglieder werden zu einem zwecks Vornahme der Wahlen auf denselben Tag
abends 8 Uhr
in dem vorbezeichneten Lokale stattfindenden Termin hierdurch mit der Aufforderung eingeladen, zur Legitimation ihre Krankenkassenbücher beziehungsweise Mitgliedskarten mitzubringen.
Die Wahlen sind geheim und werden durch Stimmzettel je in einem Wahlgange in der Weise vorgenommen, daß jeder Stimmberechtigte soviel Namen auf einen Stimmzettel schreibt, wie Vertreter zu wählen sind. 274/7
Die gewählten Vertreter nehmen an der am gleichen Tage anberaumten Generalversammlung teil.
Hieran anschließend findet die
Ordentliche Generalversammlung
der Vertreter der Arbeitgeber und Kassenmitglieder statt.
Tages-Ordnung:
1. Statutenänderung und zwar der §§ 1, 2, 12, 13, 24, 36, 41, 46, 49, 50, 52, 56, 57, 59, 62, 64 und 67.
2. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1907.
3. Bericht des Rechnungsprüfungs-Ausschusses. 4. Abnahme der Jahresrechnung pro 1907.
5. Verschiedenes.

Wilmersdorf-Berlin, 7. Mai 1908.
Der Vorstand.
Gust. Wegener, Vorsitzender.
Karl Schulze, Schriftführer.

10 Mark Anzahlung
□-Rute 6 M. an, teuerstes □-Rute 9 M. in Bernau (Vorort) u. Stadt, wirkl. billig. Wert **Brunnhofer,** Berlin, Kollendorfstr. 3.

Hiermit sagen wir den werten Parteigenossen, Freunden und Bekannten für die uns erwiesenen Gratulationen zur **Silberhochzeit** unseren innigsten Dank. 30062
Paul Kupfer nebst Frau.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den **4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**
(Landsberger Viertel.)
Bezirk Nr. 365.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Zimmerer
Wilhelm Jakob
(Liebig-Straße 44)
gestorben ist. 218/3
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 9. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmsberg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
(E. H. Nr. 2 Hamburg.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zimmerer
Wilhelm Jakob
(Liebigstraße Nr. 44 wohnhaft)
am 5. Mai d. J. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 9. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Markus-Gemeinde in Wilhelmsberg aus statt. 259
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
Bezirk III.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Wilhelm Jakob
am Dienstag, den 5. Mai, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 9. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Markus-Gemeinde in Wilhelmsberg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
254/8 **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Am 6. Mai verstarb unser langjähriges Mitglied
Gustav Geil,
Beusselstr. 23,
im Alter von 40 Jahren an Lungenleiden. 137/19
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 4½ Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Reformations-Kirchhofe in Plötzensee statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Verbandsleitung.

Verband d. baugewerblichen Hülfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin u. Umgegend.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß der Kollege
Fritz Nathan
(Bezirk Reinickendorf)
freiwillig aus dem Leben geschieden ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 9. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in der Humboldtstraße, Reinickendorf-West, aus statt. 30/10
Der Zweigvereinsvorstand.

Heute nacht 12½ Uhr verstarb nach langem, schwerem Leiden mein geliebter, einziger Bruder, der Schuhmacher
Wilhelm Reinhold
an der Proletarierkrankheit im 32. Lebensjahre. 30072
Dies zeigt, um stille Teilnahme bittend, tiefbetrübt an
Charlottenburg, den 6. Mai 1908. Wilmersdorferstr. 149.
Käthe Reinhold.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 10. Mai, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Luisenkirchhofes, Westend, Fürstenbrunner Weg, aus statt.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines Mannes sage ich allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Ehestädt u. Robert sowie dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Wahlverein meinen innigsten Dank.
Frau Agnes Ziegenhirt.

Hausfrau-Braut-Sanatorien
verlange Katalog mit gar nicht teuren berühmt. Alumin-DAUER-GESCHIRREN direct v. Aluminiumhaus Röngsdorf Rh.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Die Genossen der Zahlabende bei Stramm, Ritterstr. 123, Schmidt, Stallschreiberstr. 58, Engel, Seydelstr. 30, J. Meyer, Oranienstr. 103 und Blume, Alte Jakobstr. 119, haben sich am Montag, den 11. Mai, abends 7 Uhr, in ihren Zahllokalen; die Genossen der Bezirke 242, 243, 244, 245 dagegen bei Ziesemann, Brandenburgstr. 49, behufs Wahlarbeiten einzufinden.

Der Vorstand.

Rixdorf. Die Parteigenossen werden auf die heute abend 8 Uhr bei Fr. Hoppe, Hermannstr. 49 und H. Thiel, Bergstr. 151/152, stattfindenden Versammlungen aufmerksam gemacht. Referenten sind: Reichstagsabgeordneter D. Stücklen und Parteisekretär H. Müller. Die Tagesordnung lautet: „Das preußische Volk und die Landtagswahlen". Das Erscheinen aller in diesen Versammlungen ist notwendig.

Charlottenburg. Die Parteigenossen werden nochmals auf die heute abend 7 Uhr in den bekannten Lokalen stattfindende Flugblattverbreitung zur Landtagswahl aufmerksam gemacht. In dem Flugblatt wird besonders zur Einsichtnahme in die Wählerliste aufgefordert.

Wannsee. Sonnabend, den 9. d. M., abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht von der Gemeindevertretersitzung. 3. Aufstellung von Wahlmännern. 4. Geschäftliches und Verschiedenes. Jeder Genosse hat pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Niederschöne. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 9. Mai, abends 8 Uhr, im bekannten Lokale ein Zahlabend stattfindet, welcher sich mit der Aufstellung der Wahlmänner beschäftigt. Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Kassenkrank.

Wenn in einer Familie ein Krankheitsfall des Ernährers eintritt oder aber die sonst mitarbeitende, krankenversicherungspflichtige Frau krank wird, so bedeutet ein solcher Fall für die hiervon Betroffenen vermehrte Sorge und vermehrtes Elend. Schon bei regelmäßiger Arbeit reicht der gewöhnliche Arbeitsverdienst kaum hin, um alle Bedürfnisse zu befriedigen, die das tägliche Leben an den Arbeiter stellt; wenn aber der Verdiener krank wird, so zieht doppelt und dreifach Mutter Sorge in die Häuslichkeit ein. Gewiß tritt in einem solchen Falle die Krankenkasse mit Unterstützung ein. Allein, die Geldbeträge, die die Kassen neben Gewährung von Arzt und Medizin geben können, sind nicht erhebliche, um damit große Sprünge machen zu können. Dazu kommt, daß zur Erhebung der Unterstützung eine Reihe von Formalitäten notwendig sind, die den Gang zum Bureau einer Krankenkasse in sehr vielen Fällen zu einem recht beschwerlichen und zeitraubenden gestalten. Wir möchten in nachfolgendem einmal einen solchen Gang schildern:

Der Arbeiter N. N. geht zunächst zum Arzt in die Sprechstunde. Nehmen wir an, er findet sich nach 8½ Uhr morgens ein. Er kann von Glück sagen, wenn er bald nach 9 Uhr vom Arzt abgefertigt ist. Hierauf begibt er sich, sagen wir, zur Allgemeinen Ortskrankenkasse, die in der Neuen Friedrichstraße 9/10 ihr Domizil hat. Da die meisten Arbeiter an der Peripherie Berlins wohnen, braucht N. N. zirka eine halbe Stunde, ehe er nach dem Kassenlokal kommt, wenn er mit der Elektrischen fährt. Hier geht er nach dem Schalter Nr. 18, wenn er etwa das Unglück hat, daß sein Name mit dem Anfangsbuchstaben A. bis H. beginnt. Dann mag er sich nach Entnahme einer Nummernmarke hinsetzen, wenn er noch einen Platz findet und warten. Eineinhalbe Stunde gehen im Durchschnitt drauf, bis er hier abgefertigt ist. Das ist der erste Weg, der die Krankmeldung betrifft. Ist die Woche um, muß diese Prozedur wiederholt werden zur Erhebung der Unterstützung. Das ist aber der allergünstigste Fall, wenn der um ½9 Uhr vom Hause weggegangene Kranke noch gegen 12 Uhr wieder zurück sein will; er setzt nämlich voraus, daß sich der Patient recht zeitig aufmacht und daß alle Formalitäten in Ordnung sind. Fehlt da irgend etwas, was die Verwaltung, hinter der wieder die Aufsichtsbehörde steht, für notwendig erachtet, so muß ein zweiter, dritter und vierter Weg gemacht werden, bis allen Erfordernissen genügt ist. Jedesmal geht viel Zeit und auch noch Geld verloren.

Befindet sich der Ernährer in einem Krankenhause, so muß zur Empfangnahme der Familienunterstützung zunächst eine diesbezügliche von der Krankenhausverwaltung ausgestellte Bescheinigung vorgelegt werden, die wöchentlich erneuert werden muß — Nachweise, die notwendig sind, deren Beschaffung aber wiederum bei den großen Entfernungen in Berlin viel Zeit wegnehmen.

Mancher Weg zur Krankenkasse wird durch eigene Schuld der Kranken oder deren Angehörigen überflüssigerweise gemacht, weil die Betreffenden entweder nicht genau mit den Vorschriften und den mitzubringenden Nachweisen (wie Mitgliedsbuch bei Krankenanmeldungen usw.) vertraut sind, oder aber weil sie den Beamten falsch verstanden haben. Die Leute murren dann über die ihnen zuteil gewordene Behandlung auf der Kasse, indem sie irrtümlicherweise annehmen, die Beamten der Kasse machten ihnen unnütze Schwierigkeiten, und sie gehen ärgerlich und unbefriedigt nach Hause.

Ganz kann aber auch manche Kasse nicht davon freigesprochen werden, daß sie in manchen Fällen den Gang zur Kasse unnötigerweise erschwert. Es ist sonst nicht unsere Art, uns in die inneren Angelegenheiten der Verwaltung einzumischen. Es gibt aber Anlässe, wo einmal auch offen über Mängel gesprochen werden muß. Wir haben anläßlich uns zugegangener Klagen dieser Tage den Betrieb der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu wiederholten Malen in Augenschein genommen. Und da haben wir beobachtet, daß beispielsweise am Schalter Nr. 18 in sehr vielen Fällen Personen 1½, 1¾ und 2 Stunden warten müssen, bevor sie abgefertigt werden. Eine solche Wartezeit — ganz ungerechnet die Zeit zur Kasse und von da nach Hause — ist schon für einen Gesunden anstrengend, wie viel mehr für Kranke. Arbeiterfrauen, die zu Hause Kinder haben, und für den kranken Mann die Meldung besorgen, kommen durch eine solche lange Wartezeit in eine schlimme Lage. Da könnte auch die Verwaltung etwas tun, um eine Besserung herbeizuführen. Wie sie das tut, ist ihre Sache.

Dann besteht in dieser Kasse im Gegensatz zu verschiedenen anderen Kassen die bureaukratische Bestimmung, daß im Falle notwendig gewordener Krankenhausbehandlung die angehörige Frau den Nachweis erbringen muß, daß sie mit dem Manne eine gemeinsame Wohnung inne hat. Dieser Nachweis besteht entweder in der Vorlegung des Mietsverzeichnisses des Hauswirts bezw. Verwalters oder einer polizeilichen Bescheinigung. Wir sind überzeugt, daß viele Leute diese Zumutung als beleidigend empfinden werden. Aber ganz abgesehen davon, erscheint uns eine solche Forderung unangebracht. Sache der von der Kasse angestellten Kontrollorgane sollte es sein, die diesbezüglichen Feststellungen zu machen und eine Nachprüfung vorzunehmen, wenn sie die Kasse für nötig hält. Man verschone aber die Angehörigen, deswegen erst den Hauswirt oder die Polizeibehörde in Anspruch zu nehmen.

Wenn Kassenverwaltungen auf diesem Gebiete etwas weniger bureaukratisch sind und durch geeignete Maßnahmen dazu beitragen, daß der Aufenthalt auf der Kasse nach Möglichkeit abgekürzt wird, wird der Gang zur Kasse weniger beschwerlich und zeitraubend sein, als das heute der Fall ist.

Vom Berliner Wohnungsmarkt.

Seit einer Reihe von Jahren wird in Berlin alljährlich im Januar die Zahl der leerstehenden Wohnungen ermittelt. Das Berliner Statistische Amt veröffentlicht jetzt ein vorläufiges Resultat der Ermittelungen aus Januar 1908.

Es hat sich ergeben, daß die leerstehenden Wohnungen sich weiter gemehrt haben. Von Januar 1907 bis Januar 1908 stieg die Zahl solcher Wohnungen von 13 107 auf 16 353, und zwar die Zahl der nicht mit Gewerberäumen verbundenen Wohnungen von 12 385 auf 15 290, der mit Gewerberäumen verbundenen Wohnungen von 722 auf 1063. Dazu kommen noch die nicht mit Wohnungen verbundenen Geschäftslokale, bei denen die Zahl der leerstehenden von 3618 auf 3837 gestiegen ist. Die Zahl aller unvermieteten Mietsobjekte (der Wohnungen und der Geschäftslokale) ist hiernach gestiegen von 16 725 auf 20 190. Da in Berlin gegenwärtig mehr als 600 000 Wohnungen und Geschäftslokale vorhanden sein dürften, so beträgt der Anteil der leerstehenden nunmehr drei vom Hundert. In der Zeit der drückendsten Wohnungsnot, dem Jahre 1901, war der Anteil der leerstehenden Wohnungen usw. nur 1 vom Hundert. Die Erhöhung von damals 1 Prozent auf jetzt 3 Prozent ist beträchtlich, aber die Hausbesitzer Berlins brauchen — so verdrießlich es für den einzelnen ist, wenn er seine Wohnungen nicht los wird — deshalb noch nicht über „Wohnungsüberfluß" zu jammern. Sie haben schon Zeiten gesehen, die für den „Hausbesitzerstand" noch verdrießlicher waren. In der Mitte der 90er Jahre stand der Anteil der unvermieteten Wohnungen usw. über doppelt so hoch wie heute, 1895 betrug er 7 Proz.

Das Statistische Amt teilt in seiner Veröffentlichung erst einige Hauptzahlen mit, aber auch aus ihnen können schon Schlüsse auf die Ursachen dieser weiteren Mehrung der leerstehenden Wohnungen gezogen werden. Sehr lehrreich ist die Gruppierung nach der Größe der Wohnungen, wobei wir uns auf die nicht mit Gewerberäumen verbundenen Wohnungen beschränken wollen. Von 1907 zu 1908 ist hier die Zahl der Wohnungen mit einem oder zwei Zimmern von 9596 auf 12 670 gestiegen, dagegen die Zahl der Wohnungen mit drei oder vier Zimmern von 1922 auf 1776 gesunken und die der Wohnungen mit fünf oder mehr Zimmern von 752 auf 844 gestiegen. (Für 1907 sind noch 114 Wohnungen ohne Angabe der Zimmerzahl aufgeführt.) An der Mehrung der unvermietet gebliebenen Wohnungen sind, wie man sieht, fast nur die kleinen und kleinsten beteiligt: bei den Wohnungen mit einem oder zwei Zimmern mehrten sich die unvermietet gebliebenen um nahezu ein Drittel ihrer vorjährigen Zahl. Woran kann das liegen? In den vorhergehenden Jahren ließ sich regelmäßig nachweisen, daß das Wohnungsangebot besonders gesteigert worden war durch die rege Bautätigkeit, die in einigen bis dahin noch wenig bebauten Stadtteilen geherrscht hatte. Im letzten Jahre ist nun nicht viel in Berlin gebaut worden, aber die Zahl der unvermietet gebliebenen Wohnungen ist trotzdem noch beträchtlich gestiegen. In manchen Stadtteilen muß das auch jetzt noch aus der Mehrung der Neubauten erklärt werden. Das gilt z. B. von dem Stadtteil Wedding, in dem die leerstehenden Wohnungen ohne Gewerberäume sich von 1097 auf 1781 gemehrt haben, auch vom nordöstlichen Teil der Rosenthaler Vorstadt, der für diese Wohnungen eine Zunahme von 861 auf 1129 gehört. Zum Wedding gehört das Seestraßenviertel, das immer mehr bebaut wird, zum nordöstlichen Teil der Rosenthaler Vorstadt zeigt die Umgebung des Ringbahnhofs „Schönhauser Allee", wo gleichfalls noch viele Neubauten entstanden sind. Warum aber ist z. B. in dem östlichen Teil der jenseits des Kanals gelegenen Luisenstadt, wo es kaum noch etwas zu bebauen gab, eine Steigerung von 162 auf 300 eingetreten? Warum in der Oranienburger Vorstadt, deren Bebauung doch gleichfalls bereits abgeschlossen war, eine Steigerung von 380 auf 703? Und warum in anderen, längst voll bebauten Arbeitervierteln ähnlich große Steigerungen?

Von 1907 zu 1908 hat sich offenbar auf dem Berliner Wohnungsmarkt eine Wandlung nach der Richtung hin vollzogen, daß nicht so sehr eine Mehrung des Wohnungsangebotes durch Bautätigkeit als eine Minderung der Wohnungsnachfrage durch Wegzüge herbeigeführt wurde. Die Wegzüge von Berlin haben sich beträchtlich gemehrt, andererseits haben die Zuzüge nach Berlin sich gemindert. Auch hat die Heiratslust nachgelassen, viele verschieben jetzt die Gründung eines eigenen Hausstandes auf bessere Zeiten. Alles das wirkt auf den Bedarf an Wohnungen ein, schwächt die Wohnungsnachfrage ab und erhöht die Zahl der unvermietet bleibenden Wohnungen. Im Rathause haben die Hausagrarier durch ihre Vertreter bestritten, daß die Arbeiterbevölkerung Berlins so sehr unter den Folgen des Beschäftigungsmangels zu leiden habe. Bald werden sie selber klagen, daß sie die Notleidenden seien.

Mietskasernenhygiene.

Seit einer Reihe von Jahren schon veranstaltet die Berliner Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute und Apotheker aus freier Entschließung eine Wohnungsenquete, die im weitesten Sinne den Zweck verfolgt, auf die maßgebenden behördlichen Instanzen einen Druck zur Schaffung besserer Wohnungsverhältnisse in der Weltstadt Berlin auszuüben. Begreiflicherweise stoßen solche Ermittelungen vielfach auf Schwierigkeiten. Viele Leute wollen nicht den sozialen Wert der Enquete einsehen. Sie klammern sich eigensinnig an der Meinung fest, daß der Krankenkassenkontrolleur, dem die Feststellung obliegt, hiermit die der Kasse zustehenden Rechte überschreitet, und verweigern die Erlaubnis zum Ausmessen der Wohn- und Schlafräume des Kranken, geben auch auf die sonstigen Fragen keine Auskunft. Ist der Kranke selbst der Wohnungsinhaber, so wird er im eigenen Interesse sich gegen die Feststellung nicht sperren. Steht dagegen der Mieter zum Wohnungsinhaber im Verhältnis des Abmieters irgendwelcher Art, so glaubt der Vermieter ein Recht zu besitzen, sich aus Anlaß der Erkrankung seines Mieters nicht in seine eigenen Wohnungsverhältnisse hineinleuchten zu lassen. Die Besorgnis, daß aus der Fragebeantwortung irgendwelche Unliebsamkeiten entstehen könnten, ist indes völlig unbegründet. Es kann sogar nur dringend geraten werden, den Krankenkassenkontrolleuren in dieser wichtigen Angelegenheit so weit als irgend möglich entgegenzukommen, weil sich hier ein dankbarer Weg bietet, um ohne Inanspruchnahme der Polizei und vor allem ohne eigene Angeberei die lässigen Hauswirte in ihrer Gesamtheit behufs Abstellung sozialer Mißstände empfindlich zu treffen. Sehr häufig wissen die Wohnungsinhaber selbst nicht, daß die Innenräume oder gewisse Verhältnisse im ganzen Hause den einfachsten hygienischen Anforderungen der Neuzeit nicht entsprechen. Auch die Polizei, die sonst so gern ihre Spürnasen in alles hineinsteckt, weiß hiervon nichts oder kümmert sich doch nicht eher darum, als bis sie infolge eines zum Einschreiten herausfordernden Spezialfalles mit der Nase auf den Mißstand hingestoßen wird. Da ist also der Kassenkontrolleur erwünschte Mittelperson, um mit Nachdruck das herbeiführen zu lassen, was für gesunde Wohnungsverhältnisse unumgänglich notwendig ist.

Die Feststellungen beziehen sich insbesondere auf die Zahl derjenigen Personen, welche ein und dieselbe Wohnung bezw. ein und denselben Raum mit oder ohne den Kranken teilen. Was da selbst im unteren Kaufmannsstande schon ermittelt werden konnte, spricht Bände dafür, daß in der Reichshauptstadt an der Spree, die so gern als hygienische Musterstadt hingestellt wird, noch unendlich viel anrüchiges hinter den Kulissen existiert. Wie sieht es nun erst in Arbeiterwohnungen aus, in denen oft noch grauenerregendes Elend haust! Von erheblicher Wichtigkeit ist bei der Enquete ferner die Abortfrage. Wer annimmt, daß wir schon in allen großen Berliner Mietshäusern Klosettanlagen auf den Treppenpodesten haben, ist gewaltig auf dem Holzwege. Die Ansichten über den hygienischen Wert derartiger, unmittelbar in der Wohnung oder dicht neben ihr gelegener Aborträume sind ja geteilt. Bei richtiger Anlage und bei entsprechender Reinlichkeit darf man wohl den Vorzug der Bequemlichkeit nicht ausschließlich über denjenigen der Hygiene stellen. In sozialer, hygienischer und zuletzt auch sittlicher Beziehung ist es aber nicht einwandfrei, wenn nur zwei oder höchstens drei Hoftoiletts vorhanden sind, die von dreißig bis vierzig, oft noch von viel mehr Mietsparteien, also täglich von mindestens achtzig bis hundert Personen gemeinsam benutzt werden. Man wende nicht ein, daß solche vorsintflutlichen Verhältnisse nur im innersten, alten Berlin oder in Gegenden von der Art des niedergelegten Scheunenviertels zu finden sind. Sie existieren noch gerade da, wo man sie am wenigsten vermutet, in drei- und vierstöckigen Mietskasernen, die gar nicht so furchtbar alt, aber in ihren Einrichtungen mit der Zeit nicht mitgegangen sind. Hier sieht man sogar Petroleumlampen auf den Treppen, trotz Gasanschluß (!), während die Hausflure überhaupt nicht beleuchtet sind. Ein idyllischer Zustand, der an die berüchtigten „Berliner Mücken" seligen Angedenkens erinnert. Bloß die Nummern an den vom Geldstandpunkte des Besitzers auf das äußerste ausgenutzten zahlreichen kleinen Wohnungen fehlen. Auf solche Wohnhäuser, deren Eigentümer nur mit Zwang für bessere Wohnungsverhältnisse zu haben sind, kann die vielgerühmte Berliner Hygiene nicht stolz sein.

Im Berliner Asyl-Verein für Obdachlose nächtigten im Monat April im Männerasyl 20 830 Personen, wovon 8349 badeten, im Frauenasyl 4730 Personen, wovon 2069 badeten.

Die Baugesuche haben in den letzten Monaten in Berlin abgenommen. Im März d. J. wurden 704 Baugesuche gegen 768 im März v. J. eingereicht. Genehmigt wurden 101 Neubauten gegen 186 im März 1907. Der freiwillige Besitzwechsel war in der letzten Zeit gegenüber dem im Jahre 1907 fast unverändert, dagegen haben die Zwangsversteigerungen von Grundstücken noch weiter zugenommen. Im März d. J. wurden allein 23 Grundstücke zwangsweise verkauft gegen nur 2 im März v. J. und im April d. J. war die Zahl der Zwangsversteigerungen noch größer, erreichte aber immer noch nicht die Höhe derjenigen in den Vororten.

Die Zahl der Kranken in den sechs städtischen Krankenanstalten war im März und April d. J. außerordentlich hoch. Es wurden rund 4000 Patienten täglich verpflegt und behandelt, gegen rund 3300 im vorigen Jahre. Auch die Zahl der Insassen in den städtischen Irrenanstalten ist von rund 5000 auf 5300 gestiegen und die Zahl der in Privatpflege untergebrachten von 2600 auf 2800 Personen. Die Zahl der Geisteskranken in städtischer Pflege hat also um 500 zugenommen.

Einen gefährlichen „Kinderfreund" glaubt man erwischt zu haben in dem Grünkramhändler Fischer, der auf dem Gesundbrunnen im Hause Soldiner Straße 65 wohnt. Fischer, der verheiratet ist und im übrigen bereits das 68. Lebensjahr hinter sich hat, wird beschuldigt, sich an einem elfjährigen Mädchen, der Tochter Flora einer Frau W., vergangen zu haben. Das Kind brachte eines Tages ein 5 Mark-Stück nach Hause und versicherte, dieses Geld gefunden zu haben. Das erschien nicht recht glaubhaft. Verdacht erweckte der Umstand, daß Flora an diesem Tage längere Zeit ohne ersichtlichen Grund in Fischers Laden verweilt hatte; zwei Brüdern von ihr war das aufgefallen. Schließlich brachte die Mutter das Kind zu dem Geständnis, das 5 Mark-Stück sei von Fischer geschenkt worden. Nach weiterem Verhör kam Flora auch mit der Mitteilung hervor, Fischer habe sie in den Laden gerufen, sie habe ihm einen Kartoffelsack aufhalten sollen, weil er Kartoffeln einschütten wolle, und hierbei habe dann Fischer „Schweinereien mit ihr gemacht". Da eine Besichtigung der Wäsche des Kindes diese Angabe zu bestätigen schien, so erstattete die Mutter Anzeige. Bei seiner ersten Vernehmung durch die Polizei beteuerte Fischer, unschuldig zu sein. Er bestritt nicht, daß das 5 Mark-Stück von ihm herrühre, aber er behauptete, Flora habe ihm geklagt, daß ihr ein 5 Mark-Stück in seine Heringstonne gefallen sei, da habe er unbesehen ihr ein anderes gegeben. Demgegenüber erklärt Frau W., daß sie an jenem Tage ein 5 Mark-Stück weder ihrem Kinde übergeben noch überhaupt in ihrem Besitz gehabt habe. Uebrigens hat Flora erzählt, Fischer habe auch schon acht Tage vorher den Freigebigen gemacht und ihr ein 1 Mark-Stück geschenkt. Fischer ist in Haft genommen worden.

Vom dritten Stockwerk herabgestürzt. Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich gestern morgen in der Invalidenstraße ereignet. Im dritten Stockwerk des Hauses Invalidenstr. 130 wohnt der Schuhmachermeister Johannes Schulz, der in der letzten Zeit wiederholt von Schwindelanfällen heimgesucht wurde. Als er gestern morgen am geöffneten Fenster stand, um etwas frische Luft zu genießen, bekam er plötzlich wieder einen Schwindelanfall und fiel

nach vorn. Das Uebergewicht verlierend, stürzte nun der Aermste aus dem Fenster heraus auf die Straße. Mit gebrochenen Gliedern blieb er auf dem Bürgersteig liegen. Er hatte schwere innere und äußere Verletzungen erlitten und wurde in äußerst bedenklichem Zustand in das Lazarus-Krankenhaus gebracht.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich gestern vormittag am Oranienburger Tor zugetragen. Die Ehefrau Josephine Stanzkuß aus der Swinemünder Straße 41 wurde beim Ueberschreiten der Kreuzung an der Friedrich-, Chaussee- und Elsasser Straße von einem Droschkenautomobil erfaßt und unter die Räder gerissen. Sie erlitt schwere Quetschwunden und anscheinend auch innere Verletzungen und erhielt auf der nahen Unfallstation die erste ärztliche Hülfe.

Von einem Automobilomnibus überfahren wurde gestern morgen gegen ½8 Uhr der Kaufmann Meyer Cohn, Landwehrstr. 42 wohnhaft. Als er auf einem Zweirade die Roßstraße an der Alten Jakobstraße kreuzen wollte, geriet er gegen die Seitenwand eines Automobilomnibusses der Linie B, stürzte und fiel so unglücklich, daß das rechte Hinterrad des schweren Wagens ihm über die Weichteile des rechten Oberschenkels hinwegging. Der Kaufmann, der schwere Fleischwunden und Quetschungen erlitten hatte, wurde nach der Dr. Josepschen Klinik am Mariannenufer übergeführt.

Eine traurige Aufklärung hat jetzt das rätselhafte Verschwinden der 16 Jahre alten Schülerin Lotte Lamaszewsky aus der Eislebener Straße 10 gefunden. Vorgestern wurde die Vermißte als Leiche aus dem Schiffahrtskanal gelandet. Das junge Mädchen war vor vierzehn Tagen aus der elterlichen Wohnung verschwunden und einige Tage darauf erhielten die Angehörigen ein Abschiedsschreiben von der Vermißten, in dem diese mitteilte, daß sie lieber in den Tod gehen wolle als in das Irrenhaus zu wandern. Man glaubte jedoch nicht an das Vorhaben der L. und noch vorgestern versuchten die Angehörigen durch Plakate an den Säulen die Verschwundene zur Rückkehr zu bewegen. Gegen Abend wurde dann die Leiche gelandet. Die L. ist nicht gleich nach ihrem Verschwinden ins Wasser gegangen, sondern erst acht Tage später, wie dies aus dem Befund der Leiche festgestellt werden konnte. Wo sie sich in der Zwischenzeit aufgehalten hat, war nicht zu ermitteln.

Der Verkehrsunfall, der sich am Montagvormittag an der Ecke der Treptower und Kiefholzstraße ereignete und bei dem ein Kind verunglückte, hat sich glücklicherweise als nicht so schwer erwiesen, als anfänglich mitgeteilt. Dem Knaben ist der linke Oberschenkel gebrochen und es besteht die Aussicht, ihn wieder herzustellen.

Wie uns übrigens von dem Führer des Bierwagens mitgeteilt wird, sei er durchaus nicht übermäßig schnell gefahren. Der Knabe, der von einem Mädchen in einem Kinderwagen über den Straßendamm gefahren worden war, sei aus dem Wagen gefallen und vor die Räder des Bierwagens geraten, von denen er eine Strecke mitgeschleift worden sei. Nach dieser Darstellung scheint der Unglücksfall auf ein Zusammentreffen verschiedener unglücklicher Zufälle zurückzuführen sein.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht kam am Stralauer Tor auf dem Bahnhof Feuer aus. Benzin hatte sich in einem Eimer entzündet. In der Schönholzer Straße 2 brannte in einem Keller Naphthalin u. a. Der 3. Zug mußte längere Zeit Wasser geben, um die Gefahr zu beseitigen. Grober Unfug lag einer Feuermeldung vom Arnswalder Platz zugrunde. Durch Ueberkochen von Fett kam Zossener Straße 60a Feuer aus. Ferner wurde die Feuerwehr nach der Rüdersdorfer Straße 68 und Niederwallstr. 85/86 gerufen, wo Wasser in die Kellerräume eingedrungen war.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Urwählerlisten zur Landtagswahl liegen heute Freitag, den 8., und Sonnabend, den 9. Mai, von vormittags 10 bis nachmittags 8 Uhr, sowie Sonntag, den 10. Mai, von vormittags 10 bis nachmittags 3 Uhr, im Rathaus, Quergebäude parterre, Zimmer Nr. 1 und 2 zur öffentlichen Einsichtnahme aus.

Versäume niemand, sich davon zu überzeugen, ob er in der Liste steht. Für diejenigen, denen es die Zeit nicht erlaubt, die Liste einzusehen, übernehmen die auf den Flugblättern bekanntgegebenen Personen gegen Aushändigung einer entsprechenden Legitimation die Einsichtnahme in die Liste.

Britz.

Die Gemeindevertretung verhandelte in ihrer letzten Sitzung über die Gültigkeit der vom Genossen Beuthmann angefochtenen Wahl der Herren Grau und Möller, welche gegen unsere Genossen Eberhardt und Soldner von der dritten Abteilung in das Gemeindeparlament gewählt worden sind. Wie vorauszusehen, wurde die Wahl für gültig erklärt, trotzdem unsere Genossen Kitzing und Schliebitz nachwiesen, daß gerade bei dieser Wahl der Wille der Wähler nicht zum Ausdruck gekommen ist. Genosse Kitzing wies unter anderem darauf hin, daß in Lankwitz, wo nicht halb so viel Wähler wie in Britz ihr Wahlrecht ausübten, die Wahl für ungültig erklärt wurde, weil die Wahlzeit von 3—6 Uhr als viel zu kurz erachtet worden ist. In Britz sei die Wahlzeit bei viel mehr Wählern nur eine Stunde länger angesetzt gewesen, da müßte die Wahl erst recht für ungültig erklärt werden. Der Gemeindevorsteher hätte zwar versprochen, eine günstigere Festsetzung der Wahlzeit in wohlwollende Erwägung zu ziehen, sei dann aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß dann nicht, wie bisher, die Wahlen an einem Tage erledigt werden konnten; es hatte so wie so schon Mühe gekostet, dieselben bis um 10 Uhr abends zu beenden. Hierauf wurden die Neugewählten in ihr Amt eingeführt. Bei der Neuregelung der Lehrerbesoldung suchten die Herren Grau und Möller den Lehrern dadurch ihren Dank für die getreue Wahlhilfe abzustatten, daß sie eine weit höhere Besoldung der Lehrer forderten, wie vom Gemeindevorsteher vorgeschlagen war. Beide Herren mußten sich sogar infolge ihrer Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse einen kleinen Rasenstüber von dem Gemeindevorsteher gefallen lassen. Herr Grau bewies, daß er mit den einfachsten Regeln einer Geschäftsordnung nicht im geringsten vertraut ist, denn in der Abstimmung verlangte er das Wort um Anträge zu stellen, was ihm natürlich nicht gestattet wurde. Unsere Genossen sowie der Gemeindevertreter Kuppler traten für eine bessere als vom Gemeindevorsteher vorgeschlagene Besoldung der Lehrer ein; doch wandte sich der Gemeindevorsteher entschieden dagegen, daß weit über die Summe, die hierfür in den Etat eingestellt sei, hinausgegangen werde, ohne Deckung hierfür zu haben. Die neue Besoldungsordnung solle nur eine vorläufige sein, denn man werde sich zweifellos noch im kommenden Herbst mit der Materie beschäftigen müssen, weil dann der Landtag das neue Besoldungsgesetz fertig haben wird. Schließlich wurde dem Vorschlage des Gemeindevorstehers zugestimmt. Danach wird das Grundgehalt der Lehrer von 1350 M. auf 1400 M. und das Grundgehalt der Rektoren um 200 M., die Mietsentschädigung um 40 M. erhöht. Das Grundgehalt der technischen Lehrerinnen wird um 100 M. aufgebessert und die wissenschaftlichen Lehrerinnen erhalten 20 M. Alterszulage. Die Große Berliner hat dem Wunsche, die Linie 28 bis zum Britzer Rathause von 5 Uhr nachmittags probeweise durchzuführen, stattgegeben.

Schließlich wurde von unseren Genossen noch beantragt, bei der Landtagswahl Friftwahl einzuführen und die Wahl von 3—7 Uhr nachmittags festzusetzen.

Rixdorf.

Der lebende Wäschekorb. Unter eigenartigen Umständen ist gestern nachmittag ein langgesuchtes Schwindlerpärchen von der Kriminalpolizei verhaftet worden. Es handelt sich um den 25jährigen Kaufmann R. und dessen Braut, die 24jährige Sch. Im vergangenen Jahre wohnte das Pärchen zeitweise im Norden Berlins und auch in Pankow. Unter anderem entnahm es einem hiesigen Kreditgeschäft für tausend Mark Möbel auf Abzahlung. Schon am folgenden Tage wurden die Möbel wieder verkauft und das Paar verschwand schleunigst von der Bildfläche. Im vorigen Monat zogen die beiden Schwindler nach Rixdorf, wo sie sich bei einer Zimmervermieterin unangemeldet aufhielten. Gestern nachmittag erschienen mehrere Beamte in der Wohnung. Das Zimmer wurde aber leer vorgefunden. Bei einer Durchsuchung fanden die Beamten den R. unter dem Sofa. Kaum hatte man ihn hervorgeholt, so bewegte sich plötzlich ein in der Ecke stehender mächtiger Wäschekorb. Es wurde immer lebendiger in dem Korb und als die Beamten nach der Ursache sahen, entdeckten sie in der Wäsche versteckt die Braut des R. Die Schwindlerin hatte keine Luft mehr in ihrem Versteck bekommen und es blieb ihr schließlich nichts anderes übrig, als aus dem Wäschekorb emporzusteigen. Gemeinsam mit ihrem Geliebten wurde die Sch. nach dem Polizeipräsidium übergeführt.

Friedrichshagen.

Ein aufregender Vorfall hat sich vorgestern nachmittag auf dem hiesigen Bahnhof zugetragen. Der Kaufmann Hermes von hier war, von Berlin kommend, aus dem Stadtbahnzug ausgestiegen, als dieser sich bereits wieder in Bewegung gesetzt hatte. Er wurde von dem Wagen erfaßt, zwischen Trittbrett und Bahnsteig geworfen und auf diese Weise mitgeschleift. Unter den auf dem Bahnsteig befindlichen Fahrgästen entstand nun eine wahre Panik. Mehrere Männer sprangen hinzu, um den Unvorsichtigen aus seiner furchtbaren Lage zu befreien. Durch Zurufe von Beamten wurde der Zug schließlich zum Halten gebracht und man konnte nun feststellen, daß der Verunglückte nichts weiter als einige Hautabschürfungen erlitten hatte.

Königs-Wusterhausen, Zeuthen und Umgegend.

Die organisierte Arbeiterschaft oben genannter Orte wird ersucht, soweit sie in der Orts-Krankenkasse für Königs-Wusterhausen und Umgegend versichert ist, am Sonnabend, den 9. Mai, abends 7 Uhr, im Pfuhlschen Hotel am Bahnhof zur Wahl der Arbeitnehmer-Vertreter zu erscheinen, um durch die Wahl von geeigneten Vertretern die traurigen Verhältnisse dieser Kasse zu verbessern. Die Kandidaten der organisierten Arbeiterschaft werden im Wahllokal bekanntgegeben.

Kalkberge-Rüdersdorf.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich vorgestern in den hiesigen Kalksteinbrüchen. Der Kutscher Lehmann wollte gegen 2 Uhr nachmittags mit einem leeren Arbeitswagen in den Albenslebenbruch hineingefahren. Kurz vor der Einfahrtsstelle zu den Steinbrüchen stieg L. vorsichtigerweise vom Wagen ab und wollte, ohne jedoch das Gefährt zum Stehen zu bringen, die Bremse anziehen. Hierbei glitt er aus und fiel so unglücklich, daß die Räder seines Wagens über ihn hinweggingen. Das Gefährt rollte nun in rasender Geschwindigkeit führerlos die steile Tiefe hinunter und eine folgenschwere Katastrophe erschien unvermeidlich. Das eine Pferd stürzte, wodurch die Deichselstange von dem geraden Weg abgeleitet wurde. Das Vordergestell des Wagens stieß gegen einen Kalkfelsen, wodurch das Gefährt seitlich geschleudert wurde und die Hinterachse an einem Kalkstein hängen blieb. Hierdurch kam das Gespann zum Stehen und ein weiteres Unglück wurde vermieden. L., der schwer verletzt worden war, wurde bald darauf an dem Eingange zum Bruch aufgefunden und nach dem Krankenhause gebracht.

Wernsdorf, Gosen.

Ueber die bevorstehenden Landtagswahlen und deren Bedeutung referierte Genosse Wollermann am letzten Sonntag im Pielschen Lokal zu Wernsdorf.

Die gut besuchte Versammlung zeigte lebhaftes Interesse an den Ausführungen des Referenten. Am selben Tage hatte auch der Reichsverband Versammlung einberufen. Von den Einberufern waren denn auch in dieser Versammlung einige zugegen. In der Diskussion nahm Herr Döhring vom nationalen Handlungsgehülfenverband das Wort, der in bekannter Manier gegen die Sozialdemokratie vom Leder zog. Während Genosse Wollermann die Angriffe widerlegte, ergriff Herr Döhring das Hasenpanier. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und das gleiche Wahlrecht wurde die Versammlung geschlossen. Hierauf begaben sich unsere Genossen zur Versammlung des Reichslügenverbandes in Gosen.

Die Versammlung gestaltete sich insofern interessant, als unsere Genossen Redefreiheit hatten. Dadurch wurden sie wenigstens für Anhören der bekannten Reichsverbandstiraden entschädigt, indem sie in der Diskussion die Möglichkeit hatten, das Gesagte zu widerlegen. Auch die Versammelten kamen hierdurch auf ihre Rechnung. Jedenfalls hat der Verlauf der Debatte gezeigt, daß die Helden des Reichsverbandes einer offenen Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie nicht gewachsen sind.

Potsdam.

Blitzschlag im Telephonturm. Während des vorgestrigen Gewitters, das drei Stunden dauerte, schlug der Blitz in den Telephonturm des hiesigen Postgebäudes. Zahlreiche Leitungen wurden beschädigt. Der Telephonverkehr ist dadurch auf den meisten Leitungen unterbrochen. Mehrere Personen, die während des plötzlichen Blitzschlags am Apparat waren, wurden durch den Strom betäubt. Aus zahlreichen Apparaten schossen meterlange Feuerbündel. Von ernsten Beschädigungen ist bisher noch nichts bekannt.

Ein Unhold, der hülflose Frauen überfällt, treibt im benachbarten Bornim sein Unwesen. Vor einigen Tagen wurde die Kossätenfrau Bergemann, die sich in Begleitung ihrer Tochter mittags nach der Arbeitsstätte begeben wollte, von einem Radfahrer, der von Eiche her kam, überfallen. Der Mann versuchte an der Frau ein Sittlichkeitsattentat zu begehen. Auf ihre Hülferufe kam die Arbeiterfrau Münchow herbei. Den gemeinsamen Anstrengungen der Frauen gelang es schließlich, den Kerl, der sich auch auf die Frau Münchow stürzen wollte, abzuschütteln. Als er sah, daß er den drei Personen gegenüber doch den kürzeren ziehen könne, schwang er sich auf sein Rad und fuhr davon. Leider gelang es nicht, den Wüstling festzunehmen.

Spandau.

Die öffentliche Versammlung, welche zum Zwecke der Agitation für die bevorstehende Landtagswahl im Lokal von Böhle, Havelstraße, am Mittwochabend abgehalten wurde, war bedauerlicherweise nicht so besucht, wie man es in Rücksicht auf die Wichtigkeit der Angelegenheit erwarten sollte. Es war schade, daß die wuchtigen Anklagen, welche der Genosse Fendler in seinem Referat gegen das elendeste aller Wahlgesetze, gegen das preußische Landtagswahlrecht erhob, nur von etwa 200 Personen gehört wurden. Die anwesenden Genossen nahmen die Ausführungen des Referenten mit großer Begeisterung auf. Es wurde noch darauf verwiesen, daß man ja nicht versäume, die Wählerlisten einzusehen, und wer selber nicht Zeit habe, möge sich an einen der bekannt gegebenen Vertrauensmänner wenden.

Soziales.

Wie man Arbeiter um ihren Lohn betrügt.

In dem Prozeß von 56 Akkordmaurern (Schulz und Genossen) gegen die Kolonnenführer Klemens Otto und Hermann Nordmann, über den wir unter obiger Ueberschrift berichteten, stand Mittwoch wieder vor der Kammer 3 des Gewerbegerichts Termin an. Leider konnte der Prozeß noch zu keinem Abschluß gelangen, da der Sachverständige, mangels der notwendigen Zeichnungen, nicht in der Lage war, mit dem Aufmaß zu beginnen. Er hat vergeblich an Ort und Stelle eine Stunde gewartet. Es soll sich um ein Mißverständnis gehandelt haben. Jedenfalls hat inzwischen die Firma Hiller u. Kuhlmann, für die der Bau aufgeführt wurde, ihre Bereitwilligkeit zur Hergabe der benötigten Zeichnungen erklärt. Nach dem Aufmaß wird von Amts wegen neuer Termin angesetzt werden.

In der Sache selbst wurde längere Zeit wieder verhandelt, da der Beklagte Nordmann im wesentlichen die Behauptungen wiederholte, welche die Rechtsbeistände des Maurerpoliers Sterner und der Kolonnenführer Otto und Nordmann in Nr. 103 des „Vorwärts" veröffentlichten. Danach soll nicht die Absicht eines Betruges und einer Urkundenfälschung bestanden haben, als die Kolonnenführer von jemanden auf der Schreibmaschine einen Abdruck des mit der Firma Hiller u. Kuhlmann geschlossenen Vertrages herstellen ließen, in dem statt der im Originalvertrag stehenden 8 M. pro 1000 vermauerter Steine nur 7,50 M. eingesetzt waren und welchen der Maurerpolier Sterner mit „Hiller u. Kuhlmann" unterschrieb. Der Beklagte Otto war nicht anwesend und konnte auch in der „Kneipe schrägüber", wo er gesehen worden war, durch einen vom Gerichtshof abgesandten Kläger nicht erwischt werden. Er wollte sich durch den Polier Sterner vertreten lassen. Das Gericht, unter Vorsitz des Assessors Dr. Prerauer, lehnte diese Vertretung ab, weil Sterner der Urkundenfälschung und Beteiligung an einem Betruge gegen die Kläger mindestens dringend verdächtig sei. (Uebrigens lag gegen Otto ein Versäumnisurteil vor.) Die Kläger verlangen außer Restbeträgen die Differenz zwischen 7,50 M. und 8 M. pro Tausend Steine, um die sie sich durch die Kolonnenführer betrogen fühlen.

Beklagter Nordmann und der als Zeuge vernommene Polier Sterner stellen die Handlungen, die dem Gerichtshof den Verdacht der Urkundenfälschung und des Betruges nahelegten, so dar: Von der Kolonne seien Schwierigkeiten hinsichtlich der Fertigstellung des Baues zu erwarten gewesen, so daß schließlich die vereinbarten Akkordsätze in der Gesamtsumme möglicherweise nicht ausgereicht hätten. Da habe man sich gesagt, und denselben Gedanken hätte Bauführer Sieg gehabt, man könne den Maurern den Vertrag mit dem Satz von 8 Mk. nicht vorlegen. So sei man dazu gekommen, den Originalvertrag abtippen zu lassen und 7,50 Mk. einzusetzen! Es sei im Interesse der Firma einerseits und andererseits deshalb geschehen, um aus der Akkordsumme den Maurern bis zum Schluß einen Stundenverdienst von 90 Pf. zu sichern.

Der Polier Sterner will sich als erster Polier von Hiller und Kuhlmann auf fraglichem Bau dazu berechtigt gehalten haben, mit „Hiller und Kuhlmann" den Scheinvertrag zu unterzeichnen. Er meint, er habe keinen Pfennig von den Schiebern (Kolonnenführern) erhalten und der Gedanke eines Betruges gegen die Kläger und eines Gewinnes für sich sei ihm absolut nicht gekommen. — Dr. Prerauer hielt dem Zeugen vor, daß er doch gar keine Vollmacht als Polier habe, Vertragsänderungen vorzunehmen und mit dem Namen der Baufirma zu decken. Daß er Lieferungen für die Firma annehme und dann mit deren Namen quittieren könnte, wäre doch ganz etwas anderes. — Beklagter Nordmann behauptete noch, bei den Verhandlungen darüber, wie man die Fertigstellung des Baues bei den mit der Baufirma vereinbarten Akkordsätzen sichern könnte, wären die Maurerpoliere Sterner und Melcher und der Bauführer Sieg, also auch ein Vertreter der Firma, zugegen gewesen. Sieg habe ihm sogar gesagt, wie man sich einen Vertragsabdruck in Typbureaus herstellen lassen könne. — Sieg als Zeuge will das nur in der Voraussetzung getan haben, daß es sich lediglich um eine Kopie handeln solle. Erst später habe er die Veränderung des Akkordsatzes erfahren. Die Verhandlung ergab noch, daß den Maurern schon vor jener ominösen Vertragsgeschichte von den Kolonnenführern wahrheitswidrig gesagt wurde, es gebe 7,50 M. pro Tausend.

Vor der Vertagung der Sache, um deren Klärung sich der Vorsitzende große Mühe gab, faßte der Vorsitzende Dr. Prerauer den Kern der Sache nochmal dahin zusammen: „Es wird ein Vertrag mit der Baufirma von den beiden Kolonnenführern geschlossen, wonach es pro Tausend 8 M. gibt. Auf diesen Satz haben auch die Kläger Anspruch. Denn der Vertrag ist mit den Kolonnenführern, als den Vertretern der beschäftigten Maurer, geschlossen. Statt dessen wird den Leuten aber gesagt, es gibt 7,50 M. Und als Kläger den Vertrag zu sehen verlangen, da lassen Beklagte den Vertrag in einem Typgeschäft abschreiben und 7,50 M. einsetzen, damit bestätigt werde, daß es nur 7,50 M. gibt. Wollte man bloß das Firmeninteresse, so hätte man doch einfach zur Firma gehen und dort die Lage besprechen können. Das sei aber nicht geschehen!"

Im Laufe der Verhandlung ließ sich der Vorsitzende nochmals sehr scharf über die ganzen Vertragsmanipulationen aus.

Ein Kläger gab noch an, gehört zu haben, daß Beklagter Otto 2000 M. erübrigt und bei jemand hinterlegt hätte.

Gegen Otto, Nordmann und Sterner schwebt die Untersuchung wegen Urkundenfälschung und Betrug.

Der Kleinbauer in der Unfallversicherung.

Im Kreise Schlüchtern ist der ortsübliche Jahresarbeitsverdienst landwirtschaftlicher Arbeiter 480 M. Dem Landwirt Sch. zu S. hatte die hessen-nassauische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft auch noch diesen so niedrigen Betrag auf eine originelle Art und Weise herabgedrückt. Der arme Kleinbauer war vor seinem Unfall bereits lungenleidend, konnte aber noch alle Feldarbeiten usw. ausführen. Trotzdem wurde dem Verletzten in dem Bescheide der Berufsgenossenschaft eröffnet, daß er „vor dem Unfalle nur noch eine Erwerbsfähigkeit von 20 Proz. einer normalen Arbeitskraft besessen habe".

Die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes, welcher der Unfallrente zugrunde gelegt wird, stellte sich im vorliegenden Falle wie folgt: Jahresarbeitsverdienst 480 M., bei einer Arbeitsfähigkeit von nur 20 Proz. auf 96 Mark!! Die Vollrente des Verletzten aber nur 66⅔ Proz. von 96 Pf. gleich 64,20 M. pro Jahr oder 5,35 Mark pro Monat!

Der verletzte Kleinbauer hatte also unbestritten die Vollrente, erhielt aber kaum so viel Rente ausgezahlt, als ein Industriearbeiter mit einer Rente von 10 Proz. Er legte Berufung ein und verlangte, daß der volle Jahresverdienst berechnet werden müßte, da er trotz seines Leidens arbeitsfähig gewesen sei und nur durch den Unfall jetzt gänzlich unfähig geworden wäre. Andere Berufsgenossenschaften würden doch auch in solchen Fällen den vollen Jahresverdienst anrechnen. Das Schiedsgericht wies die Berufung sofort ab, während das Reichsversicherungsamt ein volles Jahr Zeit brauchte, diese Frage zu entscheiden. Das Reichsversicherungsamt nahm eine Erwerbsfähigkeit von 30 Proz. vor dem Unfalle an und erhöhte die Monatsrente von 5,35 M. auf — 8,00 Mark!!

Während unsere Großindustriellen sehr selten wegen Uebertretung oder Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften von den Berufsgenossenschaften bestraft werden, geht man gegen die armen und unwissenden Kleinbauern ganz anders vor. Ein Kleinbauer in Unterfranken wurde schwer krank und mußte sich deshalb einen Knecht einstellen. Als dieser landwirtschaftliche Arbeiter von der Leiter stürzte und eine Unfallrente von der Berufsgenossenschaft haben wollte, wurde zuerst dem Kleinbauern als Arbeitgeber schriftlich eröffnet, daß dieser eine Geldstrafe von 5 Mark zu zahlen habe, da er gegen die Unfallverhütungsvorschriften verstoßen — „die am Unfalltage benutzte Leiter nicht mit das Ausgleiten verhindernden eisernen Spitzen an den unteren Enden der Leiterbäume versehen war".

Kaum hatte der bestürzte Kleinbauer dieses herrliche Deutsch richtig verstanden und seine Strafe bezahlt, als er das zweite Schreiben der Berufsgenossenschaft erhielt. Er sollte jetzt auch noch gemäß § 147 des Landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes: „die bereits entstandenen Kosten erstatten und gleichzeitig die Bereitwilligkeit zu erklären, auch für die ferneren Leistungen der Berufsgenossenschaft aus Anlaß vorwürfigen Unfalls jeweils Ersatz zu leisten!"

Nach längerem Studium dieses Schreibebriefes wurde dem Bauer endlich klar, daß er auch die ganze Rentenlast der Berufsgenossenschaft zu erstatten hatte.

Haftpflicht des Kleinmeisters und der technischen Angestellten.

Folgender Rechtsfall zirkuliert gegenwärtig durch die technische Fachpresse:

Für den technischen Betrieb einer Fabrik haftet der technische Leiter, nicht aber der Fabrikbesitzer, sofern er sich bei der Leitung

vorwiegend kaufmännisch beläßigt. In diesem Sinne erkannte sowohl das Hallesche Schöffengericht, als auch in der Berufungsinstanz die Strafkammer in einem gegen einen dortigen Fabrikbesitzer angestrengten Verfahren. Er war beschuldigt, einen Arbeiter unter 16 Jahren länger als sechs Stunden beschäftigt zu haben. Da ihn das Schöffengericht freigesprochen hatte, legte der Amtsanwalt Berufung ein, und der Staatsanwalt beantragte vor der Strafkammer eine Geldstrafe von 3 M. Es wurde festgestellt, daß in dem Betriebe des Angeklagten acht junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren, eine Reihe junger Leute zwischen 16 und 18 Jahren, insgesamt an 100 Personen beschäftigt werden. Zu seiner Entschuldigung machte der Angeklagte geltend, er könne als kaufmännischer Leiter der Fabrik sich nicht auch um den technischen Betrieb kümmern; für letzteren sei der technische Leiter verantwortlich. Diesen Standpunkt erkannte auch die Strafkammer als berechtigt an und sprach den Fabrikbesitzer frei. Nicht er, sondern sein technischer Fabrikleiter sei für die Ueberbeschäftigung des jugendlichen Arbeiters verantwortlich zu machen, zumal da der letztere noch zur Rechenschaft gezogen werden könne.

Der industrielle Kleinmeister, der Gehülfen und Lehrlinge beschäftigt, kauft ja auch fremde Arbeitskraft und verkauft das Arbeitsprodukt zu einem um den Mehrwert erhöhten Preise. Aber er unterscheidet sich vom Fabrikherrn wenigstens dadurch, daß er selbst die Verantwortung trägt für alles, was in seiner Werkstatt vorgeht. Das Gesetz macht ihn persönlich haftbar, wenn er seine jugendlichen Arbeiter länger beschäftigt, wenn er fahrlässigerweise das Anbringen von unbedingt notwendigen Schutzvorrichtungen an seinen Maschinen unterläßt oder sonst gegen vorhandene Gesetzesbestimmungen verstößt. Im Gegensatz dazu der moderne Fabrikherr. Er nimmt sich Angestellte, Werkmeister, Betriebsleiter usw., denen er die direkten Ausbeutungsfunktionen überträgt. Die Angestellten haben dafür zu sorgen, daß ein möglichst hoher Mehrwert aus den Arbeitern herausgepreßt wird, mit welchen Mitteln das vor sich geht, ist dem Unternehmer gleichgültig. Hauptsache, daß er am Jahresschluß einen hohen Gewinn einstreicht; sowie aber der Betrieb irgendwie mit dem Strafgesetz in Konflikt kommt, zieht sich der Fabrikant zurück, schiebt den Angestellten vor, der dann vor dem Gericht in dem Uebertretungsfall als haftpflichtig erklärt wird. Er streicht lediglich den Gewinn ein, schiebt aber das Risiko ab. Das ist eine Ungerechtigkeit gegenüber dem Arbeiter, aber auch dem kleinen Handwerker und den Angestellten gegenüber, denen die strafrechtliche Verantwortung aufgebürdet wird. Einer solchen Rechtsprechung, die dem Sinn des Arbeiterschutzes widerspricht, sollte bei der Beratung der Gewerbeordnungsnovelle ein Riegel vorgeschoben werden.

Aus der Praxis der Knappschaftskassen.

Ein Bergmann im Kreise Weilburg an der Lahn hatte im Jahre 1899 einen Betriebsunfall erlitten und bezog die knappe Unfallrente von 7,85 M. pro Monat, die ihm die Knappschaftskasse vergeblich zu entreißen suchte.

Ein Lungenleiden warf den verkrüppelten Arbeiter im Januar 1908 aufs Krankenlager, welches er als Invalide kaum verlassen konnte. Er beantragte deshalb später die Invalidenrente, die ihm nach langem Warten auch endlich vom Knappschaftsverein Nassau gewährt wurde.

Ganz erstaunt war jedoch der Aermste als er den Rentenbescheid des Knappschaftsvereins in Händen hatte und die „Höhe" seiner Invalidenrente berechnen konnte.

Kaltblütig wurde ihm in dem Rentenbescheide eröffnet, daß ihm eine Monatsrente von 11,40 M. = 2,85 M. pro Woche gewährt würde. Da er bereits eine Unfallrente von 7,85 M. erhalte, so würde ihm ein Zuschuß von — sage und schreibe — 3,55 Mark pro Monat als Invalidenrente gewährt!

Der Invalide machte jedoch in seiner Berufung an das Knappschafts-Schiedsgericht zu Bonn geltend, daß ihm die Unfallrente nur dann angerechnet werden könnte, wenn laut § 48 des Invalidengesetzes diese Rente den siebeneinhalbfachen Grundbetrag der Invalidenrente übersteigen würde. Dies sei bei einer Monatsrente von nur 7,85 M. doch unmöglich der Fall und deshalb die volle Invalidenrente zu gewähren.

Das Schiedsgericht klärte denn auch den Knappschaftsverein auf, daß der Kläger im Rechte sei, und entschloß sich dann die Knappschaftskasse nach längerem Zögern die volle Invalidenrente zu zahlen.

Kennen die Weilburger Herren vom Knappschaftsverein die Gesetze so schlecht? Wenn nun der Invalide keine Hülfe bei den Sozialdemokraten gefunden hätte und wäre der Rentenbescheid rechtskräftig geworden, so müßte er heute mit einer Monatsrente von 11,40 M. sich zufrieden geben!

Kommunales.

Groß-Berlins Verkehrsmisere

wurde in der Stadtverordneten-Versammlung gestern in einer sehr gründlichen Aussprache erörtert. Den Anlaß dazu bildete das Projekt eines Verkehrsverbandes zwischen Berlin und den Vororten, das vom Magistrat im Januar den Stadtverordneten vorgelegt worden war und über das ein Ausschuß in zahlreichen Sitzungen verhandelt hatte. Ueber seine zustimmenden Beschlüsse wurde dem Plenum Bericht erstattet. Durch den Verkehrsverband soll die Willkür der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft eingeschränkt und womöglich ihre Macht gebrochen werden, aber die Gönner, die die Gesellschaft im Stadtparlament immer noch hat, kämpften für ihren Schützling bis zum letzten Augenblick. Die Debatte wurde eröffnet durch die Freunde des Planes, diesen Verkehrsverband zu schaffen. Herr Cassel erklärte rückhaltlos, daß es anders nicht möglich sei, die Rechte der Stadt gegenüber der Straßenbahngesellschaft zu wahren. Klar und scharf wurde dann von unserem Genossen Heimann die Lage des Berliner Verkehrswesens gezeichnet, wie sie sich im Laufe der Zeit herausgebildet hat. Die Umklammerung der Stadtgemeinde durch die allmächtige „Große" wurde anschaulich geschildert, die Protegierung dieser privaten Erwerbsgesellschaft durch die staatliche Aufsichtsbehörde wurde mit treffenden Worten gegeißelt. Und auch die Schuld des Berliner Stadtfreisinns, der es zu solcher Misere hat kommen lassen, erfuhr die verdiente Beleuchtung. Hülfe sei, so mahnte unser Redner, jetzt nur noch von dem Verkehrsverband zu erwarten, der wenigstens auf diesem Gebiete Berlin mit den Vororten zusammenschweißen und eine gemeinsame Abwehr ermöglichen solle. Anderer Meinung war Herr Kyllmann, einer der Gegner dieses Planes. Er nannte die „Große" einen „Sozius der Stadt" und riet zur „Verständigung" zwischen beiden. Wie der „Sozius der Stadt" seine eigenen Interessen zu wahren gewußt hat, das zeigte Oberbürgermeister Kirschner in einer großen Rede, die den Höhepunkt der Debatte bildete. Herrn Kirschners Ausführungen bedeuten eine allerschroffste Absage an die „Große" und enthalten die Ankündigung eines „Kampfes bis aufs Messer". Mit dürren Worten erklärte er, daß diese Erwerbsgesellschaft unehrlich gegen die Stadtgemeinde gehandelt habe. Auch über das Verhalten der Aufsichtsbehörde sagte der Herr Oberbürgermeister Worte von erfreulicher Schärfe. Und voll bitteren Unmutes deutete er an, daß die Hintermänner der „Großen" auch in den Redaktionen gewisser Zeitungen zu suchen sind. Nach dieser bedeutungsvollen Rede, die auf die Versammlung wie eine Sensation wirkte, verhallten die Ausführungen der folgenden Redner eindruckslos. Vergeblich trat schließlich auch der unvermeidliche Herr Jacobi auf den Kampfplatz und focht für die „Große". Die Abstimmung ergab grundsätzliche Annahme des Verkehrsverbandes mit großer Mehrheit. Mit diesem glückverheißenden Beschluß endete die denkwürdige Sitzung.

Aus der Frauenbewegung.

Das Frauenwahlrecht und der schwedische Reichstag.

Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten Kammer des schwedischen Reichstags hatte kürzlich einen Vorschlag eingereicht, der eine gründliche Demokratisierung der im vorigen Jahre angenommenen Wahlrechtsreform, die ja endgültig erst vom nächsten Reichstag beschlossen werden soll, bezweckte und vor allem den von der Reform gänzlich ausgeschlossenen Frauen das staatsbürgerliche Wahlrecht verschaffen sollte. Außerdem hatten die Liberalen einen Antrag gestellt, den Frauen durch die Wahlreform das Wahlrecht in demselben Maße zu geben wie den Männern. In der Ersten Kammer war ein weiterer Antrag eingebracht, wonach die kommunalwahlberechtigten Frauen das staatsbürgerliche Wahlrecht erhalten sollten. Die Erste Kammer hielt nur diesen einen der Anträge der formellen Abstimmung für wert und verwarf ihn mit 79 gegen 49 Stimmen. Ueber die übrigen Wahlrechtsanträge wurde hier nicht einmal debattiert. Aber auch in der Zweiten Kammer wurden alle die Anträge abgelehnt, der unserer Parteigenossen mit 146 gegen 48 Stimmen. Der Antrag der Liberalen, für den unsere Genossen selbstverständlich auch stimmten, verfiel der Ablehnung mit 110 gegen 93 Stimmen; ein Antrag des Stockholmer Bürgermeisters Lindhagen, der ebenfalls das Frauenwahlrecht zum Ziele hatte, wurde mit 140 gegen 47 Stimmen abgelehnt.

Die von 140 000 schwedischen Frauen unterzeichnete Wahlrechtspetition hat die beabsichtigte Wirkung nicht erzielt. Das wird aber jedenfalls für die Frauen nur ein Ansporn sein, sich noch fester zusammenzuschließen und immer energischer ihre Anerkennung als gleichgerechtigte Staatsbürger zu fordern.

Gerichts-Zeitung.

Was ist Zucker-Honig?

Lebhafte Kämpfe um Wesen, Bedeutung und Berechtigung des Kunst-Honigs entwickelten sich gestern vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I bei der Verhandlung einer gegen den Zucker-Honigfabrikanten Fritz Strehlow gerichteten Anklage wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz und unlauteren Wettbewerbes. Der Handel mit Kunst-Honig hat einen ganz bedeutenden Umfang angenommen und die Imker sehen mit Betrübnis auf die Zunahme dieser Konkurrenz. Der Preis dieses Kunstproduktes ist etwa dreimal so niedrig wie der Bienenhonig. Er ist sehr schmackhaft und auch auf chemischem Wege von Bienenhonig nicht zu unterscheiden. Der Angeklagte bringt nun ein Fabrikat in den Handel, welches aus künstlich mit Honig raffiniertem Zucker besteht und von ihm als „Zuckerhonig" verkauft wird. Dem Invert-Zucker sind etwa 20 bis 25 Proz. echter Honig zugemengt und außerdem enthält das Fabrikat einen Wasserzusatz. Der Angeklagte preist in seinen Ankündigungen sein Fabrikat als „Zuckerhonig, von Bienenhonig nicht zu unterscheiden" an und unterzeichnet diese Ankündigungen mit „Honigfabrik Strehlow". — Ein Imkerverein stellte darauf Strafantrag, weil der Angeklagte eine Bezeichnung gewählt habe, die geeignet sei, das Honig konsumierende Publikum zu täuschen. Auf Grund eines Gutachtens des Gerichtschemikers Prof. Dr. Juckenack verurteilte das Schöffengericht den Angeklagten wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz und unlauteren Wettbewerbes zu 1 Monat Gefängnis und 300 M. Geldstrafe. — Gegen dieses Urteil hatte der Angeklagte Berufung eingelegt und gegenüber dem Prof. Dr. Juckenack noch sechs Sachverständige laden lassen, nämlich: Herrn Prof. Dr. Herzfeld von der landwirtschaftlichen Hochschule, Dirigent des Instituts für Zuckerindustrie, ferner den Nahrungsmittelchemiker Dr. Aufrecht, den chemischen Sachverständigen Dr. Bein, den Handelschemiker Dr. Herzfeld, den Chemiker Dr. Bogtherr und den Apotheker Weintraub. — In der Verhandlung kam zur Sprache, daß in einem analogen Falle in Krefeld eine gerichtliche Verurteilung, in Braunschweig dagegen eine Freisprechung erfolgt ist. — Die sechs von der Verteidigung geladenen Sachverständigen stimmten unter längeren wissenschaftlichen Darlegungen im wesentlichen darin überein, daß der Zuckerhonig ein vollberechtigter Handelsartikel sei, der sogar manche Vorzüge gegen echten Bienenhonig haben kann. Im Publikum wisse jeder, daß er echten Honig für den hier offerierten Preis von 20 bis 25 Pf. pro Pfund nicht haben kann, niemand sei im Zweifel, daß unter Zuckerhonig ein Kunstprodukt zu verstehen sei. Solchem Kunstprodukt müsse aber immer 5 bis 10 Proz. im mindesten an echtem Honig zugesetzt sein, wenn man den Namen „Zuckerhonig" als berechtigt anerkennen solle. Dies sei aber hier der Fall. Die vom Angeklagten gewählte Bezeichnung sei also nicht geeignet, das Publikum zu täuschen. Das Gericht hob das erste Urteil auf und sprach den Angeklagten frei. Das Gericht ging von der Voraussetzung aus, daß der Angeklagte in seinem Fabrikat 20 bis 25 Proz. Honig verarbeite. Unter dieser Voraussetzung konnte der Angeklagte die von ihm benutzte Bezeichnung wählen, ohne zu befürchten, mißverstanden zu werden, zumal er die Ankündigungen mit Honig-„Fabrik" unterzeichnet und die Ware als „besten Ersatz für Bienenhonig" anpreist. Der Angeklagte habe auch nicht ein Nahrungsmittel nachgeahmt, sondern ein im Handel anerkanntes Produkt hergestellt.

Eine eigenartige Störung einer Opernvorstellung

lag einer Anklage zugrunde, welche kürzlich das Amtsgericht Berlin-Mitte beschäftigte. Wegen Erregung öffentlichen Aergernisses war der Kaufmann Kurt Blumenthal angeklagt. — Vor einiger Zeit wurden wiederholt Besucher des Stehplatzes im Kgl. Opernhause durch einen bessergekleideten Mann in einer Weise belästigt, die auf eine gewisse krankhafte Veranlagung des Betreffenden schließen ließ. Der unbekannte Attentäter drängte sich an zumeist jüngere Leute heran und machte sich einer hier nicht wiederzugebenden Handlung schuldig. Auf Ersuchen der Intendantur wurde schließlich jeden Abend auf dem Stehplatz ein Kriminalbeamter postiert, der die Anwesenden scharf kontrollierte. Eines Abends, während einer Lohengrinaufführung beobachtete der Kriminalschutzmann Busdorf den jetzigen Angeklagten Blumenthal, wie sich dieser in auffälliger Weise an ihn herandrängte. Als sich B. schließlich eine Tätlichkeit zuschulden kommen ließ, legitimierte sich der Beamte und nahm den auf frischer Tat abgefaßten Attentäter fest. — Das Schöffengericht verurteilte B. zu einer Geldstrafe von 300 M. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein und beantragte vor der Strafkammer die Verhängung einer Freiheitsstrafe, da das Treiben derartiger Leute gerade in letzter Zeit so überhandgenommen habe, daß der Besuch dieses Platzes im Opernhaus fast unmöglich geworden sei. Die Strafkammer erkannte unter Aufhebung des ersten Urteils auf eine Gefängnisstrafe von 2 Wochen.

Wider die Mindeststrafe.

Der Händler Geitz in Nürnberg hatte seinem Logisgeber 8 M. gepumpt, und da er sein Guthaben nicht zurückbekommen konnte, nahm er ihm einen silbernen Löffel und einen Serviettenring weg, um die Gegenstände als Pfand zu behalten. Er wurde deshalb wegen Diebstahls angeklagt und mußte, da er schon wegen Diebstahls vorbestraft ist, zu drei Monaten Gefängnis, der Mindeststrafe, verurteilt werden.

Juristischer Seiltanz.

In welcher Weise versucht wird, aus ein paar erregten Worten alle möglichen Straftaten herauszulesen, wenn ein Arbeiter die Worte gebraucht hat, ergab sich wiederum in einer Verhandlung, die am Montag vor dem Kammergericht als letzter Instanz zur Verhandlung kam.

Die Firma Wittling und Güldner hatte im vorigen Jahre im Anschluß an die gescheiterten Verhandlungen im Bauberuf die Maurer ausgesperrt. Sie ließ dann wieder arbeiten, aber nur in Akkord. Einige Mitglieder der „Freien Vereinigung" arbeiteten dann auch bei der Firma in Akkord. Vorher hatten sie Streikunterstützung genommen. Dietrich von der „Freien Vereinigung" machte ihnen darüber Vorhaltungen, daß sie jetzt arbeiteten, und noch dazu in Akkord, entgegen den Prinzipien der „Freien Vereinigung". Als sie sich nicht bewegen ließen, von der Arbeit abzugehen, sagte er erregt: „Wenn Du nachmittag nicht bei der Zahlstelle bist, sollst Du sehen, was passiert. Mir ist die Sache nicht so lächerlich. Wegen Euch gehe ich vier Wochen ins Gefängnis". Das Landgericht Berlin I verurteilte Dietrich wegen Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung (Berufserklärung und dergleichen) und gegen den § 240 des Strafgesetzbuchs (Nötigung) zu drei Tagen Gefängnis. Es wurde angenommen, D. habe die Leute durch Bedrohungen zu nötigen gesucht, sich einer Vereinigung zur Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuschließen. — Angeklagter legte Revision ein. Sein Vertreter vor dem Kammergericht, Rechtsanwalt Ruhm, verwies auf eine Anzahl Widersprüche in dem Urteil und machte geltend, daß die angezogenen Bestimmungen im vorliegenden Falle zu Unrecht angewendet seien.

Das Kammergericht fand das Urteil so unklar, daß es nicht sagen könne, es lägen ihm keine Rechtsirrtümer zugrunde. Es hob deshalb die Entscheidung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurück.

Die Unklarheit des Urteils beruht im letzten Grunde wohl darauf, daß die Urteilsfinder sich wohl darin einig waren, daß sie meinten verurteilen zu müssen, und diese Meinung die Klarheit nicht aufkommen ließ, die die Fällung eines unbefangenen Urteils erfordert, das die Sachlage auch den Standpunkt und die Auffassung des Angeklagten würdigt.

Vermischtes.

Nur für die Kehlen der Spießer. Eine heitere Episode spielte sich bei der Maifeier in Leitersdorf ab. Der frühere Glashüttenbesitzer, jetzige Hüttendirektor Herr Warminski in Rüdnitz, der im Nebenamte auch mit Kolonialwaren handelt und einen Flaschenbierverkauf unterhält, bekleidet die Stelle eines königl. Amtsvorstehers. Die Gastwirte der Umgegend wissen, daß der Herr Amtsvorsteher von den Brennereien, die von der Hütte Rüdnitz Flaschen entnehmen, des öfteren einige Waggons Faßbier kommen läßt. Wenn nun ein Gastwirt ein Gesuch um Tanzerlaubnis einreicht, ist das Gesuch gemeinhin auch von einer Bierbestellung begleitet. Auch der Wirt des Lokals in Leitersdorf, in dem die Glasmacher zum erstenmal ihre Maifeier begingen, hatte aller Gewohnheit gemäß seinen Bedarf beim Amtsvorsteher gedeckt. Kaum war das amtsvorsteherliche Bier in dem Keller des Gastwirts untergebracht, so erschien auch schon per Stahlroß der Abgesandte des Amtsvorstehers! Zurück mit dem Bier, und wenn es auch wieder im „Vorwärts" zu lesen sein sollte! Für Sozialdemokraten gebe ich kein Bier ab! so ertönte die Schreckenskunde dem Gastwirt entgegen. Der amtsvorsteherliche Bierwagen wurde geladen und zurück nach Rüdnitz geschafft. Bestürzt sah der Wirt dem furchtbaren Beginnen zu, doch bald gefaßt eilte er an das Telephon und teilte einer Brauerei in Krossen das beabsichtigte Attentat auf die Gesundheit seiner Gäste mit. Und nach zwei Stunden lagerten friedlich, ihrer Bestimmung harrend, die Fässer mit dem edlen Gerstensaft an der Stelle, wo vorher das amtsvorsteherliche Bier gelegen hatte.

Ein schweres Sittlichkeitsverbrechen wurde, wie aus Bromberg berichtet wird, an einer dortigen Frau verübt, die im Danziger Walde mit ihrem dreijährigen Töchterchen promenierte. Die Frau wurde von dem Verbrecher vergewaltigt und durch Faustschläge so schwer verletzt, daß Lebensgefahr für die Ueberfallene besteht. Der Verbrecher ist unbekannt. Binnen kurzer Zeit ist dies das dritte unaufgeklärte Sittlichkeitsverbrechen in diesem Waldteile.

Ein Luftballon in Flammen. Anscheinend vom Blitz angezündet ist ein Luftballon, der vorgestern in Uelzen beobachtet worden ist. Es wird hierüber von dort gemeldet: Bei einem gestern nachmittag hier ausgebrochenen Gewitter bemerkte man einen in nordwestlicher Richtung sich fortbewegenden großen Luftballon, dessen Hülle plötzlich zusammenklappte. Dann sah man eine große Flamme auflodern und den Ballon nebst Gondel mit großer Geschwindigkeit zur Erde niedersinken. Ob in der Gondel Personen waren, konnte man bei der großen Entfernung nicht erkennen. Angenommen wird, daß der Niedergang des Ballons in der Richtung auf Dannenberg zu erfolgte.

Das Hochwasser. Nach einer Meldung aus Petropawlowsk ist der Bahnverkehr mit dem europäischen Rußland unterbrochen. Der Bahndamm ist unterspült. Das Hochwasser bedroht die Ischimbrücke.

Eine Stadt in Feuersgefahr. In dem Städtchen Morinella brach, wie aus Rom berichtet wird, gestern abend eine große Feuersbrunst aus. Die ganze Stadt scheint dem verheerenden Element preisgegeben zu sein. Abends trafen aus Bologna Feuerwehr und Soldaten ein. Morinella zählt zwar nur 6000 Einwohner, ist aber ein bedeutender Mittelpunkt für die Landwirtschaft

Arbeiter-Abstinentenbund. Ortsgruppe Berlin. Heute abend 8½ Uhr im „Englischen Hof", Neue Roßstraße 3: Vortrag des Genossen Michaelis: „Die Gurgel von Berlin." Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 32. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Was der preußischen Volksschule fehlt. Von Heinrich Schulz. — Die wirtschaftlich geographischen Ursachen des Peloponnesischen Krieges. Von M. Beer. — Kolonialpolitische Rundschau. Von Parvus. — Ausbau der Arbeitersekretariate und Vorbildung ihrer Beamten. Von Arbeitersekretär Fr. Frank (Frankfurt a. M.) — Die Sozialdemokratie in Finnland. Mitteilung des Internationalen Sozialistischen Bureaus. — Literarische Rundschau: Hilferding, R. (R. Lenin), Razwitije kapitalizma w Rossiji. (Die Entwickelung des Kapitalismus in Rußland.) Von R. — Zeitschriftenschau.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom **„Wahren Jacob"** gelangt in den nächsten Tagen die 10. Nummer des 25. Jahrganges zur Ausgabe. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Die ersten Maikrüchte" und „Auf Kurfu", sowie die weiteren Bilder „Idylle am Starnberger See", „Vorbereitung für den Wiederzusammentritt des Reichstags", „Frühling im Land", „Des Sumpfkönigs erste Ausfahrt", „Am Müggelsee bei Berlin", „Germanisierung", „Liberale, rechts schwenkt marsch!", „Botschafter Hill", „Scharfrichter als Demonstrant", „Ohne Trauschein", „Dilemma" und „Erbliche Belastung". Die Nummer enthält auch ein Porträt des verstorbenen Professor Dr. Arnold Dodel in Zürich nebst einem kurzen Nachruf. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Die Katastrophe", „Die Absolution", „Die sittlichen Hankes", „Preußische Kunstregeln", „Poetenreife", „Die Angst", „Das unterdrückte Recht", „An die preußischen Beamten", „Zur freundlichen Erinnerung" und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die Skizzen „Frühling" von Paul Enderling und die größeren satirischen Feuilletons „Mannschaftsparlamentarier" und „Freie Beköstigung und Wohnung für die Reichstagsabgeordneten auf Kosten des Reichs". Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Lieder die Weiber. Von A. Schopenhauer. 20 Pf. Verlag: B. Zack, Treptow, Kiefholzstr. 186.

Der Mensch und die Erde. Lfrg. 46—50. Herausg. H. Kramer. 120 Lfrg. a 60 Pf. Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin W. 57.

Unsere Wohnungsenquete im Jahre 1907. Von A. Kohn. — **Geschäftsbericht der Kasse 1907.** Verlag: Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker. Berlin, Georgenkirchstr. 40.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Rezitator. Wenden Sie sich an die Verfasser. L. Heller wohnt in Wilmersdorf, Güntzelstr. 19. Von ihm sind verschiedene Sammlungen erschienen. — **J. M. 104.** Ja. — **M. Rixdorf.** Teilen Sie der Kirchenbehörde, die Steuer einfordert, mit, daß, wann und wo Sie aus der Kirche ausgeschieden sind. — **G. S. 171.** Leider ist die Kasse im Recht. Ihre Frau ist, weil sie außerhalb wohnt, nicht versicherungspflichtig. — **B. 700.** Wenden Sie sich an den Handels- und Transportarbeiter-Verband, Engelufer 15. — **Bb. S. 50.** Leider ist die Firma im Recht. Verjährung tritt erst in 30 Jahren ein. — **Peters.** Die Umänderung ist unzulässig. — **G. R. 10.** An den rechts Sitzenden. — **P. B. 1415.** Ihre Frau ist leider nicht krankenversicherungspflichtig. — **Sickingenstr. 999.** 1. Offenbacher Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen, Prinzenstraße 66 bei Hinz, 2. Nichts. — **M. S. 25.** 1. Ja. Die Frau müßte durch das Gericht sich das Erziehungsrecht zusprechen lassen. 2. Ja. — **P. R.** In der Regel ja. Der Ausländer (Nichtdeutsche) kann naturalisiert werden, hat aber kein Recht auf Naturalisation. — **E. G. 28.** In der Regel nur auf amtliches Ersuchen.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage: Fleisch:** Zufuhr genügend, Geschäft flau, Preise für Schweinefleisch anziehend, sonst unverändert. **Wild:** Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise fest. **Geflügel:** Zufuhr knapp, Geschäft etwas reger, Preise hoch. **Fische:** Zufuhr genügend. Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Südfrüchte:** Zufuhr ausreichend, Geschäft still, Preise fast unverändert.

Witterungsübersicht vom 7. Mai 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° = 0° R.
Swinemünde	752	SW	2	bedeckt	13
Hamburg	753	W SSW	5	Regen	11
Berlin	754	W	3	bedeckt	13
Frankf. a. M.	759	W	4	heiter	12
München	761	SW	5	wolkig	11
Wien	756	W	5	bedeckt	13
Haparanda	759	Still		wolkenl	−2
Petersburg	759	ONO	1	wolkig	−1
Scilly	759	SSW	1	bedeckt	9
Aberdeen	751	W	3	wolkenl	9
Paris	761	SW	1	halb bd.	12

Wetterprognose für Freitag, den 8. Mai 1908.

Etwas kühler, zunächst noch vorwiegend trübe mit geringeren Niederschlägen und ziemlich frischen westlichen Winden, später aufklarend.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 6. 5. cm	seit 5. 5. cm [1]	Wasserstand	am 6. 5. cm	seit 5. 5. cm [1]
Memel, Tilsit	338	−3	Saale, Grochlitz	186	+3
Pregel, Insterberg	109	−15	Havel, Spandau [2]	116	+1
Weichsel, Thorn	210	−4	„ Rathenow [2]	165	−1
Oder, Ratibor	199	+13	Spree, Spremberg [2]	96	0
„ Krossen	170	−3	„ Beeskow	143	0
„ Frankfurt	174	−4	Weser, Münden	36	−9
Warthe, Schrimm	62	−2	„ Minden	126	−7
„ Landsberg	88	−4	Rhein, Maximiliansau	500	+22
Netze, Nordamm	52	−1	„ Kaub	278	+8
Elbe, Leitmeritz	47	+7	„ Köln	315	−5
„ Dresden	−69	−2	Neckar, Heilbronn	142	+14
„ Barby	336	+3	Main, Wertheim	172	−1
„ Magdeburg	197	+2	Mosel, Trier	134	0

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall, — [2]) Unterpegel

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 8. Mai.

Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Donna Diana.
Königl. Schauspielhaus. Ein Erfolg.
Berliner. Alt-Heidelberg.

Anfang 8 Uhr.

Neues. Ramon, der Abenteurer.
Deutsches. Die Räuber.
Kammerspiele. Frühlings Erwachen.
Lessing. Hedda Gabler.
Neues Schauspielhaus. Der Dummkopf.
Kleines. 2 × 2 = 5.
Komische Oper. Rosalba.
Residenz. Der Floh im Ohr.
Hebbel. Frau Warrens Gewerbe.
Lustspielhaus. Sein Alibi. Der Brandstifter.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Stein unter Steinen.
Schiller Charlottenburg. Ohne Geläut.
Thalia. Die Brunnennymphe.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die Brüder von St. Bernhard.
Westen. Ein Walzertraum.
Lortzing. Der Troubadour.
Neues Operetten. Der Mann mit den drei Frauen.
Luisen. Der Weg ins Verderben.
Trianon. Seine erste Frau.
Bernhard Rose. Die Lorelei.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Die süßen Grisetten. Spezialitäten.
Kasino. Ein Dorfroman.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten Dr. Rückle.
Gustav Behrens. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Theater an der Spree. Der Cowboy.
Folies Bergère. Spezialitäten. Diane d'Ève.
Folies Caprice. Nachtarbeit. Ein unheimlicher Besuch. Der ganze Papa.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Henrik Zetterström-Stockholm: Schweden, Lebens- und Naturbilder aus dem nordischen Lande. 2. Abend: Kultur und Volk.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.
Abends 7½ Uhr:
Alt-Heidelberg.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Ramon, der Abenteurer
Morgen u. folgende Tage: Ramon, der Abenteurer.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Mandragola.
Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5.
Montag: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
8 Uhr: Ein Walzertraum.
Sonntag nachm. 3¼ Uhr, halbe Preise: Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Die Brüder von St. Bernhard.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend z. 25. Male: Madame Sans Gêne.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der gehörnte Siegfried. Siegfrieds Tod.
Abends 8 Uhr: Hasemanns Töchter.

Neues Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 25, an der Luisenstr.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Mann mit den drei Frauen.

Hebbel-Theater, Königgrätzer Str. 57/58.
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in 4 Akten v. Bernard Shaw.
Sonnabend und Sonntag: Frau Warrens Gewerbe.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Henrik Zetterström, Stockholm: Schweden, Lebens- und Naturbilder aus d. nordischen Lande.
2. Abend: Kultur und Volk.

Zoologischer Garten
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren
— — die Hälfte. — —

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
Der Floh im Ohr.
Schwank in drei Akten von Georges Feydeau. Deutsch von Wolff-Jacoby.
Sonntag, 10. Mai, nachm. 3 Uhr: Die 300 Tage.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr: Der Brandstifter.
Vorher: Sein Alibi.

Luisen-Theater.
Reichenberger Straße 34.
Abends 8 Uhr:
Mutter Erde.
Sonnabend: Der Weg ins Verderben.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Im Hause der Sünde. Abends 8 Uhr: Der Weg ins Verderben.
Montag: Der Weg ins Verderben.

Bernhard Rose Theater
Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Die Lorelei.
Wochentagspreise.
Täglich bis auf weiteres: Die Lorelei.

Theater an der Spree
Köpenicker Straße 68.
Täglich 8 Uhr:
Der Cowboy.

Winter-Garten
Neues Programm.
Otto Reutter.
Orford's Elephanten.
Palace Girls, Englische Gesangs- und Tanztruppe.
Niards, Akrobaten.
Hagedorns Wundergrotte.
Lili Schreiber, Soubrette.
Ferry Corwey, Musik. Clown.
Guyer und Crispi, Amerikanische Excentrics.
Perezoff-Truppe, Jongleure.
Toqué, der Hund als Reiter, Equilibrist und Jongleur.
Tambo and Tambo, Banjo-Jongleure.
Biograph.

Metropol-Theater
Zum 230. Male:
Das muß man seh'n.
Revue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Heute: Geschlossen.
Sonnabend, den 9. Mai 1908:
Große Extra-Vorstellung.
Das Recht der Mutter.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Tanz.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Stein unter Steinen.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Weg zum Herzen.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Hans Huckebein.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Ohne Geläut.
Schauspiel in drei Aufzügen von Fedor v. Zobeltitz.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Widerspenstigen Zähmung.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das vierte Gebot.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Ohne Geläut.

Apollo Theater
Vierfacher Erfolg!
Ballett:
Die Töchter der Terpsichore.
Spezialitäten:
François Räthig. × Grete Gallus.
Karl Gretschneider. × D'Osta-Trio.
Enrico Caruso durch das Auxetophon d. deutschen Grammophon-Gesellschaft.
Operette:
Die süßen Grisetten.
Von H. Reinhardt.
In Szene ges. vom Dir. Rudolf Schler.
Pantomime:
Ein Abend in einem amerikanisch. Tingel-Tangel.
ausgeführt von Berl. Bernards. Original-Pantomimen-Kompagnie.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das größte Rechengenie und Gedächtnisphänomen aller Zeiten
Dr. RÜCKLE
und das großartige Mai-Programm.

4	3	2	6	8	4	5
9	4	8	2	5	1	3
7	0	8	4	3	2	0
9	0	2	0	0	1	8
5	8	3	7	6	1	4
1	4	3	9	7	8	8
4	1	2	4	1	2	4

Ganz Berlin spricht nur von Dr. RÜCKLE!

Passage-Panoptikum.
Zum ersten Male in Berlin!
Die lange Dora
Das größte Riesenkind
Gesamtlänge 2 Meter 19.
:: Kunsttaucher ::
Kapit. Gröbl in seinem Riesenbassin.
Neapolitanische Briganten-Kapelle.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf., Kinder, Soldaten 25 Pf.

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr.
:: Die neuen großartigen :: Mai-Spezialitäten.
Amüsantes Programm.
Im Tunnel: Konzerte.

Gustav Behrens-Theater.
Berlin W., Goltzstr. 9.
Des großen Erfolges wegen prolongiert Die schöne Miß Belverde mit ihren dressierten Bären.
Neu! Unsere Marine. Neu!
Lebensbild mit Gesang und Tanz.
Neu! Graf Zeppelin mit seinem lenkbaren Luftballon Modell 1909.
Außerdem Duskes Bitograph und 20 Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Kasino-Theater.
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Neu! Mälzer, der Urkomische.
Nur noch bis Freitag, den 8. Mai:
Ein Dorf-Roman.
Ab Sonnabend, den 9. Mai: Der Brandstifter.
Sonntag 4 Uhr: Ein Dorfroman.

Volksgarten-Theater
— am Bahnhof Gesundbrunnen. —
Nächste Vorstellung Sonnt., 10. Mai.
Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Bestellungen auf Dauerkarten werden schon jetzt im Bureau entgegengenommen.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Bernh. Rose.
Freitag, den 8. Mai 1908:
Griseldis.
Dramatisches Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Halm.
Vorverkauf vorm. 10—2 Uhr.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Seine erste Frau.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Anfang Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.

Morgen Sonnabend Ensemble-Gastspiel von Berliner Künstlern:
Anne-Liese.

Reitestes Teilzahl.-Geschäft für Brennabor-Räder!

Kein Laden! Günstigste Bedingungen.
Berlin SO., Louis Barth, Brückenstr. 10a, pt.

Baumblüte in Werder
jetzt in schönster Pracht!
Bequeme Verbindung. Extrazüge. Extradampfer.

Deutschlands größtes Spezialgeschäft für **Bettfedern**
Erste Bettfedernfab. m. elekt. Betriebe
Gustav Lustig
BERLIN S. 390 Prinzenstr. 46
versendet geg. Nachnahme garantiert neue und gut entstaubte, gut füllende Bettfedern p. Pfd. M. 0.55-1.00-1.25; prima Halbdaunen M. 1.75; Gänserupffedern M. 2.00; prima weiße Gänsehalbdaunen M. 2.50-3.00-3.50 echt chines. Mongoldaunen M. 2.85, echt russisch. Matador-Gänsedaunen M. 3.50. Von den Daunen genügen 3—4 Pfd. zum groß. Oberbett. — Gänsefedern (3 Reihen) M. 0.60 per Pfund; Gänseschlachtfedern, wie sie von der Gans fallen, mit allen Daunen M. 1.50. Proben und Preisliste gratis. Umtausch oder Rücksendung gestattet. Verpackung kostenfrei.
Letztjähriger Umsatz über 2000 Zentner Bettfedern, von keinem zweiten Betten- u. Bettfederngeschäft erreicht.

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein"
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität".
Touren
zum Sonntag, den 10. Mai.
Sämtliche Abteilungen früh 5 Uhr nach Werder, nachmittags 1 Uhr nach Nowawes (Singer). Starts an den bekannten Stellen.
9. Abt. 12 Uhr Brandenburger Tor. Motorfahrer, früh 7 Uhr: Münchenberg. Start: Frankfurter und Memeler Straße-Ecke.
1., 5. und 6. Abt.: Heute abend Abteilungs-Sitzung.
Wankow-Schönhausen: früh 7 Uhr: Bernau. Start: Mühlenstraße (Bahnbrücke).
Agitationskommission.
2., 4., 6., 8. Abt. früh 5 Uhr: Schöneberger Rathaus.
Nächste Sitzung am Freitag, den 15. Mai, bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1. 11/11

Nur für Zigarrenhändler
billigste Einkaufsquelle
von Zigarren, Zigaretten und Tabaken.
Alle bekannten eingeführten Sorten zu Original-Fabrikpreisen.
Max Ziegenhals, BERLIN NO. 18, Keibelstr. 20, dicht am Alexanderplatz.
Telephon: Amt VII, 3047.

6 Monats-Garderoben-Haus 6
Prinzenstraße
Laden, kein Keller!
Die schönsten 2905L*
Herren-Sommer-Paletots und -Anzüge
in getragener, speziell Monats-Garderobe.
Von Kavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge, sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben
im Laden Paul Lowicki, Prinzenstr. 6.
Hochbahnstation: Prinzenstraße.

Jenensia-Räder! Mod. 1.
10 Jahre Garantie! Teilzahlung!
Adler-Räder!
2428L* Phänomen-Räder!
Groskurths Social-Räder von M. 56.— an!
Auswahl in gebrauchten Rädern!
Motorzweiräder! Fahrradzubehör spottbillig!
R. Groskurth, Berlin C., Münzstraße 23.

HERREN KNABEN **KLEIDUNG**
S. LEVY, CHARLOTTENBURG SCHARRENSTR. 36

Zur Frühjahrs- und Sommer-Saison
lade ich das kaufende Publikum zur Besichtigung mein. in großer Auswahl u. nur aus Neuheiten bestehd. Warenlagers in Herren- u. Knaben-Garderoben ergebenst ein. Besichtigung ohne Kaufzwang.
Mein seit 1888 als reell bekanntes unter der Firma
Heinrich Ferester
bestehendes Herren- u. Knaben-Garderoben-Geschäft, welches sich nach wie vor nur allein
8 **Reinickendorfer Straße** 8
vis-à-vis der Dankeskirche, neben der Markthalle am Weddingplatz befindet,
bietet d. kaufenden Publikum Schutz vor Uebervorteilung, denn
Der Verkauf der Herren- und Knaben-Garderoben geschieht zu den denkbar billigsten, aber streng festen Preisen.
Jeder Gegenstand ist mit festgedrucktem, für jeden Käufer sichtbarem Verkaufspreis deutlich versehen.
Kein Vorschlag! Kein Abhandeln! Keine Uebervorteilung!
Lieferant des Rabatt-Spar-Vereins „NORDEN".

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Der Gendarm schwört, das genügt!

Wer den Geist unserer Justizpflege kennen lernen will, muß Studien machen dort, wo der Herr Gendarm Respektsperson ist. Gelegenheit dazu bot am Donnerstag eine Verhandlung vor dem Amtsgericht in Fürstenwalde. Angeklagt war der Genosse Düwell, der angeblich in einer am 1. Februar in Ketschendorf stattgefundenen Versammlung die überwachenden Beamten beleidigt haben sollte. Dem Strafverfahren lag folgender Vorgang zugrunde: Bei Eröffnung der Versammlung standen die beiden zur Ueberwachung abkommandierten Beamten am Eingange des Lokals. Dort blieben sie stehen. Sie ließen die Eröffnung der Versammlung vorbeigehen, ebenso die Wahl des Bureaus und dessen Konstituierung, was mehrere Minuten in Anspruch nahm. Erst nachdem Genosse Düwell mit seinem Referat begonnen hatte, kamen die Beamten mit wuchtigen Schritten durch den Saal marschiert, was erklärlicherweise die Versammlung störte. Damit nicht genug. Auf der Bühne angelangt, forderte der Gendarm Krüger mit lauter Stimme die Anmeldebescheinigung. Düwell war gezwungen seine Rede zu unterbrechen. Er drehte sich um und bemerkte zu Krüger: Das hätten Sie doch auch eher besorgen können! Das mochte den Beamten ärgern und unwirsch entgegnete er: Mit Ihnen habe ich nichts zu tun! Düwell erwiderte: Sie haben kein Recht, die Versammlung zu stören, und ich bin nicht verpflichtet, mir solche Störung gefallen zu lassen. Nunmehr griff der Vorsitzende, Genosse Sydow, ein. Er ersuchte um Ruhe. Im Bewußtsein seiner Würde erklärte der Beamte: Auch Sie haben mir nichts zu sagen! Sydow erteilte dann dem Referenten wieder das Wort, der im Verlauf seiner Ausführungen allgemein über das Vereins- und Versammlungsrecht sprach, dabei auch die gesetzlichen Rechte und Pflichten der Beamten erörterte und u. a. bemerkte: die Ueberwachenden haben kein Recht, Versammlungen zu stören, wenn sie das nicht wissen, dann sollen sie sich bei der vorgesetzten Behörde Instruktion holen. Wegen dieser Bemerkung stellten die beiden Beamten Strafantrag. Sie selbst wurden als Zeugen geladen und auf ihren Antrag noch ein Unternehmer. Die Ladung der vom Angeklagten beantragten Zeugen war vom Amtsrichter Bredereck abgelehnt worden. In der Begründung heißt es:

. . . weil nicht die Zeugen darüber zu bestimmen haben, ob eine Beleidigung vorliegt. . .

Das war schon vielversprechend! Der „günstige" Eindruck wurde noch erhöht, sobald die Verhandlung begonnen hatte. Während der Vernehmung des Gendarmen Krüger beugte sich Düwell zu seinem Verteidiger Dr. Kurt Rosenfeld vor, um diesen bezüglich einer Fragestellung an den Zeugen zu informieren. Der Amtsrichter fuhr auf und verbat sich die — Störung; er dulde nicht, daß der Angeklagte sich während der Verhandlung mit dem Verteidiger bespreche. Dr. Rosenfeld erklärte darauf kategorisch, er müsse sich je nach dem Gange der Verhandlung mit seinem Klienten verständigen, das Recht lasse er sich nicht nehmen. Der Amtsrichter blieb dabei, er dulde es nicht. Dr. Rosenfeld beantragte Protokollierung des Vorganges. Nach längerem Hin und Her ließ sich der Amtsrichter dazu herbei, auf den Antrag überhaupt zu antworten. Natürlich ablehnend. Dr. Rosenfeld verlangte Gerichtsbeschluß. Der Antrag wurde abgelehnt! Und so ging es fort. Fragen, die der Angeklagte an die Zeugen stellte, wurden abgelehnt, ebenso die beantragte Protokollierung einer Aussage des zweiten Gendarmen, der entgegengesetzt bekundet, wie sein Kollege. Erst durch längere und mehrfache Befragung durch den Vorsitzenden kamen die Aussagen der beiden Beamten einigermaßen in Einklang gebracht werden. Danach soll Düwell sofort zu Krüger gesagt haben: Sie dürfen nicht stören; wenn Sie das nicht wissen, werde ich Sie belehren lassen — oder Sie können sich von der vorgesetzten Behörde Belehrung holen. Der dritte Belastungszeuge behauptete zunächst ganz bestimmt, die Beamten hätten sich unmittelbar nach Eröffnung der Versammlung und ihrem Eintritt in den Saal auf die Bühne begeben. Krüger selbst hatte aber schon bekundet, er habe absichtlich unten an der Tür gewartet, bis nach Beginn des Referats, weil in einem anderem Falle eine Versammlung nach Eröffnung wieder vertagt worden sei und er dann die Bühne wieder hätte verlassen können. Trotz aller Widersprüche hielt das Gericht nach Vernehmung der Belastungszeugen die Sache für genügend geklärt! Ein Antrag auf Vernehmung der von der Verteidigung geladenen Zeugen wurde durch Gerichtsbeschluß abgelehnt, weil es nur darauf ankomme, festzustellen, ob der Angeklagte die inkriminierte Aeußerung getan habe. Dr. Rosenfeld beantragte darauf, die Zeugen zu vernehmen, da sie bekunden würden, daß die Aeußerung nicht gefallen sei. Wiederum lehnte das Gericht die Vernehmung ab, sparte sich aber eine Begründung! Der Amtsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 50 M. Während des Plaidoyers der Verteidiger kam es wiederum zu scharfen Auseinandersetzungen mit dem Vorsitzenden, der durchaus keine Kritik der Beweisaufnahme dulden wollte und mit Ordnungsstrafen drohte. Dr. Rosenfeld ließ sich aber nicht abhalten, die Beweiserhebung als durchaus einseitig zu bezeichnen und sie kritisch zu beleuchten. Und der Herr Amtsrichter hielt es doch für gut, die angedrohte Strafe nicht zu verhängen. Nach längeren sachlichen und juristischen Ausführungen, in denen er die Haltlosigkeit der Anklage nachwies, selbst für den Fall, daß Düwell die ihm unterschobene Aeußerung in dieser Form getan habe, beantragte der Verteidiger Freisprechung.

Das Gericht sprach Düwell auch von der Anklage, den zweiten Beamten beleidigt zu haben, frei, nur gegen Krüger hätten sich die beleidigenden Aeußerungen gerichtet. Materiell erkannte das Gericht dem amtsanwaltlichen Antrage gemäß.

Stolz lächelnd ob des errungenen Sieges verließ Krüger die Stätte der Rechtspflege. Es war ihm schöffengerichtlich bestätigt worden, daß man einem Gendarm nicht den Rat geben darf, sich bei der vorgesetzten Behörde Belehrung zu holen.

Neunte Generalversammlung des Verbandes deutscher Textilarbeiter.

Leipzig, den 6. Mai 1908.

Dritter Verhandlungstag.

Ueber

Arbeitslosenunterstützung und Festsetzung der Verbandsbeiträge

referiert Schrader-Hannover. Redner behandelt zunächst die Beitragserhöhung, die nach seiner Meinung unbedingt notwendig ist, selbst wenn die Arbeitslosenunterstützung nicht eingeführt werden sollte. Die wirtschaftliche Entwickelung hat eine vollständige Aenderung der Kampfführung mit dem Unternehmertum mit sich gebracht, die den Verband zwinge, weit mehr Kampfesmittel aufzuspeichern, um widerstandsfähig zu sein und seine Kampfesposition zu stärken. Es liegen zur Beitragserhöhung 18 Anträge vor. Von diesen wird ein Antrag der Mitgliedschaft Plauen, den Beitrag in jeder Klasse um 10 Pf. zu erhöhen, vom Redner zur Annahme empfohlen.

Zur Arbeitslosenunterstützung übergehend, gibt Redner der Meinung Ausdruck, daß die heutige Tagung eigentlich nur die Form, ob Arbeitslosen- oder Erwerbslosenunterstützung eingeführt werden soll, debattieren kann, da die Einführung selbst schon auf der vorigen Generalversammlung beschlossen ist. Die Stellung zur Frage der Arbeitslosenunterstützung hat im Laufe der Jahre eine wesentliche Aenderung erfahren. Der Glaube, daß durch diese Einrichtung der Kampfescharakter der Organisation geschmälert werde, ist so ziemlich geschwunden. Durch diese Unterstützung werden die Arbeiter geschützt und brauchen sich nicht infolge ihrer Notlage von den einzelnen staatlichen und kapitalistischen Arbeitgebern ausnutzen zu lassen. Nach Berechnungen der Summen, die andere Gewerkschaften für diesen Zweck verausgabten und nach genauen statistischen Aufzeichnungen ist diese Einrichtung für den Textilarbeiterverband bei einer jährlichen Ausgabe von pro Kopf der Mitglieder 2,60 M. möglich. Von 43 Gewerkschaften, die diesen Unterstützungszweig eingeführt haben, verbrauchten 22 pro Kopf und Woche 5 Pf. dafür. Selbstverständlich kann diese Summe sich steigern, besonders in Zeiten der Krisen. Eine wohlvorbereitete Vorlage wird der Generalversammlung zur Annahme vorgelegt.

Die Debatte über diesen Punkt setzt äußerst lebhaft ein und wird von Krohnen-Elberfeld eröffnet, der sich nicht als Gegner der Arbeitslosenunterstützung noch gegen Erhöhung der Beiträge im Prinzip ausspricht, aber doch wünscht, die Sache noch um zwei Jahre auszusetzen. Auch scheint ihm die Summe von 5 M. recht winzig, um wirklich Not und Elend zu bannen. Speziell in der Großstadt dürfte dieser Betrag zu klein sein.

Schagen-Krefeld will die Unterstützung jedoch auch auf jene Arbeiter, die nicht direkt arbeitslos sind, aber oft tagelang aussetzen müssen, ausgedehnt wissen. — Gruhl-Berlin erklärt, daß zum großen Teile auch die Berliner Kollegen dieser Unterstützungseinführung freundlich gegenüberstehen. Die Dekorateure in Berlin haben diese bereits seit längerer Zeit auf lokaler Grundlage eingeführt und hat sich dieselbe gut bewährt. Die Vertreter aus Pößneck, Lunzenau, Mülhausen i. E. befürworten dieselbe ebenfalls.

Umbreit (Vertreter der Generalkommission) redet der Einführung der Arbeitslosenunterstützung das Wort, indem er ausführt, daß zweifellos schon der vorherige Verbandstag die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, wenn damals das vorzügliche statistische Material vorhanden war, das die beiden Erhebungen von 1907 bieten. Nach diesen Zählungen betrug der Tagesstand der Arbeitslosigkeit aus wirtschaftlichen Ursachen 1,9 Proz. bezw. 1,8 Prozent. Das entspricht einem Durchschnittsstand von 1,85 Proz. oder einer Arbeitslosigkeit von 579 Tagen pro 100 Mitglieder und Jahr. Die Gesamtarbeitslosigkeit bei 120 000 Mitgliedern betrüge 694 860 Tage, die Gesamtausgabe bei 1 M. Unterstützung pro Tag 694 860 M. oder 10,11 Pf. pro Woche. Von dieser Arbeitslosigkeit scheiden aus: 1. die Arbeitslosigkeit bis zu 7 Tagen (zirka 19,2 Prozent); 2. die Arbeitslosigkeit derer, die noch nicht 1 Jahr Beiträge zahlten (angesichts der bedeutenden Fluktuation in den beiden letzten Jahren 51,3 Proz.) und 3. die Arbeitslosigkeit der Ausgesteuerten (etwa 5 Proz.). Es scheiden somit zirka 75 Proz. aus und bleiben nur 25 Proz., das sind 173 715 Unterstützungstage, übrig, die bei 1 M. Tagessatz 173 715 M. Ausgabe (pro Kopf 1,45 M.) betragen. Natürlich wird diese Entlastung geringer werden, denn die Fluktuation soll verschwinden. Aber selbst wenn gelänge, die 51,3 Proz. Nichtunterstützungsberechtigten derart zu vermindern, daß 40 Proz. der Gesamtarbeitslosigkeit zu unterstützen wären, auch dann wären nur 277 944 M. oder 2,31 M. pro Kopf aufzubringen. also ungefähr derjenige Betrag, den auch der Vorstand seinen Anträgen zugrunde gelegt hat.

Aber es bedürfte gar keiner Beitragserhöhung, wenn dem Verbande nicht durch die Fluktuation ganz immense Summen verloren gingen. In den Jahren 1905 und 1906 sind 124 000 Mitglieder neu aufgenommen. Die Mitgliederzahl müßte 202 000 erreicht haben, aber 75 619 Mitglieder gingen dem Verband wieder verloren. Hätten diese Verlorenen ihren Beitrag auch nur ein Jahr lang gezahlt, so erwuchs dem Verband daraus eine Mehreinnahme von 1 112 000 M. (im Durchschnitt der 4 Klassen 13,75 M. pro Mitglied und Jahr). Demgegenüber wären, wenn alle Mitglieder bezugsberechtigt waren, für Arbeitslosenunterstützung im Höchstfalle 800 000 M. aufgewendet worden. Das zeigt uns nicht bloß, bis zu welcher Höhe das Unterstützungswesen entwickelt werden muß, um die Fluktuation zu beseitigen, sondern auch, daß heute der Organisation weit mehr Summen verloren gehen, als das beste Unterstützungswesen erfordert.

Noch einiges zur Reichsarbeitslosenversicherung. Nicht wenige erwarten die Organisation der Arbeitslosenversicherung von der Gesetzgebung. Aber daran ist nicht zu zweifeln, daß heute eine solche gesetzliche Regelung leicht ein Kampfmittel gegen die Gewerkschaften werden könnte. Die amtliche Denkschrift über „Arbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeitsreformen" kann nicht umhin, anzuerkennen, daß von allen bestehenden Versicherungseinrichtungen die gewerkschaftliche Versicherung die weiteste Entwickelung genommen habe und daß die einfachste Lösung der gesetzlichen Regelung die Gewährung staatlicher Zuschüsse an solche gewerkschaftliche Einrichtungen sein würde. Aber dagegen sprächen heute noch politische Bedenken. Wir werden den staatlichen Gewalten diese gesetzliche Regelung aufzwingen. Aber unsere Aufgabe muß es zugleich sein, unsere gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung zu solcher Höhe zu entwickeln, daß sie bei der gesetzlichen Regelung dieser Frage nicht mehr ausgeschaltet werden kann.

Gegen diese Art der Unterstützung spricht Hoffmann-Meerane sich energisch aus. Hermsdorf-Leipzig stellt sich anfangs seiner Ausführungen als prinzipieller Gegner der Arbeitslosenunterstützung vor, um am Schluß zu erklären, daß auch er für dieselbe stimmen werde.

In der weiteren Diskussion treten die verschiedensten Ansichten zutage, jedoch ist die prinzipielle Gegnerschaft verschwindend klein. Aus Schlesien werden Wünsche laut, diesen Unterstützungszweig zu beschließen, jedoch erst nach Verschwinden der Krisis die erhöhten Beiträge zu erheben und auch dann erst die Unterstützung in Kraft treten zu lassen.

Durch Schlußantrag wird die Debatte abgebrochen, nachdem 28 Delegierte zu diesem Punkt gesprochen haben.

In der namentlichen Abstimmung wird die Beitragserhöhung von 10 Pf. in jeder Klasse mit 163 Stimmen angenommen. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wird ebenfalls durch namentliche Abstimmung gegen 5 Stimmen beschlossen.

Dieselbe soll nach folgendem Regulativ geregelt werden und wird nach drei Tagen Arbeitslosigkeit gewährt.

Mitgliedern, welche mindestens 52 Wochenbeiträge gezahlt haben, kann im Falle der Arbeitslosigkeit, soweit dieselbe nicht durch die Schuld des Mitgliedes selbst oder durch Krankheit verursacht ist, eine Arbeitslosenunterstützung gewährt werden. Dieselbe beträgt:

Klasse 1:

nach 52	wöchentlicher	Beitragszahlung	4,00 M.,	Dauer 6	Wochen
„ 104	„	„	4,50 „	„ 8	„
„ 156	„	„	5,00 „	„ 10	„
„ 208	„	„	5,50 „	„ 10	„

Klasse 2:

nach 52	wöchentlicher	Beitragszahlung	5,00 M.,	Dauer 6	Wochen
„ 104	„	„	5,50 „	„ 8	„
„ 156	„	„	6,00 „	„ 10	„
„ 208	„	„	7,00 „	„ 10	„

Klasse 3:

nach 52	wöchentlicher	Beitragszahlung	6,00 M.,	Dauer 6	Wochen
„ 104	„	„	6,50 „	„ 8	„
„ 156	„	„	7,00 „	„ 10	„
„ 208	„	„	8,00 „	„ 10	„

Klasse 4:

nach 52	wöchentlicher	Beitragszahlung	7,00 M.,	Dauer 6	Wochen
„ 104	„	„	7,50 „	„ 8	„
„ 156	„	„	8,00 „	„ 10	„
„ 208	„	„	9,00 „	„ 10	„

Die Arbeitslosenunterstützung kann innerhalb 104 Wochen einmal bis zu den im § 1 für die verschiedenen Klassen festgesetzten Höchstbetrag bezogen werden. Weitere Unterstützung kann sodann nur bezogen werden, wenn vom Tage der Beendigung der Unterstützung ab gerechnet mindestens 52 Wochenbeiträge gezahlt sind und in dieser Zeit nachweislich wieder ein Arbeitsverhältnis bestanden hat.

Fallen zwei Arbeitlosenperioden in einen Zeitraum von sechs Wochen, so wird, wenn der Gesamtbetrag der innerhalb 104 Wochen zulässigen Unterstützung noch nicht bezogen ist, die weitere Unterstützung vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit ab bezahlt.

Vollständiges Aussetzen der Arbeit, soweit dasselbe nicht selbst und freiwillig vom Mitglied herbeigeführt ist und länger als eine Woche dauert, ist der Arbeitslosigkeit im Sinne dieses Statuts gleich zu achten und zu unterstützen.

Die Erhöhung der Beiträge und die Arbeitslosenunterstützung tritt mit dem 1. Oktober 1908 in Kraft.

Damit sind die Verhandlungen für heute erledigt.

Soziales.

„Arbeitsscheue Elemente."

Als vor zwei Jahren die sogen. „Wanderarbeitsstätte und Arbeiterkolonie" Kassel-Bettenhausen mit viel Geschrei errichtet wurde, waren die Mucker und reichen Arbeitsscheuen des Kreises ganz entzückt von dieser „segensreichen Gründung"! Die Arbeit, der sie selbst geflissentlich aus dem Wege gehen, schon schwitzen, wenn sie Proleten bei der Arbeit sehen, sollte diesen Wandervögeln wieder „beigebracht" werden. Ganz ängstliche Spießer meinten dagegen, daß diese Gründung für den schönen Kreis Kassel sehr gefährlich werden könnte, da ja jetzt alle „arbeitsscheuen Elemente" des Vaterlandes nach Kassel pilgern würden!

Beide Richtungen haben mit ihren Prophezeiungen Fiasko erlitten! Der soeben erschienene Jahresbericht dieser Arbeiterkolonie für das zweite Betriebsjahr 1907/08 bemerkt u. a.:

„Gegen früher hat der Verkehr an Durchreisenden in Kassel seit Errichtung der Wanderarbeitsstätte in bemerkenswerter Weise abgenommen. Die seinerzeit von manchen Kreisen geäußerte Befürchtung, daß durch Errichtung einer Wanderarbeitsstätte in Kassel die arbeitsscheuen Elemente erst recht herangezogen würden, hat sich also als grundlos erwiesen; im Gegenteil muß angenommen werden, daß diese jetzt um Kassel herumwandern, weil ihnen die dort geforderte Arbeit nicht paßt. Manche versuchen es ja allerdings immer noch, sich durch Betteln in der Stadt ihr Brot zu verdienen, und nächtigen dann im Asyl für Obdachlose oder in einer der Herbergen, aber im allgemeinen hat doch auch die Bettelei an den Türen bedeutend abgenommen, und nur diejenigen werden dadurch gestraft, die immer noch schwach genug sind, den Bettelnden etwas zu geben, statt sie an die Arbeiterkolonie zu verweisen."

„Der Verkehr an Durchreisenden" hat also in Kassel abgenommen, sogar in „bemerkenswerter Weise" abgenommen. Kassel wird durch die Scharen „arbeitsscheuer Elemente" nicht bedroht, wie vermutet wurde. Interessant ist es nur, daß sich die Leiter dieser „Arbeiterkolonie" den Rückgang damit zu erklären suchen, daß jetzt die „Arbeitsscheuen" — „um Kassel herumwandern, weil ihnen die dort geforderte Arbeit nicht paßt.

Das ist allerdings eine sehr bequeme Lösung dieser Frage. Zugegeben wird aber doch, daß auch manche sich durch Betteln zu ernähren suchen, im Obdachlosenasyl nächtigten. Im allgemeinen habe aber die „Bettelei an den Türen bedeutend abgenommen" — natürlich ein Erfolg der Kolonie, die auf Distanz zu wirken scheint.

Die guten Leutchen übertreiben sicher sehr stark. Kassel hat trotz dieser Kolonie, die nur den Proleten das Arbeiten lernen will, seine Bettler wie jede andere Stadt Deutschlands auch. Daß nun trotz allgemeiner Bevölkerungszunahme, Krise, Arbeitslosigkeit jetzt die Landstraße nicht stärker bevölkert ist, können sich wohl in erster Linie die Gewerkschaften zugute führen, nicht aber die Kolonien unserer Mucker. Die Ausbreitung des gewerkschaftlichen Gedankens, der Solidarität, brachte eine gewaltige Besserung. Der wandernde Arbeitskollege erhält seine Reise-Unterstützung, die es ihm ermöglicht, ohne Bettel sich auch in Kassel aufzuhalten, in gesunder Herberge zu nächtigen. In vielen Gewerkschaften erhalten die Arbeitslosen angemessene Unterstützung, die sie auch in der schwersten Zeit über Wasser hält.

Wirkliche Landstreicher, die für keine Arbeit mehr zu haben oder fähig sind, sterben ab, die Zahl der Hinzugekommenen wird geringer, je nachdem die Gewerkschaftsbewegung sich ausbreitet.

Dr. Wilmanns, Dozent der Psychiatrie zu Heidelberg, hat in seiner Studie „Zur Psychopathologie des Landstreichers" das Wesen dieser armen Menschen geschildert, die „berufslos, zweck- und ziellos auf der Landstraße umherziehen", von denen die meisten, statt ins Gefängnis, in ein Krankenhaus gehören.

Aber die Kasseler Wanderarbeitsstätte ist kein Krankenhaus, deshalb auch für die wirklich „arbeitsscheuen Elemente" kein geeigneter Aufenthaltsort. Heuchlerisch wird man aber doch diese Muckeranstalten staatlich zu fördern suchen, unterstützen, während die moderne Gewerkschaftsbewegung durch das neue Vereinsgesetz niedergebüttelt werden soll.

Lehmhütten als Wohnungen für Staatsarbeiter.

In Lehmhütten wohnen Menschen in Mecklenburg! Die mecklenburgische Staatsregierung läßt an der Ostseeküste, zwischen Warnemünde und Hinrichshagen eine zirka zwölf Kilometer lange Chaussee bauen. Es sind nun da seit längerer Zeit eine ganze Anzahl Arbeiter beschäftigt, die unter den schauderhaftesten Zuständen leben, die man sich denken kann. Etwa 50 Arbeiter, größtenteils mit Familien, hausen in Lehmhütten, welche neben der Chausseestrecke errichtet sind. Die einzelne Hütte macht den Eindruck eines Erdhügels, hat einen kleinen Eingang und ein Fenster, an einer Ecke des „gewölbten" Daches ragt ein kleines Ofenrohr heraus. Im Innern der Hütte muß es feucht und kalt sein, denn die 15 bis 18 Hütten stehen unmittelbar am Chausseegraben, und das offene Herdfeuer brennt fortgesetzt sehr lebhaft. Die Sonne kann die Höhle nicht erwärmen. Von woher der Unternehmer die Arbeiter geholt hat, konnte noch nicht festgestellt werden; wahrscheinlich arbeiten sie in Akkord, da sie auch des Sonntags ihre Arbeit verrichten. Es ist ein tieftrauriger Anblick, den die betreffende Menschenansiedelung dortselbst bietet, und es wäre im Interesse der Gesundheit dringend wünschenswert, daß Remedur geschaffen würde, zumal in Mecklenburg schon die Genickstarre und die Pockenkrankheit bei den landwirtschaftlichen Arbeitern aufgetreten ist. Die Behörden hätten alle Veranlassung, genau auf die Wohn- und Lebensverhältnisse der in Mecklenburg angenommenen Arbeiter zu achten, damit nicht Seuchenherde entstehen. Ein Kulturstaat würde nicht gestatten, daß Arbeiter, die doch auch Menschen sind, in so unerhört krasser Weise von Unternehmern ausgebeutet würden, die für den Staat Arbeiten ausführen. Anders in Mecklenburg. Dort ist wie in Preußen das Kulturprinzip des Staates: die Arbeiter zu Arbeitstieren herabzudrücken und sei es durch Import ausländischer Arbeiter. Der Gegensatz von Arm und Reich wird sich noch schärfer zeigen, wenn in einigen Wochen die Badegäste diese See- und Waldgegend bevölkern mit ihrem Nichtstun. Für die Herrschaften gibt es genügende und gute Wohnungen, während dicht daneben der Arbeiter zugrunde geht. —

Eingegangene Druckschriften.

Aus Natur und Geisteswelt. Bd. 214. **Deutsche Volksfeste und Volkssitten.** Von Herm. S. Rehm. — Bd. 197. **Einführung in die Infinitesimalrechnung** mit einer historischen Uebersicht. Von Dr. G. Kowalewski. — Bd. 179. **Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft.** Von Dr. P. Arndt. — Verlag von B. G. Teubner in Leipzig. Jedes Bändchen geh. 1 M., geb. 1.25 M.

2. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 7. Mai 1908, vormittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

158 240 [500] 429 [1000] 748 852 1819 409 70 93 528 2105 43 47 90 562 739 [500] 3178 690 771 4235 613 [1000] 40 49 844 917 5130 333 502 64 798 6510 38 [3000] 782 881 951 7012 16 380 483 [1000] 768 76 8371 480 44 541 543 74 [1000] 960 9119 265 371 82 421 516 853 78 76 [3000] 972

10007 [1000] 149 745 [1000] 896 11107 14 271 333 881 931 63 12273 240 421 737 846 13087 [1000] 54 118 204 469 90 301 8 610 833 32 962 14075 407 91 610 807 [1000] 15019 167 384 75 406 610 [500] 42 953 86 16026 170 88 204 63 [500] 88 811 67 834 77 17103 97 453 642 [1000] 49 741 18036 [500] 144 335 44 464 98 690 [1000] 7 [500] 776 19713 901

20147 239 94 508 21 604 17 21184 272 306 455 551 22006 44 349 482 [3000] 503 23090 118 33 60 78 236 548 81 683 832 907 24033 660 719 37 25005 12 159 [1000] 81 330 632 59 809 916 26121 330 414 [500] 521 [500] 642 49 27157 383 563 646 887 28102 211 [3000] 43 321 51 468 583 616 713 885 988 29083 [500] 807 881 621 848 986 [500]

30091 174 429 95 536 613 [500] 822 23 58 93 946 31083 355 89 416 94 589 682 [500] 901 32469 847 900 [500] 85 33058 74 125 60 649 752 56 827 31 43 34186 463 717 807 [500] 38 35054 435 546 [1000] 86 628 62 962 36090 154 40 62 673 970 37038 143 203 649 721 835 98 [1000] 38101 60 234 [500] 71 97 828 458 [500] 893 694 924 41 57 39015 170 95 283 441 91 584 97 713 887 [500] 930 50

40175 [500] 225 61 744 [1000] 963 41048 49 70 71 134 [3000] 51 418 652 68 911 42183 82 830 37 89 43019 178 85 358 540 [500] 48 56 638 724 927 44156 258 234 459 [1000] 582 710 843 962 45197 345 400 58 968 907 46138 263 86 359 89 409 552 663 749 803 47072 235 43 583 687 48050 288 680 93 940 49059 172 94 206 414 568 803 11 [1000] 903 94

50004 146 407 [500] 60 679 97 [3000] 99 801 35 873 51064 129 67 285 210 411 512 [3000] 93 [5000] 98 674 925 39 52618 789 53225 48 69 490 510 85 [500] 54049 91 115 86 383 684 58 800 55146 [500] 79 232 48 55 342 554 922 56273 [3000] 401 93 683 [500] 57144 201 [3000] 35 53 282 409 694 739 [500] 883 56 92 990 58071 77 85 385 422 534 62 797 904 11 [1000] 59108 84 220 297 469 625 881

60104 829 61202 315 474 636 720 53 824 996 [3000] 62023 [3000] 144 [3000] 275 84 564 623 761 807 70 71 63048 214 404 70 510 831 938 64002 76 707 79 900 1 [500] 65002 178 78 [3000] 363 70 630 74 716 42 60 829 942 56 97 66045 180 309 56 435 [500] 67125 98 203 631 735 818 955 68075 224 [500] 79 400 10 332 977 78 69006 139 [500] 447 [500] 68 584 706 21 31 61 95 801

70130 [1000] 67 219 34 365 444 508 779 828 66 [500] 71207 555 91 600 [3000] 16 72 713 817 72484 589 93 73041 132 277 44 564 838 74015 118 386 303 43 614 [3000] 75031 381 [1000] 81 408 674 706 45 [3000] 57 876 76430 548 [500] 722 58 942 77029 138 83 315 458 72 625 736 [500] 811 20 959 71 [500] 78110 20 70 232 469 563 [3000] 771 79143 55 230 90 714

80025 [3000] 142 358 68 651 938 81024 241 311 58 450 520 66 838 956 [1000] 82014 165 577 807 985 83085 [1000] 239 301 593 621 84160 385 587 91 832 [1000] 52 931 43 [3000] 85005 135 82 [3000] 271 468 716 [3000] 78 [3000] 612 652 86288 330 97 630 773 823 965 87065 70 152 58 215 307 57 757 806 985 [500] 93 88060 414 42 615 58 737 82 [500] 618 92 89081 131 219 39 [1000]

90089 145 235 [500] 77 358 586 746 91064 758 74 92023 262 68 446 649 68 [500] 710 17 93238 419 688 94237 85 440 696 714 918 95009 246 446 906 13 96058 231 209 8 23 836 86 [1000] 97123 576 617 22 30 900 98033 [3000] 131 441 918 [500] 69 99220 523 29 57 693 [3000] 959 85

100036 36 627 705 54 973 101244 74 311 [500] 56 [1000] 490 535 733 67 84 618 71 88 993 102168 252 537 668 863 20 103003 38 86 168 320 85 417 34 523 [1000] 651 [1000] 653 60 104071 116 288 447 [500] 545 [3000] 79 87 670 942 43 55 105897 620 777 890 928 106309 480 811 656 879 107006 181 391 700 860 61 108138 39 300 608 53 73 775 838 66 994 109047 583 826 [3000] 60 950 [3000]

110308 72 775 902 111061 147 236 511 35 48 684 759 819 112014 121 72 300 84 340 420 551 [1000] 648 781 811 51 113031 100 5 236 451 394 740 [500] 74 84 114041 [500] 75 273 303 45 52 788 908 115274 [1000] 388 542 116056 228 624 62 785 888 903 80 [500] 117467 783 829 118051 73 [1000] 871 465 746 815 119069 735 881

120330 88 [1000] 484 778 [1000] 121106 14 836 54 460 563 655 779 53 [1000] 868 83 950 65 122058 176 809 404 617 873 123021 246 420 547 786 829 989 [500] 124048 [1000] 262 76 646 885 96 125145 [500] 63 75 849 [500] 478 759 835 38 908 126111 836 627 [3000] 776 836 127075 155 635 57 859 128120 395 [1000] 431 560 80 636 43 921 75 129047 134 95 209 32 511 15

130080 118 611 715 90 131077 130 441 82 [3000] 619 827 932 [1000] 132128 479 529 888 [500] 83 [1000] 667 68 133027 688 134043 474 678 884 135004 177 715 364 730 88 136250 66 406 546 665 708 137161 384 [3000] 426 93 564 667 82 [1000] 785 138018 [5000] 135 329 [1000] 835 69 650 [3000] 861 139048 254 537 621 750 140127 326 38 47 80 99 402 83 517 693 784 141013 31 90 [500] 109 12 221 97 47 80 [500] 206 34 633 953 73 84 142234 511 604 868 801 143080 87 508 68 722 50 993 144000 134 236 44 366 145045 227 334 668 [3000] 73 [500] 788 898 146127 51 715 922 38 147017 126 318 38 62 485 [1000] 580 61 85 [500] 604 11 905 148358 523 [1000] 54 625 723 835 149060 132 237 50 307 405 46 [500] 98 549

150150 222 347 418 23 61 751 67 151457 585 765 89 280 152228 53 873 600 62 153163 292 379 438 615 745 [500] 976 154440 621 [3000] 155201 [500] 585 648 707 156042 297 360 [500] 781 922 157164 [3000] 229 200 500 35 972 158178 79 387 573 79 159377 493 678 [500] 784 [3000] 900

160283 453 [500] 509 643 [500] 984 [500] 162053 129 247 513 [500] 99 986 990 163287 313 34 98 412 17 [1000] 37 869 987 164051 59 136 205 [500] 616 824 63 165037 44 64 50 91 110 64 337 583 808 21 166065 113 200 929 167102 317 76 444 699 [500] 785 846 926 [500] 168066 361 239 57 91 987 [500] 169180 326 450 517 865

170008 571 613 [500] 92 801 906 56 171055 216 [500] 94 230 457 [500] 91 549 895 98 966 [10000] 172007 149 [500] 61 255 564 629 70 83 821 971 173143 232 445 65 560 758 37 940 [3000] 174000 245 56 [500] 456 718 94 840 46 944 175201 206 745 810 958 67 51 176160 307 80 451 542 934 177195 542 60 98 422 [500] 783 320 27 88 96 178011 445 583 719 [3000] 93 845 [500] 179076 111 56 709 17 881

180229 61 838 [500] 89 903 181802 61 77 182086 301 644 977 183104 846 184053 259 81 581 68 709 918 185230 807 186085 [1000] 108 503 46 [500] 770 889 187042 67 236 [1000] 448 538 944 188150 269 304 586 639 747 917 189019 103 27 [3000] 226 425 749 964

190154 249 803 15 23 81 191125 90 300 82 85 430 [3000] 55 669 81 937 192000 10 45 134 642 54 58 742 193058 [500] 136 535 661 739 960 194127 63 367 573 707 895 195129 376 591 [1000] 635 735 392 196070 419 93 588 633 710 73 802 97 197004 154 375 407 31 81 602 198165 455 780 913 199125 296 358 440 84 [500] 658 902

200051 249 541 677 909 51 201030 91 150 229 29 [500] 409 635 80 758 873 900 71 [500] 202088 342 406 568 971 203268 494 593 635 850 939 204132 37 618 21 55 759 801 205033 64 100 310 76 56 85 [1000] 501 55 64 69 206117 518 18 48 [500] 690 788 207077 193 230 516 755 79 [3000] 208186 804 [500] 418 572 [1000] 602 15 17 724 981 209022 231 512 [3000] 619 72 758

210079 159 88 819 756 812 14 74 [500] 969 211113 34 656 55 97 992 212065 144 406 714 815 66 [500] 937 213123 84 204 26 [500] 61 74 458 511 24 694 [500] 95 773 78 214140 57 419 42 630 712 803 87 215178 307 [1000] 518 61 [1000] 216197 320 [500] 38 540 587 217110 45 65 230 58 65 479 88 812 [3000] 20 [1000] 905 14 218204 578 80 616 51 55 881 219012 204 21 836

220000 6 109 212 53 [500] 349 72 408 [500] 624 704 668 221068 [3000] 435 668 786 222039 48 57 97 291 608 80 706 864 223042 90 102 461 [3000] 722 976 224040 [1000] 254 503 8 647 [3000] 225007 134 54 76 282 [1000] 432 [3000] 79 596 841 226004 77 315 73 92 452 669 700 227126 41 394 478 573 798 [3000] 228274 [3000] 616 229002 160 719 80 839 953

230228 291 406 454 833 [3000] 231051 89 [500] 150 353 98 421 541 85 93 [500] 669 927 232150 72 98 351 438 636 86 98 [500] 233006 26 202 432 80 234066 605 96 802 86 932 235004 33 217 443 525 679 779 821 943 236145 256 301 50 423 562 [1000] 806 990 237819 35 [3000] 109 96 237 387 403 51 528 872 936 238011 149 321 38 702 [500] 71 83 904 98 239112 32 299 [1000] 321 43 595

240206 [1000] 10 473 [1000] 85 640 98 764 999 241061 132 303 23 669 [500] 715 [3000] 819 [3000] 242006 58 130 840 05 99 532 830 953 35 243090 268 78 353 85 926 [500] 742 950 94 [500] 244070 397 [500] 300 56 418 [3000] 84 507 689 808 245060 581 [500] 79 788 908 246106 264 [3000] 303 23 [3000] 464 927 44 79 [500] 88 247064 169 206 431 704 74 842 872 96 248017 18 [1000] 23 83 156 553 744 832 [1000] 249086 95 795

250455 672 79 708 [500] 59 70 76 865 251023 496 636 252026 89 [500] 108 422 815 52 88 836 63 253285 633 812 36 962 254132 56 402 512 718 72 255136 266 77 442 [500] 627 880 256243 379 [1000] 409 536 97 640 76 [1000] 837 947 56 [500] 257068 148 259 321 43 474 533 41 707 862 [500] 258094 145 98 260 453 762 850 900 65 259006 47 157 222 90 303 847

260204 48 484 528 [1000] 39 614 261047 341 95 610 788 981 262208 733 [500] 43 945 71 73 [1000] 263279 309 57 [1000] 512 654 881 986 53 67 264191 438 40 683 889 997 265232 436 877 266624 738 879 97 267005 147 57 890 946 [500] 268090 255 436 696 732 802 269136 379 390 46 67 456 503 600 30 721 889 97 984 87

270007 [1000] 382 454 621 29 53 271281 88 309 86 436 75 536 943 272131 [1000] 282 525 633 717 [500] 273111 224 303 763 274030 542 747 [500] 973 275009 [500] 364 473 700 874 316 30 [500] 276000 [500] 84 315 74 [500] 38 [500] 668 960 277037 325 418 60 551 979 278005 [3000] 136 276 501 773 832 44 279129 242 353 436 757 929

280064 715 316 67 448 801 880 281189 774 429 643 33 685 282061 686 737 70 [500] 89 848 283249 539 736 48 88 967 69 [500] 284048 [3000] 152 376 354 88 94 502 780 814 966 71 285085 253 [1000] 57 690 913 286070 258 91 [500] 473 510 613 54 845 53 61 287128 62 256 731 898

Im Gewinnrade verblieben 1 Prämie à 300 000 M., 1 Gewinn à 500 000, 1 à 200 000, 1 à 150 000, 2 à 100 000, 2 à 75 000, 2 à 60 000, 3 à 50 000, 5 à 40 000, 25 à 30 000, 79 à 15 000, 72 à 10 000, 145 à 5000, 2106 à 3000, 2271 à 1000, 5097 à 500.

2. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 7. Mai 1908, nachmittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

79 178 234 [1000] 48 250 [500] 302 68 964 1050 447 94 96 556 [500] 79 720 23 64 75 976 2077 157 598 [1000] 419 97 955 3070 99 126 537 306 23 969 56 4248 90 360 [3000] 492 501 618 784 821 [1000] 943 55 [3000] 5020 347 61 [500] 807 [1000] 6178 [3000] 227 51 478 [500] 697 720 [3000] 41 804 21 52 75 985 [1000] 7065 [500] 78 118 51 223 517 28 736 804 8034 [500] 136 422 581 961 68 9381 [500] 349 79 [500] 649 [500] 723 34 62

10111 358 66 420 831 [1000] 908 11055 58 126 343 469 659 84 762 967 12256 628 [1000] 13055 197 541 723 849 [500] 14019 29 56 89 [1000] 132 202 358 506 62 [3000] 765 845 950 15058 [3000] 255 482 580 16058 69 242 750 895 919 78 71 17192 334 81 [500] 18019 273 337 782 19136 263 [500] 296 [1000] 457 731 [500]

20255 70 402 658 969 21468 761 22409 502 621 830 [500] 23030 332 993 98 [500] 24016 223 363 535 [500] 62 96 731 894 937 25035 60 455 310 614 711 868 26006 109 825 27097 124 685 97 710 823 40 57 28016 [3000] 45 559 82 876 846 79 29014 133 419 88 922

30038 24 [3000] 60 255 419 86 543 31229 692 5 32006 306 74 77 422 587 68 [1000] 632 712 918 48 33029 30 158 240 320 414 522 869 34072 86 140 244 315 64 411 62 546 54 914 35019 81 251 329 459 [3000] 67 85 591 730 973 36086 191 92 249 [3000] 99 314 26 709 44 890 39 37242 [1000] 730 842 988 [3000] 38093 125 394 96 405 570 681 39113 614 76 [3000] 777 [500] 80 913 63 [3000]

40009 90 239 308 441 702 [3000] 41024 [500] 149 [1000] 218 267 656 85 97 42007 298 [1000] 350 [3000] 466 846 [3000] 314 77 93 43040 59 105 279 570 757 44023 246 [3000] 317 29 645 841 45150 471 909 36 46017 65 98 127 349 71 72 419 80 [1000] 88 [500] 524 883 979 82 47136 77 261 318 [3000] 44 [500] 64 586 92 852 819 951 48230 440 531 887 49080 333 68 430 692 814 [500] 22 915

50236 75 [1000] 606 12 [500] 738 819 [500] 50 51147 865 961 52141 343 [1000] 495 507 731 48 849 [1000] 53177 396 715 71 99 695 917 77 54069 299 318 66 506 861 30 955 55071 212 330 99 435 815 56060 [3000] 368 453 685 822 62 964 57029 [3000] 561 87 667 74 [3000] 640 50 58228 680 [500] 910 [500] 59075 111 75 227 [500] 422

60148 215 329 82 416 24 779 61086 122 224 21 33 835 671 712 49 [500] 970 [500] 78 62036 76 147 261 [3000] 468 85 578 861 81 63017 32 50 71 79 95 219 304 815 64035 407 10 [3000] 741 [1000] 94 909 65078 [500] 345 58 303 515 667 779 932 66125 86 98 308 470 641 47 884 67047 53 285 533 [1000] 29 804 960 68230 82 334 25 458 67 546 52 624 860 [3000] 69137 234 358 629 907

70012 68 421 32 56 89 336 55 744 49 71 835 70 99 981 71208 345 72003 253 67 303 11 51 [3000] 89 496 519 771 73267 323 23 306 70 685 706 [3000] 845 74128 423 683 [1000] 75 790 [1000] 91 800 75136 305 449 [3000] 83 97 [500] 690 [3000] 790 76006 12 120 296 389 [1000] 66 487 349 38 [500] 708 77008 [3000] 53 [3000] 356 738 815 [500] 38 78082 206 314 502 79 702 879 79004 118 221 311 50 973 83

80015 76 141 91 371 91 418 571 91 861 99 [500] 81698 386 224 47 90 259 82048 63 168 351 421 28 886 83023 [1000] 248 526 992 84023 34 201 61 463 683 701 [1000] 20 806 995 85108 [30 000] 8 237 487 538 718 979 86158 297 611 33 87060 68 181 216 332 538 85 718 [3000] 83 582 [500] 88126 52 [3000] 56 65 325 [1000] 92 502 [1000] 731 844 900 89140 301 87 417 30 839 962

90254 313 96 95 413 677 91 [500] 717 75 851 91223 364 423 701 29 877 94 92056 60 278 464 [3000] 775 93020 479 [500] 658 701 78 94105 552 393 446 577 912 60 95213 30 344 [3000] 471 565 701 [3000] 884 905 96041 109 246 354 411 70 537 652 [500] 712 800 843 54 97016 151 57 239 589 405 [3000] 562 827 754 [3000] 55 79 582 98347 741 888 96 99048 141 411 87 551 911

100014 57 211 609 783 101049 54 [500] 64 249 [500] 405 [1000] 45 83 561 [5000] 967 [1000] 102222 494 509 62 705 38 890 [500] 980 103220 57 206 [3000] 63 430 [500] 656 741 104198 652 708 80 888 105572 633 65 917 23 52 106037 148 583 89 483 742 870 66 [1000] 925 60 107083 83 830 459 83 670 743 872 108473 [500] 611 19 732 983 [500] 109114 388 [1000] 732 933 [10000]

110125 259 [1000] 665 932 111008 15 164 69 [3000] 202 25 390 930 112047 [500] 54 547 651 716 26 923 113129 214 [1000] 60 511 720 [500] 805 922 70 73 114091 216 288 [3000] 88 [3000] 632 63 795 803 115180 483 656 116265 453 954 117001 90 145 46 408 52 [1000] 99 936 118140 47 50 240 [3000] 46 [1000] 672 852 119111 [1000] 86 417 641 704 10 43 876 82

120067 84 192 684 883 121002 151 716 362 423 77 761 73 122081 57 100 497 816 945 58 123250 86 356 [500] 447 [500] 64 527 604 780 833 124125 87 315 627 858 125023 63 161 [500] 32 365 424 57 68 500 1 639 738 840 937 80 [500] 126118 48 409 8 605 17 88 127177 240 [500] 665 [500] 96 722 70 75 83 829 47 [500] 52 901 [3000] 128198 391 357 76 129004 129 355 77 [500] 452 56 519 79 779 83 965 64

130039 77 320 675 691 131253 [500] 423 98 539 97 643 882 [500] 132411 [500] 59 521 756 871 85 133261 74 [500] 326 617 718 815 64 [500] 987 134062 80 351 677 88 92 842 135014 35 134 618 136178 88 362 67 474 624 84 711 953 137057 [1000] 81 718 260 451 512 47 [500] 741 60 867 913 138018 120 [3000] 223 65 [500] 73 401 524 69 613 993 139086 88 [500] 125 63 220 601 [1000] 708 76 856 095 140375 622 798 947 141118 353 443 882 979 [3000] 142165 21 303 [500] 381 570 608 21 56 985 143094 122 375 [1000] 434 41 97 577 623 27 77 782 [1000] 851 53 923 144376 572 731 61 [3000] 145030 157 416 884 [500] 146022 106 66 318 147112 232 56 67 384 468 577 706 [500] 920 76 148068 390 479 889 934 [500] 149195 [500] 99 231 44 [3000] 419 961

150155 [500] 372 481 553 55 72 609 34 151246 416 82 958 152117 304 701 843 58 153122 397 508 85 [3000] 656 729 996 154234 57 588 580 609 12 [500] 730 841 155062 48 162 231 35 328 432 604 715 156565 768 919 21 157322 646 158005 127 47 76 387 618 812 937 44 97 [1000] 159003 31 134 43 280 313 93 497 568 30 641 67 86 [500] 869 92

160038 [500] 246 316 694 785 802 987 161022 25 [1000] 163 54 387 545 650 881 162158 617 41 [3000] 753 804 6 61 95 940 163062 [1000] 104 31 337 434 [500] 636 817 164122 222 339 434 611 77 715 919 65 165488 561 56 607 947 166344 67 81 562 730 79 955 167048 585 797 168364 565 [1000] 764 [3000] 78 94 169147 [3000] 830 569 [500] 765 832

170392 512 749 [500] 980 83 171046 567 482 [3000] 889 34 721 67 96 172179 348 699 829 913 92 173227 581 679 780 174181 796 [1000] 832 57 884 175039 [500] 348 57 68 829 [500] 416 70 533 [3000] 628 940 926 176208 404 545 49 614 [500] 40 731 [500] 177005 173 300 178211 835 28 [500] 429 85 538 683 45 680 [3000] 963 179248 85 469 506 740 803 [1000] 5 [1000] 50 547

180405 657 935 74 181126 83 471 711 816 [3000] 608 [1000] 74 182062 145 202 5 71 383 [3000] 800 183185 214 338 476 97 582 722 [500] 64 989 184117 229 454 640 862 185178 509 96 690 [1000] 736 839 186187 72 [500] 898 [500] 400 530 92 729 818 187153 276 972 188038 232 [3000] 236 [500] 877 960 88 189043 113 480 507 49 743 68 830 915 62 76 [3000]

190154 [500] 75 272 410 [3000] 669 894 976 191074 [3000] 144 638 817 45 192099 231 434 550 95 874 193017 95 114 523 38 831 [1000] 194101 311 76 477 539 41 [500] 964 195121 221 231 [500] 739 823 98 988 196119 410 589 608 [500] 383 197178 62 236 339 423 525 31 882 85 949 198154 427 604 199072 215 309 [500] 40 443

200014 90 [3000] 223 354 83 766 917 27 201121 [500] 385 423 878 202060 377 [1000] 422 549 694 744 [500] 968 203028 203 12 874 [5000] 810 36 46 [500] 874 204102 35 [1000] 64 337 [1000] 443 523 752 972 76 205005 113 [500] 601 [1000] 856 206060 374 451 83 702 207102 484 [1000] 208000 183 98 [1000] 290 [500] 799 907 18 209280 326 825

210126 683 713 211102 96 [500] 87 485 749 [500] 212072 [3000] 177 266 81 476 83 525 213270 336 43 94 479 551 613 214281 314 29 49 467 85 564 635 [1000] 737 33 992 215014 35 134 241 348 216025 459 [500] 562 667 802 65 217062 109 304 614 [500] 75 80 790 [500] 819 218012 68 136 437 549 630 821 219414 [500] 61 800 64

220129 509 607 741 847 972 221203 78 516 673 898 [500] 222004 165 336 [500] 665 [500] 709 852 918 223016 708 224004 35 77 90 166 213 319 76 439 574 719 846 94 965 225341 575 97 [500] 707 907 91 [3000] 226137 [500] 255 85 337 227041 [1000] 52 153 460 550 680 852 228083 43 78 250 378 96 450 786 850 971 229061 99 155 78 421 56 622 738 50 [3000] 73 99 935 [500] 40

230218 441 586 231166 [3000] 250 381 425 570 888 784 810 52 [1000] 77 951 232080 589 [500] 808 34 947 64 73 233188 [500] 385 [500] 418 690 880 948 234045 69 163 [1000] 435 611 [500] 12 [3000] 717 814 911 235089 89 158 [500] 287 530 636 793 [1000] 846 803 [500 20 236058 380 407 760 861 78 905 237052 150 267 389 550 607 238134 [3000] 782 373 [3000] 443 [1000] 673 74 718 817 239120 [500] 212 521 [1000]

240019 41 73 126 380 650 754 968 241187 [1000] 588 [500] 723 242264 [500] 469 803 243320 830 908 244014 [3000] 238 412 572 752 937 245143 312 409 592 [500] 89 617 830 246281 417 815 58 [500] 247015 260 94 [3000] 498 536 632 780 824 248037 513 488 249157 249 327 411 595 606 [1000] 922

250008 139 203 428 67 [3000] 74 90 569 83 94 881 251468 710 814 20 252043 106 30 283 501 5 63 [3000] 658 778 884 253065 219 [500] 664 67 69 254128 825 480 543 623 [500] 734 977 [500] 255037 353 432 48 541 670 731 917 256005 161 249 79 324 66 73 506 71 [3000] 783 902 257001 53 173 322 87 664 728 [500] 55 258068 77 316 335 430 625 736 828 88 924 33 259001 33 111 [3000] 46 207 72 455

260085 136 82 401 567 779 891 980 261081 160 234 489 708 838 262211 28 898 451 347 773 837 [1000] 263123 560 264140 260 337 435 749 903 [3000] 265089 251 82 85 313 520 42 787 266024 873 875 677 88 755 886 267084 [500] 728 363 86 268065 136 879 913 51 269188 331 662 722 [500] 901 [3000]

270057 498 607 715 [500] 271033 154 87 90 [500] 215 733 818 72 272304 93 [500] 370 449 664 935 [3000] 82 273065 [500] 158 341 84 989 274218 45 318 72 87 461 507 762 868 275005 342 75 86 396 419 [1000] 553 67 85 [500] 719 991 276072 170 [500] 294 341 73 81 584 739 43 277141 218 73 313 465 545 669 906 [500] 20 38 66 278181 88 283 625 [500] 947 30 60 279450 57 503 689 745 [500]

280016 76 294 310 477 80 521 53 677 767 85 965 281090 744 296 712 [1000] 425 645 806 15 282171 309 49 424 601 [500] 930 283105 245 617 58 68 84 730 58 57 284122 256 460 750 285303 479 930 76 286096 [500] 176 98 482 515 620 44 49 933 287144 465 537 59 849 84 [1000] 927

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Mauerhoff. Vorwärtsleser 6 Prozent Rabatt. †27

Gardinenhaus Großefrankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhoff. †27

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †27

Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7, am Grünenweg. Verfallener Pfänderverkauf, spottbilliger Gardinenverkauf, Portierenverkauf, Wäscheverkauf, Deckenverkauf, Anzügeverkauf, Uhrenverkauf, Goldsachen, Silbersachen passende Einsegnungsgeschenke. 331K

Federbetten. Stand 11,00, große 16,00, Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. Tischdecken spottbillig. 332K*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 204/11*

Anzüge. Paletots nach Maß. Aus Ia Stoffresten, Monats- und nicht abgeholte Sachen staunend billig. Maßschneiderei Boß, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenthalertor. *

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2933K*

Eigene Scholle in der Nähe der Bahn und großer Seen, per Morgen 350 Mark, verkauft Otto Trentepohl, Wenickendorf, Kreis Nieder-Barnim.

Bekanntmachung! Spottbilligste Einkaufsquelle! Für Arm und Reich! Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Staunendbillige hochfeine Sommerpaletots! Herrenanzüge! Herrenhosen! Pfänderverkauf! Riesenauswahl! Bettenverkauf! Brautbetten! Vermietungsbett! Bettstücke, Wäscheverkauf! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Plüschtischdecken! Steppdecken! Nähmaschinen! Uhrenverkauf! Kettenverkauf! Ringeverkauf! Schmucksachen! Belohnt wird selbst der weiteste Weg! Durch extrabilligen Einkauf! Im Pfandleihhause Hermannplatz 6. Sonntags ebenfalls geöffnet! †108*

Kinderbettstelle, neu, Hüttel, Grüner Weg 50/51, Hof I. †33

Eine allererste Firma in Herren- und Knabenkonfektion sucht für ihre Artikel regelmäßige dauernde Abnehmer. Es wird nur auf Kundschaft reflektiert, die kauft ohne zu handeln, dafür wird aber beste Ware und billigste Preise garantiert. Insbesondere: Sommer-Paletots für Herren von 20—40 Mark. Gummi- und Regenmäntel. Elegante Jünglings-, Burschen- und Knaben-Anzüge. Herren-Anzüge von 16 bis 60 Mark. Knaben-Paletots, Jünglings-Paletots, Beinkleider, Phantasie-Westen, Joppen, Pelerinen usw. usw. — Anerkannt reellstes Herren-Konfektions-Geschäft Berlins. Größtes Knaben-Konfektions-Lager des Westens. Hermann Schlesinger, Berlin NW., Turmstraße 58. Auf Wunsch: Maßanfertigung. Sämtliche Berufskleidung. 658K*

Nähmaschinen. Vergüte bis 20,00 mer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brauer, Frankfurter Allee 101, Laden. 2970K*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Ratz, Mulackstraße 14.

Deutsches Leihhaus. Schönhauser Allee 110. Großer Verkauf: Herrenanzüge, Sommerpaletots, Brautbetten, Vermietungsbetten, einzelne Bettstücke, Aussteuerwäsche, Bettwäsche, Gardinen, Stores, Portieren, Steppdecken, Tischdecken, Teppiche, Bettvorleger, Goldsachen, Taschenuhren, Freischwinger, Möbel, Pianinos, Bilder. Verkauf spottbillig. Sonntags geöffnet. 5325K*

Littauer-Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte spottbillig. Wienerstraße 1—6, Warschauerstraße 67. 1938b

Bekanntmachung. Humboldtpfandhaus, einzig und allein nur Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße täglich großer Pfänderverkauf, riesengroßer Bettenverkauf, Bettwäsche, Aussteuerwäsche, hochfeine Sommerpaletots, Jackettanzüge, Herrenhosen, spottbillig. Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Uhrenverkauf, Riesenauswahl. Sonntags geöffnet. *

Strohhutwäscherei. Lager in Stroh- und Filzhüten billigst. Palm, Hutmacher, Grünauerstraße 6. †9

Nähmaschinen. Zahle höchste Vergütung. Käufer oder Nachweiser. Alle Frister-Rohmann-Systeme. Teilzahlung. Hruda, Rosenthalerstraße 19.

Geschäftsverkäufe.

Restauration, sieben Jahre in Händen, Erholungshalber zu verkaufen Prenzlauer Allee 43. †93*

Restauration billig zu verkaufen Naunynstraße 66, 1 Treppe rechts.

Restauration mit Zahlstellen, bekannt als feine Brotstelle, horrender Ueberschuß. Brauerei gibt Hälfte zu. Auskunft Brauerei-Vertreter Knospe, Berlin SO., Skalitzerstraße 2, Hof I.

Möbel.

Teilzahlung. Möbeleinrichtung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark an. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina", Kastanien-Allee 49. *

Schlafzimmer, komplett 240, gute Arbeit Lothringerstraße 26, Aufbewahrungs-Speicher. 1912b*

Salon, gute Arbeit, entzückend, 500, sofort Lothringerstraße 26, Aufbewahrungs-Speicher. 1913b*

Mehrere Einrichtungen 150, 225, 300, 380, 450—1500 Mark, sonst zirka der doppelte Wert, sofort Lothringerstraße 26. Aufbewahrungs-Speicher. *

Herrenzimmer, Eiche, komplett 480, sofort Lothringerstraße 26, Aufbewahrungs-Speicher. 1915b*

Speisezimmer, Eiche, komplett 725, sofort Lothringerstraße 26, Aufbewahrungs-Speicher. 1916b*

Verkaufe einige Möbelstücke: Büfett, Paneelsofa, Kleiderschrank, Vertiko, Ausziehtisch, Chaiselongue, Wanduhr, zwei englische Bettstellen, Ankleideschrank, Bilder, Portieren, allerliebste Küche, Möbel in sehr gutem Zustande. Fräulein Bölling, Chausseestraße 32, vorn II. Händler verbeten! 1941b

Todesfallshalber spottbilliger Möbelverkauf. Arndt, Grünerweg 72.

Plüschsofa, Nußbaumwirtschaft billig Prinzenstraße 48, III links.

Dame verkauft sofort 4 Zimmer Möbel, auch Küchensachen. Ankleideschrank 75 Mark, Ausziehtisch 15, Säulentrumeau, geschliffen, 36, Paneelsofa 68, Taschendiwan 48, Ruhebett 23, Waschtoilette 26. Muschelkleiderspind, Muschelvertiko 28, Muschelbettstellen, mit Matratze 36, hochfeine Walzenstühle 4, Herrenschreibtisch 50, Bücherspind, Diplomatenschreibtisch, englisches Schlafzimmer, Federbetten, Stand 20, Bilder 3, Teppich 8, Portieren, Fenster 12, Lederstühle 9, Paneelbrett 6. Neue Königstraße 29, vorn I rechts. 253/9*

Im Möbelkaufhaus Köpenickerstraße 20, an der Köpenickerbrücke, stehen viele Wohnungseinrichtungen von 150,— an sowie einzelne Möbelgegenstände zum schleunigen Verkauf aus. Außerdem viele verliehen gewesene Möbel weit unterm Wert, darunter Kleiderspind 24,—, Vertiko 27,—, Ausziehtisch 16,—, Bettstellen mit Matratze 19,—, Waschtoiletten 20,—, elegante Taschensofas 44,—, Büfetts 100,—, englische Bettstellen mit Matratze und Keilkissen 40,—, Herrenschreibtisch 28,—, moderne Küchen in allen Farbentönen von 40,— an. Lagerung und Transport frei. Auch Sonntags geöffnet.

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 212K*

500 gebrauchte Fahrräder wegen Lagerüberfüllung 5,—, 10,—, 15,—, 20,—, 25,—. Sämtliche Marken und Systeme, Brennaborräder, Dürkoppräder, Opelfahrräder, Wandererräder, Adlerfahrräder. Günstigste Gelegenheit für Händler, Pfandleiher. Machnow, jetzt Weinmeisterstraße 14. *

Fahrräder, Grammophone, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerstraße 40. 674K*

Laufdecken 2,50, Garantieschläuche 2,00, Herrenräder (Garantieschein), Doppelglockenlager 50,00, Damenräder 60,00. Merkau, Ritterstraße 94.

Fahrräder, auch defekte, zahle allerhöchsten Preis, Kraus, Wallstraße 61. 1906*

Herrenfahrrad, hochelegantes Luxusmodell, dringend jeden Preis Gitschinerstraße 95, Papiergeschäft. *

Fahrräder. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20 Skalitzerstraße 40. 320K*

Herrenfahrrad, nagelneues (Garantieschein), krankheitshalber jeden Preis. Exerzierstraße 25, III links.

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a. 2555K*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht im Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Kunststopferei von Frau Kolosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Wer ein Geschäft kaufen oder verkaufen will, wende sich an Vollrath u. Co., Elsasserstraße 21, Amt 3a, 4875. 145K*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9. 130/18*

„Leihhaus Merkur", Große Frankfurterstraße 116 I. Hohe Beleihung für Uhren, Goldwaren, Garderoben, Pelzwaren, Wäsche, Möbel sowie jeden Wertgegenstand. 503K*

Elsholz, Komiker, Gropiusstraße 6. 1942b*

Empfehle den werten Genossen mein Restaurant. Vereinszimmer 60 Personen fassend. Kräftiger Mittagstisch. Karl Stephan, Zimmerstraße 60.

2000 Fuhren Mauersand sind unentgeltlich zu jeder Tageszeit von den Kanalisations-Baugruben in Charlottenburg, Westend (Akazien- und Ulmen-Allee und Nebenstraßen), abzufahren. Meldungen daselbst bei den Schachtmeistern. 768K

Vermietungen.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, separat, für Herrn, Michaelkirchstraße 18, Memmt. 1937b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläter, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Steinmetz auf saubere Baumstämme. Melden zwischen 5—6 Uhr. Schober, Neue Königstraße 2. †67

Parteigenossen bietet lohnenden Nebenverdienst Kunze, Rixdorf, Lenaustraße 13. 760K

Bosenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Meldungen Schützenstraße 24/25. (Tour Wilhelmstraße am Halleschen Tor.) *

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Achtung! Achtung!

Klavierarbeiter!

Wegen enormer Lohnabzüge haben die Kollegen der Fabrik **Neufeld** die Arbeit niedergelegt. Wegen dieser Differenz ist auch der Zwischenmeisterbetrieb von **E. Schlenner,** Rixdorf, Pflügerstr. 52, gesperrt. Zuzug ist streng fernzuhalten!

Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter. *

Achtung! Glasschleifer!

Bei der Firma **Gregoleit, Kochstr. 67,** haben sämtliche Kollegen die Arbeit niedergelegt, wegen Nichtzahlung des Minimallohnes. 73/5

Zuzug ist streng fernzuhalten!

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.